


Weil ich's kann.
Weil du's kannst.
Weil wir's können

Juso-Landeskonferenz
25. und 26. April 2015
Augsburg



1		
2	Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.....	5
3		
4	Arbeitsprogramm des Landesvorstands der Jusos Bayern für das Vorstandsjahr 2015/2016	14
5	Rechenschaftsbericht der Jusos Bayern für das Vorstandsjahr 2014/2015	22
6	Gleichstellungsbericht der Jusos Bayern 2015.....	30
7		
8	Arbeit.....	33
9	A 1 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa	33
10	A 2 Mindestlohn ohne Ausnahme	35
11	A 3 Arbeit ist ein Grundrecht!	37
12	A 4 Für die Nivellierung der Lohn- und Gehaltsschere!.....	38
13	A 5 Für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen!	42
14	A 6 Finger weg vom Streik- und Tarifrecht!	43
15	A 7 Für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung!.....	44
16	A 8 Für die Einführung eines bayerischen Bildungsurlaubsgesetzes!	46
17		
18	Finanzen/Wirtschaft	47
19	F 1 Nein zu TTIP und CETA!.....	47
20	F 2 Neuausrichtung der EZB – für ein soziales Europa!	49
21	F 3 Schluss mit neoliberalen Monetarismus! Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung	
22	deflationärer Tendenzen im Euroraum	52
23	F 4 Freihandel unter Bedingungen	59
24	F 5 Für sinnvolle Ausnahmeregelungen im Vermögensanlagegesetz (VermAnlG)	60
25	F 6 Für die Etablierung einer Vermögenssteuer!.....	62
26	F 7 Nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch Exportexpansion gewährleisten	63
27		
28	Innenpolitik und Europa.....	65
29	I 1 Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co.....	65
30	I 2 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU.....	68
31	I 3 Vorratsdatenspeicherung bleibt falsch!	70
32	I 4 Entwicklung eines Konzepts zum Datenschutz.....	72
33	I 5 Antrag	73
34	I 6 Europa: Festungen niederreißen und Brücken bauen!.....	74

1	I 7 Flächendeckende muslimische Gefangenenseelsorge	75
2	I 8 Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth	78
3	I 9 Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen.....	79
4	I 10 Ehebestandszeit abschaffen!	81
5		
6	Bildung.....	83
7	B 1 Mehr Demokratie wagen – für ein demokratisches Schulsystem!	83
8	B 2 Gemeinsam für die Zukunft der Arbeit: Perspektive und Sicherheit für junge Beschäftigte!	
9	85
10	B 3 Gewerkschaften an die Schulen.....	91
11	B 4 Vertretung der/s Sachaufwandsträgerin/s raus aus dem Schulforum!.....	92
12	B 5 Antrag	93
13	B 6 Hürden für mündliche Noten erhöhen.....	95
14	B 7 Verbesserung der Personellen Grundausstattung der Verwaltung an bayerischen	
15	Hochschulen.....	96
16	B 8 Antrag zu der Neuausrichtung von Informatiklehrplänen in Schulen	97
17		
18	Gesundheit	99
19	G 1 BürgerInnenversicherung – für ein gerechtes, solidarisches Krankenversicherungssystem	99
20	G 2 Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!	101
21	G 3 Zuckergehalt von Lebensmitteln Transparent gestalten.....	102
22		
23	Umwelt.....	103
24	U 1 Resolution zur EEG-Novelle-für eine sozialistische Energiepolitik!	103
25	U 2 Für die Bürger-Energiewende und gegen Stromtrassenbau.....	106
26	U 3 Infrastruktur als öffentliche Daseinsvorsorge begreifen.....	109
27	U 4 Für ein Umdenken in der Ernährungspolitik.....	111
28	U 5 Einführung gesetzlicher Kennzeichnungspflicht von Pelzprodukten	114
29	U 6 Verbot von Schlachtungen trächtiger Rinder.....	115
30	U 7 Hydraulic Fracturing	116
31	U 8 Für ein effektives globales Klimaabkommen in Paris.....	118
32		
33		

1	Frauen, Familie, Soziales.....	120
2	S 1 Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der	
3	Frauenhäuser und Beratungsstellen	120
4	S 2 Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik	122
5	S 3 Geschlechtsneutraler Zugang zu Wickeltischen – jetzt!.....	125
6	S 4 Für die Einführung einer nachhaltigen Demografiereserve!.....	126
7	S 5 Anonymisierte Bewerbungen – Chancengleichheit für alle	127
8	S 6 Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe	128
9		
10	Verkehr, Infrastruktur	129
11	V 1 SPNV-Ausschreibungen – wider dem neoliberalen Wahnsinn!	129
12	V 2 Freie Fahrt für junge Menschen	132
13	V 3 Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse.....	133
14	V 4 Internet als Standortvorteil.....	135
15		
16	Demokratie, Partei	137
17	D 1 Altersangabe auf Stimmzettel.....	137
18	D 2 Effiziente Nutzung öffentlicher Gelder im Kulturbereich.....	138
19	D 3 Gesetzliche Verankerung eines Bundestagsvorbehalts für Rüstungsexporte durch die	
20	Bundeswehr	139
21	D 4 Staat vor Privat – öffentliche Investitionen statt PPP	140
22	D 5 Wahlrecht für alle!.....	143
23	D 6 Keine elektronischen Wahlen	144
24	D 7 Aktuelle Auflistung und Verringerung/Zusammenführung der SPD-Merchandiseshops sowie	
25	Einführung von mehr Jusomaterial für den ländlichen Raum	145
26	D 8 Ausgewogene Verpflegung auf der Landeskongferenz.....	146
27	D 9 Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress.....	147
28	D 10 Beschlusslagen- transparent, modern, wirkungsmächtig.....	148
29	D 11 Raum der Stille schaffen!	149
30		
31		

- 1 Landesvorstand
- 2 An Landeskonferenz, Bundeskongress, Landesparteitag, Bundesparteitag

3 Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können.

4

5 Der Freiheitsbegriff ist in den letzten Jahrzehnten vor allem neoliberal definiert und besetzt
6 worden. Freiheit ist aber auch einer der zentralen Grundwerte der Sozialdemokratie und ist für
7 uns Jusos zentrale Voraussetzung für ein solidarisches Zusammenleben.

8 Sozialen Ausgleich zu verwirklichen und wahre Freiheit für alle zu verwirklichen, das sind die
9 systemübergreifenden Herausforderungen, die es auf unserem Weg zu einer Umsetzung
10 unserer Grundwerte und zur Verwirklichung der Vision eines demokratischen Sozialismus in
11 der Freiheit aller braucht.

12 Persönliche Freiheitsrechte stellen die Grundlage einer aufgeklärten und freien Gesellschaft
13 dar, in der alle BürgerInnen das Recht haben, über ihr Leben selbstbestimmt und frei, im
14 Rahmen gemeinschaftlicher Regeln zu bestimmen. Die Freiheit des oder der Einzelnen sollte
15 nur da beschnitten werden, wo sie die Freiheitsrechte anderer verletzt. Das bloße
16 Vorhandensein dieser Freiheitsrechte sagt aber noch nichts darüber aus, ob diese auch
17 realisiert und in konkrete Freiheiten umgesetzt werden können. Es reicht nicht formale
18 Freiheiten zu gewährleisten, es muss auch möglich sein sie zu nutzen.

19

20 Gute Arbeit: Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben

21 Viele Unternehmen klagen über Fachkräftemangel, dabei liegt es in ihrer eigenen
22 Verantwortung diese Fachkräfte auszubilden. Doch rund jede_r dritte Jugendliche geht bei der
23 Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus. Deshalb fordern wir eine
24 Ausbildungsplatzgarantie: Alle Unternehmen mit über 10 MitarbeiterInnen sollen dazu
25 verpflichtet werden auszubilden. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen Umlagezahlungen an
26 einen Ausbildungsfond entrichten.

27 Und damit BewerberInnen auch wirklich nur nach dem beurteilt werden, was sie können und
28 nicht nach Aussehen, Geschlecht oder Namen, fordern wir die Einführung von gesetzlich
29 festgeschriebenen anonymisierten Bewerbungsverfahren.

30 Damit junge Menschen frühzeitig auf eigenen Beinen stehen können fordern wir außerdem die
31 Verankerung der Mindestausbildungsvergütung und die Schaffung von ausreichend Angeboten
32 an Auszubildendenwohnheimen.

33 Auch die Ausbildungsqualität lässt in vielen Fällen zu wünschen übrig. Die Ausbildungsmängel
34 und die Verstöße gegen gesetzliche Regelungen sind zahlreich und vielfältig. Auszubildende
35 arbeiten häufig zu lange und müssen gar unbezahlte Überstunden ohne Freizeitausgleich
36 ableisten. Statt die nötigen Fertigkeiten für ihren Beruf vermittelt zu bekommen, müssen sie
37 Brotzeit holen, Kaffee kochen oder das Auto des Chefs putzen. Verstöße gegen das
38 Jugendarbeitsschutzgesetz werden allerdings kaum geahndet - es fehlen die Kontrollen.
39 Deshalb fordern wir endlich wirksame Kontrollen, um die Gesetzesverstöße bei der Ausbildung
40 einzudämmen.

1 Globalisierung, Digitalisierung, Industrie 4.0, demografischer Wandel - diese Zukunftsfragen
2 können nur gelöst werden, wenn möglichst viele Menschen einbezogen werden. Gerade um
3 neue, komplexe Fragestellungen in der globalisierten Arbeitswelt gut zu lösen, braucht es die
4 Ideen und Vorschläge junger Menschen. Deshalb fordern wir die Mitbestimmungsrechte junger
5 Arbeitnehmer_innen und der Jugend- und Auszubildendenvertretungen in den Betrieben
6 gesetzlich zu stärken.

7 Arbeitsverhältnisse werden außerdem immer öfter zu Zeit-, Frist- oder Minijobs. Die Folge sind
8 weniger Geld im Geldbeutel, keine Absicherung und eine ungewisse Zukunft. Junge Menschen
9 sollen ihre Zukunft frei gestalten können und ohne Existenzängste in die Zukunft blicken
10 können! Das Handeln Jugendlicher darf nicht ständig von der Angst bestimmt sein, in ein paar
11 Monaten ohne einen Job zu sein oder die Miete nicht mehr bezahlen zu können. Gute Arbeit
12 muss gerecht bezahlt werden! Nein, zu befristeten Arbeitsverträgen!

13

14 Eine freie Gesellschaft braucht die Befreiung vom Patriarchat
15 Freiheit ist für uns untrennbar verknüpft mit Feminismus. Denn nur eine Gesellschaft, in der alle
16 Geschlechter die gleichen Rechte und Chancen haben, ist auch eine freie Gesellschaft.

17 Tradierte Rollenbilder, Vorurteile und Stereotype schränken die individuelle Freiheit – gerade
18 von Frauen – in unserer Gesellschaft immer noch ein – Gleichstellung ist noch lange nicht
19 erreicht! Echte Wahlfreiheit heißt daher für uns, dass sich alle unabhängig von ihrem
20 Geschlecht frei entscheiden können: Für oder gegen eine eigene Familie, für oder gegen
21 Karriere, für den einen oder den anderen Beruf. Freiheit bedeutet nicht, dass sich die
22 vorhandenen Probleme von alleine lösen. Wir akzeptieren nicht, dass Frauen mit einem
23 Verweis auf ihre freie Entscheidung an den Herd geschickt werden und starre Rollenbilder
24 ihnen echte Freiheit verwehren. Deshalb fordern wir die Abschaffung des Betreuungsgeldes.
25 Mit der SPD darf es keine Herdprämie mehr geben! Elternzeit muss außerdem häftig geteilt
26 werden. Wir wollen keine „Vätermonate“ sondern gleichberechtigte Elternschaft. Wir
27 unterstützen die Initiativen von Manuela Schwesig und fordern die Einführung der
28 Familienarbeitszeit sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit – wir brauchen endlich ein
29 Entgeltgleichheitsgesetz. Die in der großen Koalition beschlossene Frauenquote begrüßen wir,
30 sie ist für uns aber nur ein erster Schritt. Wir fordern eine 50%-Quote in allen Vorständen und
31 Aufsichtsräten und in anderen Leitungs- und Entscheidungsebenen.

32

33 Weitere Aspekte, die die Freiheit von Frauen enorm einschränken, sind Gewalt und Sexismus.
34 Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen – ob sexuell, psychisch oder physisch – ist ein weit
35 verbreitetes Problem, das in allen Gesellschaftsschichten anzutreffen ist. Diskriminierung
36 aufgrund ihres Geschlechts erfahren Frauen nicht nur auf dem Arbeitsplatz – auch im Alltag ist
37 Sexismus weit verbreitet. Spricht man dieses Thema offen an, ist es eine bewährte
38 Abwehrstrategie, alles ins Lächerliche zu ziehen: Das war doch nur Spaß! Frauen als
39 Sexobjekte und nur aufs Äußere zu reduzieren, ihnen weniger Kompetenz zuzuschreiben und
40 sie in der Sprache, Werbung und im öffentlichen Leben zu diskriminieren ist aber kein Spaß,
41 sondern festigt jedes Mal, wenn es stattfindet, das Patriarchat.

42

1 Gleichstellung ist eine Frage der Sozialisation. Gendersensible Bildung und Erziehung muss
2 daher verpflichtende Querschnittsaufgabe in allen Bildungseinrichtungen und Teil des
3 Lehrplans werden. Wir fordern außerdem Aufklärungsarbeit und Kampagnen zur Bekämpfung
4 von Sexismus und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen – Alltagssexismus darf kein
5 Tabuthema sein. Außerdem fordern wir eine bessere Finanzierung von Hilfs- und
6 Schutzangeboten für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt sind und einen Ausbau der
7 Beratungsangebote für gewalttätige Männer.

8

9 Freie Migration und Wohnortwahl

10 Freiheit bedeutet für uns auch stets die Freiheit den Lebensmittelpunkt eigenständig zu wählen.
11 In einem vereinten Europa sind wir es mittlerweile gewöhnt Grenzen zu passieren und uns
12 zeitweise oder dauerhaft in einem anderen Land niederzulassen, ohne dass dies mit
13 besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Diese Freiheit ist insbesondere für viele junge
14 Menschen eine Selbstverständlichkeit geworden. Aber auch wenn wir die
15 Niederlassungsfreiheit im Allgemeinen als Normalfall empfinden, so dürfen wir nicht
16 übersehen, dass diese stetig verteidigt werden muss.

17 Die Stimmen, die sich für die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit und des freien
18 Personengrenzverkehrs aussprechen, haben sich in den letzten Jahren zunehmend Gehör
19 verschafft. In einigen Ländern kam es zu vielbeachteten Wiedereinführungen von
20 Grenzkontrollen oder zur Festlegung von Quoten für den Zuzug aus anderen Staaten.

21 Solche Positionen sind für uns genauso wenig politische Diskussionsgrundlage wie die
22 unsägliche Asyldebatte, die schlicht die Reduzierung der AsylbewerberInnenzahlen um jeden
23 Preis zum Ziel hat, oder die Debatte um den sogenannten „Armutszuzug“ aus Südosteuropa.
24 Auch ein Einwanderungsgesetz, das Menschen nach Nützlichkeitskriterien bewertet, lehnen
25 wir ab. Für uns ist klar: jeder Mensch muss seinen Wohnort frei wählen können.

26

27 Freiheit muss jedoch auch auf nationaler Ebene verteidigt werden. Der Mangel an
28 bezahlbarem Wohnraum stellt für viele junge Menschen einen elementaren Freiheitseinschnitt
29 dar. Viele Menschen sind auf Grund zunehmender Preissteigerungen dazu gezwungen ihren
30 Wohnort zu wechseln. Insbesondere müssen sie dabei aus Ballungszentren wegziehen, da sie
31 schlicht nicht mehr in der Lage sind, die Mieten zu bezahlen.

32 Dabei stehen junge Menschen vor allem in Groß- und Studentenstädten vor großen
33 Herausforderungen. Um zu verhindern, dass junge Menschen vom Wohnungsmarkt verdrängt
34 werden und auf Grund von Mietpreisen ihre Berufs- und Studienwahl abhängig machen,
35 bedarf es massiver Anstrengungen. Insbesondere geförderter Wohnraum für StudentInnen und
36 Auszubildende muss überall dort bereit stehen, wo Bedarf besteht und Mieten astronomische
37 Höhen erreichen.

38 Freiheit bedeutet in diesem Zusammenhang aber auch, dass die Bildung von geschlossenen
39 Ortschaften unterbunden wird. Jeder soll am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und
40 Zugang zu Einrichtungen aller Art genießen. Ziel jeder Städtebaupolitik muss daher die
41 Umsetzung gemischter Wohngebiete sein. Hierauf wollen wir in Stadt und Land Einfluss
42 nehmen.

43

1 Freiheit braucht Freiraum und Mitbestimmung für junge Menschen
2 Als JungsozialistInnen stellt die Demokratisierung aller Lebensbereiche eines unserer erklärten
3 Ziele dar. Freiheit ohne Demokratie und Demokratie ohne Freiheit sind für uns undenkbar.
4 Auf Grund dessen sprechen wir uns auch für eine Ausweitung der demokratischen
5 Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten für Kinder und Jugendliche aus. Neben einer Absenkung
6 des Wahlalters auf 14 spielen insbesondere der Aufbau von Jugendparlamenten und die
7 Ausweitung der Selbstbestimmung in Jugendzentren wichtige Rollen.
8 Insbesondere Jugendparlamente übermitteln nicht nur Verständnis für unsere demokratische
9 Kultur und gleichfalls für demokratische Entscheidungsprozesse, sie stellen auch die geeigneten
10 Gremien zur Umsetzung jugendpolitisch relevanter Themen dar. Nicht umsonst sind Kinder und
11 Jugendliche die Experten, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit geht. Daher ist
12 es nur eine Selbstverständlichkeit sie entsprechend zu Rate zu ziehen. Jugendzentren können
13 zudem Selbstbestimmung und Selbstverwaltung lehren und sind in ihrer Bedeutung nicht
14 geringer zu stellen. Der Ausbau der Selbstbestimmung und die Erweiterung - insbesondere
15 auch der der Öffnungszeiten - ist daher von erheblicher Wichtigkeit. Die Ausweitung und
16 Unterstützung dieser Instrumente in Stadt und Land sind naheliegende Aufgaben eines
17 jungsozialistischen Verbandes.

18

19 **Barrierefreiheit im öffentlichen Raum**

20 Der Begriff der Barrierefreiheit erfährt häufig in Zusammenhang mit der alternden Gesellschaft
21 und der sich daraus ergebenden gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen Verwendung.

22 Auch wenn das nicht falsch ist und die Barrierefreiheit im öffentlichen wie auch im privaten
23 Umfeld für viele ältere Menschen ein heiß diskutiertes Thema darstellt, so ist die Verengung auf
24 das Feld der SeniorInnenpolitik jedenfalls gekünstelt. Barrierefreiheit ist vielmehr
25 Querschnittsthema und für alle Menschen in unserer Gesellschaft von erheblicher Bedeutung.
26 Von den SeniorInnen die nur über Treppenaufgänge Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln
27 erhalten, über die jungen Eltern die mit Kinderwägen im öffentlichen Raum unterwegs sind, bis
28 hin zu den Personen, die körperliche Einschränkungen erfahren haben und daher auf einen
29 Rollstuhl oder anderweitige Hilfsmittel angewiesen sind – Barrierefreiheit betrifft uns alle,
30 weswegen hier einer unserer Schwerpunkte liegen muss.

31 Auf den ersten Blick erscheint es so, als ob zumindest für den klassischen Bereich der
32 Jugendpolitik dem Thema Barrierefreiheit nur eine Randbedeutung zukommt. Auch wenn die
33 Bedeutung des Themas für die Jugendpolitik nicht gleich auf der Hand liegt, ist die Art und
34 Weise der Verzahnung der Politikbereiche jedenfalls nicht zu unterschätzen.

35 Es ist keine Seltenheit, dass sich Städte und Gemeinden bei der Planung von öffentlichen
36 Plätzen von dem Motiv leiten lassen, keine Gebiete zu schaffen, die als Ansammlungspunkte
37 für Jugendliche und junge Erwachsene dienen. Ganze Städte wurden so zur
38 „Aufrechterhaltung der Ruhe bei Nacht“ von Bänken und jeder anderen Form von
39 Sitzgelegenheiten oder öffentlich zugänglichen Toiletten etc. entledigt. Gerade das stellt aber
40 vor allem SeniorInnen, die oftmals auf eine Sitzgelegenheit angewiesen sind, vor erhebliche
41 Herausforderungen.

1 Beispiele wie diese gibt es zu Hauf. Unsere Aufgabe ist es diese Missstände zu beleuchten,
2 ihre Wechselwirkungen für alle klar hervorzuheben und unseren Teil dazu beizutragen, dass
3 Barrierefreiheit für alle umgesetzt wird.

4 Mobilität im öffentlichen Raum

5

6 Freiheit beinhaltet auch immer die Freiheit zur Mobilität. Besonders für Jugendliche und junge
7 Erwachsene ist die Möglichkeit sich frei und unabhängig fortzubewegen von erheblicher
8 Notwendigkeit. Mobilität ist für viele junge Leute die Voraussetzung für eine ungehinderte
9 Lebensführung.

10

11 Dabei ist ein Großteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor allem auf den
12 öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Sei es um zur Schule oder Ausbildungsstelle zu
13 gelangen, oder um nach einer „durchzechten“ Nacht sicher zu Hause anzukommen – der
14 Zug, die Tram oder der Bus vor Ort ist das zentrale Fortbewegungsmittel. Wir sagen: der
15 öffentliche Nahverkehr ist für alle da. Er ermöglicht uns Teilhabe am gesellschaftlichen Leben,
16 gibt uns individuelle Freiheit und hilft uns, unser Leben abwechslungsreich zu gestalten.
17 Deshalb sind Busse und Bahnen für uns ein öffentliches Gut. Der Nahverkehr kann sich nicht
18 alleine privat finanzieren, dann wären die Fahrpreise unbezahlbar. Wenn wir wollen, dass die
19 Verbindungen flächendeckend und attraktiv werden, dann müssen wir dafür auch Steuern in
20 die Hand nehmen. Wir Jusos sagen: Das ist es uns wert! Mobilität ist eine öffentliche Aufgabe
21 und Busse und Bahnen gehören in staatliche Hand.

22

23 Mobilität heißt für uns aber nicht nur Bus oder Bahn. Gerade für junge Menschen heißt
24 Fahrradfahren ein Stück Freiheit und selbstbestimmte Mobilität. Dabei ist das Vorankommen
25 nicht immer einfach: Fahrradwege enden im Nirgendwo, sichere Fahrradabstellplätze sind
26 eine Seltenheit und oft steht man vor der Wahl, sein Leben auf der viel befahrenen
27 Hauptstraße zu riskieren oder illegal auf dem Fußweg zu fahren. Wir Jusos fordern endlich
28 umfassende Anstrengungen für ein attraktives Radwegenetz und ausreichend sichere
29 Stellplätze. Und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. RadfahrerInnen
30 dürfen nicht länger VerkehrsteilnehmerInnen zweiter Wahl sein.

31

32 Natürlich ist es schön, wenn man ohne Auto überall hinkommt, aber manchmal geht's einfach
33 nicht anders: Ob Großeinkauf oder Umzug, ohne Führerschein wird's schwierig – zumindest
34 wenn man sich nicht ewig von den Eltern chauffieren lassen will. Auch viele ArbeitgeberInnen
35 legen nach wie vor Wert auf die Fahrerlaubnis. Und die kann bekanntlich teuer werden:
36 Neben zahlreichen Pflichtstunden muss auch noch der theoretische Unterricht und die Prüfung
37 aus eigener Tasche gestemmt werden. Andere Länder machen Alternativlösungen vor: Der
38 theoretische Teil kommt in die Schule und wird damit kostenlos. Wir sagen: Das schaffen wir
39 auch hier!

40

41 Nicht alle Menschen sind ständig auf Autos angewiesen. Und trotzdem ist es manchmal
42 praktisch, wenn man ab und zu auf eins zurückgreifen kann. Die Lösung für den gelegentlichen
43 Gebrauch liegt eigentlich auf der Hand: Carsharing – wenige Autos für viele Menschen, immer

1 dann verfügbar wenn man es braucht. Leider ist das Angebot an solchen Modellen heute noch
2 nicht flächendeckend, und oft stehen nur kommerzielle Angebote zur Verfügung. Wir Jusos
3 wollen mehr Förderung für Carsharing-Modelle, am besten lokal und genossenschaftlich
4 organisiert

5

6 Alles verboten? Der öffentliche Raum gehört uns allen!

7 Unter Alkoholeinfluss steigt bei Menschen zwar die Bereitschaft Straftaten oder
8 Ordnungswidrigkeiten zu begehen, dennoch gehen diese Delikte nur von einem kleinen Teil
9 aller Personen unter Alkoholeinfluss aus. Um diese zu verringern, haben sich viele Städte dazu
10 entschieden für ihre Innenstadt den Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit zu verbieten,
11 wobei in Gebäuden und während Volksfesten weiterhin Alkohol ausgeschenkt werden darf.

12 Als weitere Einschränkung wird der Betrieb von Gaststätten und Nachtclubs durch eine
13 Sperrzeit begrenzt. 2005 wurde sie in Bayern zunächst auf eine Stunde von 5 bis 6
14 Uhr verkürzt (Putzstunde). Seitdem haben acht bayrische Städte sie wieder verlängert.

15 Wie beim Alkoholverbot geht es in der Diskussion oft nicht um tatsächliche Gefahren für sich
16 dort aufhaltende Personen und AnwohnerInnen, sondern deren subjektives Sicherheitsgefühl.
17 Die Sperrzeit wird als schnelles, wirksames und kostengünstiges Mittel gegen vermeintlich
18 vermehrte Störungen der Nachtruhe angesehen. Bisher konnte kein Nachweis erbracht
19 werden, dass dies die Kriminalität insgesamt oder in der Nacht gesenkt hat, auch wenn für
20 einzelne Städte und Delikte Effekte festzustellen sind.

21 Eine Verlagerung der Feieraktivitäten auf Privatpartys, Afterpartys und den öffentlichen Raum
22 befeuert wiederum die Forderung nach einer weiteren Verlängerung der Sperrzeit, einem
23 Alkoholverbot in der Öffentlichkeit und verstärken Anfeindungen gegenüber
24 jungen Menschen. Für uns steht fest, dass es auch kulturelle Angebote für Jugendliche geben
25 muss, weswegen wir uns bemühen die Ängste in der Bevölkerung vor diesen abzubauen.

26 Zugleich lehnen wir die im Freistaat vorherrschende Repressionspolitik ab. Die Maßnahmen
27 die stets der Beschränkung, des Verbots oder der Bestrafung dienen sind für uns inakzeptabel.
28 Tanzverbote und restriktive Grünflächenverordnungen die Alkoholkonsum verbieten stellen
29 massive Eingriffe in die Grundrechte der Bevölkerung dar und sind Ausfluss einer religiös
30 motivierten Law&Order-Politik die gänzlich abzulehnen ist.

31

32 Die Gedanken sind frei!

33 Bildung ist für uns der Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft und Voraussetzung für ein
34 wirklich freies und selbstbestimmtes Leben. Das aktuelle Bildungssystem ist jedoch viel zu sehr
35 an ökonomischer Verwertbarkeit und einem engen Leistungsbegriff orientiert. Wir Jusos stehen
36 für lebenslanges Lernen, das in Bildungseinrichtungen für Kleinkinder beginnt und über Schule,
37 Ausbildung und Hochschule zu Fort- und Weiterbildung reicht. Im Zentrum muss dabei für uns
38 immer die Entwicklung der eigenen Begabungen und Fähigkeiten stehen. Wir fordern daher
39 ein inklusives Bildungssystem, das alle Kinder von Anfang an mitnimmt und keine Selektion
40 nach (vermeintlicher) Leistungsfähigkeit vornimmt. Noten lehnen wir als vorgeblich objektive
41 Leistungsbewertung ab und fordern stattdessen die Einführung alternativer Modelle zur
42 Beschreibung von Lernfortschritten wie zum Beispiel Portfolios und Lernentwicklungsberichte.

1 Auch weiterführende Bildung wie Hochschulbildung und berufsbegleitende Angebote muss für
2 alle zugänglich sein.

3 Für Berufstätige fordern wir außerdem die gesetzliche Festschreibung von Bildungsurlaub,
4 damit auch eine allgemeine Weiterbildung neben der Berufstätigkeit möglich ist.

5 Eine wichtige Voraussetzung für selbstbestimmtes Lernen ist für uns die Demokratisierung aller
6 Bildungsbereiche. Wir fordern daher die Einführung und gesetzliche Festschreibung von
7 demokratischen Strukturen in Bildungsinstitutionen, jeweils entsprechend des Alters der
8 Beteiligten.

9

10 Freiheit versus Sicherheit? Nicht mit uns!

11 Wir Jusos lehnen die Panikmache rund um "Gefahren durch das Internet" ab. Natürlich wollen
12 wir strafrechtlich relevante Taten auch im digitalen Bereich verfolgen. Ein Großteil der
13 "Straftaten" im Internet sind allerdings zivilrechtliche Verstöße wie beispielsweise die
14 Verletzung von Urheberrechten oder Verwertungsrechten. Es ist keine Lösung, diese rücksichtslos
15 durch Abmahnungen durchzusetzen, wir brauchen hier eine Debatte über ein modernes
16 Urheberrecht und müssen einen fairen Ausgleich zwischen den Beteiligten vorantreiben.
17 Generell kann man vielen Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht durch eine
18 restriktive Strategie begegnen. Wir stehen für starke BürgerInnenrechte in der digitalen Welt.
19 Der Schutz der Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf informationelle
20 Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen nicht
21 ausgehebelt werden.

22

23 Wir stehen zum Prinzip „Löschen statt Sperren“ bei strafrechtlich relevanten Inhalten und
24 lehnen Netzsperrern ab. Ebenso halten wir Vorratsspeicherung für einen völlig
25 unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre der Einzelnen und lehnen diese ab. Studien
26 haben mehrfach belegt, dass die VDS kein taugliches Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung ist.
27 Gleichzeitig wenden wir uns aber auch gegen andere Methoden, die ähnlich stark in die
28 Privatsphäre der Menschen eingreifen, wie beispielsweise Online-Durchsuchungen in Bayern
29 und gegen den vom LKA verwendeten unsicheren „Staatstrojaner“. Einen Gipfel des
30 staatlichen Eingriffs stellt für uns die als "NSA-Affäre" bekannt gewordene, systematische und
31 pauschale Überwachung des digitalen Datenaustauschs dar. Wir brauchen Mechanismen, um
32 uns zu wehren, wie beispielsweise einfach bedienbare Verschlüsselung für jedeN. Digitale
33 Überwachungsmethoden stehen ganz klar im Widerspruch zu unseren Grundwerten und den
34 rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa. Wer die Freiheit opfert, um
35 vermeintlich mehr Sicherheit zu bekommen, verliert am Ende beides!

36 Zugang zum Internet gehört für uns Jusos zur Daseinsvorsorge und ist für gesellschaftliche
37 Teilhabe heute unabdingbar. Daher wollen wir, dass es flächendeckend in Bayern einen guten
38 Zugang zum Internet gibt und dass dieser für alle bezahlbar ist. Schnelles Internet darf nicht
39 nur Menschen vorbehalten sein, die in Städten leben. Wir Jusos fordern, dass ein
40 technologisch moderner Breitbandausbau in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen
41 umgesetzt wird. Wir stehen zur diskriminierungsfreien Datenübertragung, für einen freien und
42 gleichen Zugang zum Internet mit dem Ziel der Netzneutralität.

43

1 Aktuell entsteht eine Spaltung - ein „Digital Divide“ - zwischen den Menschen, die die neuen
2 Kommunikationsmethoden selbstverständlich nutzen und Menschen, die keinen Zugang dazu
3 haben. Diese Kluft verläuft durch die ganze Gesellschaft und lässt sich nicht nur an Faktoren
4 wie Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft ausmachen. Wir wollen aber eine Teilhabe aller
5 an den Neuen Medien. Bildung ist für uns der Schlüssel zur Überwindung dieser digitalen
6 Spaltung. Wir wollen daher Konzepte für digitale Bildung für alle Lebensphasen. Aber auch
7 die Lehr- und Lernmaterialien wie z.B. Schulbücher werden sich ändern und müssen digital
8 verfügbar sein. Wir wollen einen freien und kostenlosen Zugang zu Lerninhalten über
9 sogenannte "Open Educational Resources", damit auch hier Bildung nicht vom Geldbeutel
10 abhängt.

11
12 Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das Funktionieren einer parlamentarischen
13 Demokratie werden ebenfalls durch die Digitalisierung beeinflusst. Wir haben es in der Hand,
14 aus der digitalen Gesellschaft eine offene, freie und demokratische Gesellschaft zu machen.
15 Eine vernetzte Verwaltung (Open Government) und die Bereitstellung offener Daten (Open
16 Data) sind Bausteine für ein modernes Regierungshandeln, setzt aber einen Kulturwandel von
17 Staat und Verwaltung voraus.

18
19 Wir ziehen's durch. Weil wir's können. Cannabis endlich legalisieren.
20 Seit den Legalisierungswellen in manchen US-amerikanischen Staaten und alternativen
21 drogenpolitischen Projekten in einigen EU-Ländern ist die Legalisierung von Cannabis wieder
22 in die politische Diskussion gerückt worden. Wie verschiedene Befragungen zeigen, ist die
23 repressive Drogenpolitik gescheitert. Große Bevölkerungsteile haben schon einmal Cannabis
24 konsumiert, bzw. machen dies regelmäßig. Durch das Verbot wird momentan v.a. die
25 Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten erreicht. Zurzeit herrscht in Deutschland eine
26 breite Diskussion insbesondere über die Schädlichkeit von Cannabis, bei der GegnerInnen wie
27 BefürworterInnen der Legalisierung diese mit bereits legalisierten Drogen aufrechnen. Dies
28 halten wir für den falschen Weg diese Debatte zu führen.

29
30 Für uns ist klar: Drogen bringen Schäden mit sich und können eine Gefahr für den/die
31 KonsumentIn und andere Menschen darstellen. Selbstverständlich birgt Cannabis ein
32 gesundheitliches Risiko: die mentalen Schäden, besonders beim Konsum von Menschen in
33 ihrer Entwicklung, können massiv ausfallen. Und natürlich ist Cannabis im Straßenverkehr eine
34 große Gefahr für die gesamte Umgebung. Zudem muss der Konsum durch Minderjährige in
35 jedem Fall unterbunden werden.

36 Die Frage, die sich hier stellt ist allerdings eine ganz andere. Erreichen wir durch die
37 momentane Politik die gewünschte Wirkung? Schreckt das Verbot Menschen davon ab
38 Cannabis zu konsumieren, bzw. würde eine Legalisierung mehr Menschen dazu animieren? In
39 Bezug auf ersteres ist mittlerweile erwiesen, dass das Verbot nur eine sehr geringe, bis gar
40 keine abschreckende Wirkung hat. In Bezug auf Zweiteres zeigen einige Staaten mit einer
41 liberaleren Drogenpolitik, dass über einen längeren Zeitraum die KonsumentInnenzahl nicht
42 relevant steigt. Die Kriminalisierung schafft es also nicht die wichtigsten Ziele von

1 Drogenpolitik, nämlich rückläufigen Konsum und Problembewusstsein in Bezug auf die Droge,
2 zu erreichen.

3

4 Das Verbot scheitert allerdings auch dadurch, dass es Probleme schafft, die erst durch ein
5 Verbot aufkommen. Neben der Kriminalisierung großer Bevölkerungsschichten, die gigantische
6 Kosten für Polizei, Justiz, etc. nach sich zieht, steigt auch die Schädlichkeit von Cannabis
7 durch seine Illegalisierung. Dies geschieht durch Dinge wie Streckung oder die Tatsache, dass
8 mittlerweile einige Jugendliche auf synthetische Ersatzstoffe, sog. "Kräuter" umsteigen, die in
9 ihrer Wirkung wesentlich schlechter einzuschätzen sind und im Gegensatz zu Cannabis schon
10 einige Todesopfer gefordert haben.

11

12 Deshalb fordern wir eine Legalisierung von Cannabis mit einer kontrollierten Abgabe durch
13 Apotheken und einen überwachten Anbau durch ZulieferInnen. Mit den Geldmitteln, die
14 derzeit in die Strafverfolgung fließen, wollen wir Präventionsprojekte und Beratungsangebote
15 stärken! Wir wollen Geldmittel, die momentan in der Strafverfolgung gebunden sind, sparen
16 und stattdessen Präventionsprojekte stärken. Weitere finanzielle Mittel für die Prävention und
17 Beratung könnten durch eine Besteuerung der kontrollierten Abgabe von Cannabis
18 herangezogen werden. Wir wollen durch eine Besteuerung der kontrollierten Abgabe
19 Geldmittel akquirieren und diese in Suchtberatung und Entzugsprogramme investieren. Wir
20 wollen einen legalen und verantwortungsbewussten Umgang mit Cannabis, ohne bürgerliche
21 Verbotspolitik und Repressionen, die bisher nur zu Streckung und Beschaffungskriminalität
22 sowie zu einer absolut verlogenen Einstellung zum Thema Sucht und Konsum geführt haben.

1 Arbeitsprogramm des Landesvorstands der Jusos Bayern für das 2 Vorstandsjahr 2015/2016

3 Die Jusos Bayern haben den Auftrag des letzten Arbeitsprogramms umgesetzt und sich nach
4 den Wahlkämpfen der vergangenen Jahre wieder verstärkt der inhaltlichen Arbeit gewidmet.
5 Gleichzeitig wurde eine Phase der Strukturerneuerung eingeleitet, die zum Ziel hat durch
6 inhaltlichen Input und konkrete Politikansätze mehr junge Menschen für die Mitarbeit in
7 unserem Verband zu begeistern. Nun gilt es, diesen Weg fortzuführen. Bereits jetzt sind
8 deutliche Erfolge sichtbar, da landesweit neue Arbeitsgemeinschaften, Kreisverbände und
9 Unterbezirke gegründet werden und auch die Teilnahme an Veranstaltungen des
10 Landesverbands stark zunimmt.

11 Als Jusos Bayern werden wir unseren klaren Kurs der Veränderung der bestehenden
12 Machtverhältnisse zugunsten einer Demokratisierung aller Lebensbereiche in unserer
13 Gesellschaft fortsetzen. Wir kämpfen weiterhin für eine freie, gerechte und solidarische
14 Gesellschaft und werden auch im kommenden Jahr offensiv für unsere Werte werben. Wir
15 stehen in kritischer Solidarität zu unserer Mutterpartei und verteidigen sie, wo sie aufgrund der
16 absolut richtigen Projekte seitens des politischen Gegners verunglimpft wird.

17 Gleichzeitig akzeptieren wir nicht, wenn aus falsch verstandenem Pragmatismus ein Kurs
18 eingeschlagen wird, der uns im besten Fall nicht schadet, jedenfalls aber kein Stück nach
19 vorne bringt. Daher wenden wir uns u.a. klar gegen eine „Law&Order“-Politik samt der damit
20 verbundenen staatlichen Repressionen, die die Menschen in unzulässiger Weise bevormunden
21 und den Wert der Freiheit zugunsten eines falsch verstandenen Sicherheitsgefühls opfern.
22 Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass auch die Landtagsfraktion der BayernSPD diesen Kurs
23 nun mehrheitlich mitträgt und erhoffen uns zukünftig einen inhaltlichen Austausch auf
24 Augenhöhe.

25 Im Einzelnen wollen wir die Arbeit des Landesvorstands wie folgt gestalten:

26 Allgemeine Vorstandsarbeit – neue Wege und bewährte Strukturen:

27 Die Arbeit des Vorstands wird auch im kommenden Jahr vorwiegend auf monatlichen
28 Präsenzsitzungen vorstrukturiert werden. Unsere Erfahrung mit der Zuweisung der
29 organisatorischen Zuständigkeit von Bereichen wie Pressearbeit, social media oder
30 Bildungsarbeit – um nur einige zu nennen – an einzelne Vorstandsmitglieder ist positiv und
31 spart Ressourcen. Gleichzeitig muss eine noch höhere Verbindlichkeit dieser Zuständigkeiten
32 erreicht werden, weshalb wir das im letzten Jahr erstmals erprobte Konzept weiterentwickeln
33 werden.

34 Als Landesvorstand müssen wir deutlich stärker als Gäste und ReferentInnen auf öffentlichen
35 Veranstaltungen und Diskussionsrunden vertreten sein. Dabei wird die Zuständigkeit nicht starr
36 auf den/die VorsitzendeN beschränkt, sondern in die Verantwortung aller
37 Landesvorstandsmitglieder gegeben. Die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit kann nur
38 gesteigert werden, wenn der Landesvorstand auf derartigen Veranstaltungen präsenter ist und
39 die Positionen des Verbands nach außen vertritt.

1 Bündnisarbeit:

2 Eng damit verbunden ist die Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen. Die
3 vergangenen Jahre haben gezeigt, dass unsere Positionen in vielen Verbänden im
4 vorpolitischen Raum mehrheitsfähig sind, auch wenn sie sich teilweise jenseits des klassisch
5 linken Spektrums befinden. Natürliche Bündnispartnerin ist und bleibt jedoch die bayerische
6 Gewerkschaftsjugend unter ihrem Dachverband der DGB-Jugend und ihren
7 Einzelgewerkschaftsjugenden. Mit keiner anderen Bewegung bestehen derart viele
8 Gemeinsamkeiten. Als JungsozialistInnen gewerkschaftlich organisiert und im besten Fall auch
9 engagiert zu sein, gehört zu unserem Selbstverständnis als Teil der internationalen
10 ArbeiterInnenbewegung. Beiden Organisationen muss klar sein, dass sie ihre gemeinsamen
11 Ziele auch nur mit vereinten Kräften erreichen können. Gerade im konservativ geprägten
12 Bayern können wir es uns daher nicht leisten, die Gewerkschaftsjugend lediglich als eine von
13 vielen Verbündeten zu betrachten, sondern müssen unsere Zusammenarbeit deutlich verstärken.
14 Erste Schritte wurden bereits unternommen, wie das gemeinsame Gedenken anlässlich des 70.
15 Jahrestages der Befreiung von Auschwitz beweist. Einzelne Veranstaltungen können jedoch nur
16 der Anfang sein. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend hat für
17 uns Jusos im kommenden Jahr oberste Priorität und muss institutionalisiert werden.

18 Zu Unrecht wird vielen Jugendverbänden, deren Mitgliederstärke vor allem aus dem ländlichen
19 Raum herrührt, unterstellt, hauptsächlich konservative Thesen und Ansichten zu vertreten. Im
20 Gegenteil stehen die Positionen vieler kirchlicher Jugendverbände u.a. im Bildungsbereich, in
21 der Flüchtlingspolitik und auch beim Engagement für junge ArbeitnehmerInnen diametral zu
22 den Ansichten und Maßnahmen konservativer Parteien. Auch wenn sich unsere Deutungsmuster
23 für bestehende Probleme teilweise deutlich unterscheiden, ist es an der Zeit auch mit diesen
24 Organisationen auf Funktionärlinnenebene einen Austausch zu pflegen. Ein entsprechender
25 Beschluss dazu wurde im Landesvorstand bereits in der letzten Vorstandsperiode gefasst.
26 Dabei ist für uns Jusos enorm wichtig, eine Anbiederung zu vermeiden und auch unseren
27 Anspruch als säkularer Jugendverband nicht aufzugeben. Gleichzeitig können wir uns ein
28 starres schwarz/weiß-Denken im Umgang mit anderen Jugendverbänden nicht erlauben, wenn
29 wir den Anspruch erheben wollen gesellschaftliche Verhältnisse tatsächlich mitzubestimmen
30 und den politischen Diskurs in Bayern maßgebend zu beeinflussen. Faktische gesellschaftliche
31 Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und die politische Arbeit darin zu gestalten bedeutet nicht
32 den Anspruch aufzugeben, sie zu ändern! Anders formuliert: Wir könnten langfristig deutlich
33 mehr junge Menschen für unsere Werte begeistern, wenn wir Schubladendenken noch stärker
34 vermeiden würden. Unser eigenes Auftreten stets selbstkritisch zu hinterfragen ist damit nicht
35 nur Teil unseres Selbstverständnisses als SozialistInnen und Aufgabe der Untergliederungen vor
36 Ort, sondern auch für den Landesvorstand in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen
37 enorm wichtig.

38 Als einzige Parteijugend haben wir im letzten halben Jahr eine Zusammenarbeit mit dem
39 Bayerischen Jugendring gepflegt. Die positive Resonanz auf unsere Teilnahme an seinen
40 Veranstaltungen von verschiedenster Seite hat gezeigt, dass es sehr wohl wahrgenommen

1 wird, wenn man sich als Verband nach außen öffnet und nicht nur um sich selbst kreist. Diesen
2 Weg müssen wir auch im kommenden Jahr weitergehen.

3 Strukturkampagne:

4 Als Ziel unserer im letzten Jahr angestoßenen Strukturkampagne haben wir definiert, in allen
5 Bezirken bei der Neugründung von AGs, Kreisverbänden und Unterbezirken mitzuhelfen.
6 Dafür wurden pro Bezirk ein bis zwei Projektgebiete auserkoren, die teilweise einen Landkreis,
7 teilweise nur ein Stadtgebiet und teilweise nur mehrere kleine Orte in einem Unterbezirk
8 umfassen.

9 Was zunächst als frommer Wunsch begann, nimmt langsam aber sicher an Fahrt auf.
10 Landesweit hatten wir in allen sieben Bezirksverbänden im ersten halben Jahr Neugründungen
11 verschiedener Untergliederungen zu feiern. Dabei spielt weniger die Größe der Struktur eine
12 Rolle. Viel wichtiger ist, dass offensichtlich in allen Landesteilen – und unabhängig von der
13 Frage ob städtisch oder ländlich geprägt – eine vernehmbare Aufbruchsstimmung zu unseren
14 Gunsten vorherrscht.

15 Viele der Neugründungen kann und will sich der Landesverband nicht selbst auf die Fahnen
16 schreiben, da die Bezirke ebenfalls erkannt haben, dass die Stärkung ihrer Strukturen aktuell
17 eine der wichtigsten Aufgaben darstellt. Gerade die gute Zusammenarbeit zwischen
18 Landesvorstand und Bezirksverbänden hat jedoch dazu beigetragen, dass das Projekt den
19 bisher guten Weg eingeschlagen hat.

20 Der Landesvorstand wird den Kurs der gezielten Unterstützung der Untergliederungen, die
21 zusammen mit den Bezirken als Projektgebiete definiert wurden, konsequent weiter fortsetzen.
22 Wichtigste Aufgabe wird sein, die Arbeit in der Phase nach der Neugründung aktiv zu
23 begleiten um die Strukturen nachhaltig vor Ort zu etablieren. Ebenso bedeutend wird es sein,
24 sich nicht zu „verzetteln“ und nicht zu viel auf einmal zu verlangen. Strukturen müssen über die
25 Zeit wachsen, GenossInnen brauchen Zeit um sich in der Juso-Arbeit einzufinden und eigene
26 Positionen zu entwickeln. Der Landesvorstand sieht seine Kampagne deshalb vor allem als
27 Angebot zur Unterstützung, nicht als aufgedrängten Zwang. Der bisherige Verlauf ist sehr
28 erfreulich, jetzt gilt es in diesem Tempo weiterzuarbeiten.

29 Den Verantwortlichen vor Ort muss noch stärker verdeutlicht werden, dass sie die Hilfe der
30 Landesvorstandsmitglieder, die einzeln und federführend für ein Projektgebiet zuständig sind,
31 in Anspruch nehmen können. Die Untergliederungen sollen die Möglichkeit bekommen, durch
32 verschiedene Aktionsformen die Arbeit vor Ort Stück für Stück aufzubauen. Unter anderem ist
33 geplant:

- 34 - Ein gemeinsames Seminar des Landesverbands für die Aktiven in
35 den neu Gegründeten Untergliederungen. Arbeitstitel dieses Seminars wird sein:
36 „Handwerkszeug für Juso-Arbeit vor Ort.“ Zuständig für die Ansprache der
37 Teilnehmenden sind die Landesvorstandsmitglieder der jeweiligen Projektgebiete und
38 die Bezirksvorsitzenden. Das Seminar soll noch vor der Sommerpause stattfinden.

39

- 1 - Landesvorstandsmitglieder kommen in die einzelnen Untergliederungen und geben
2 inhaltlichen Input zu einzelnen politischen Themen. Zuständig ist das örtlich nächste
3 LaVo-Mitglied. Inhaltlich sollen vor allem die Themen der Freiheitskampagne
4 aufgegriffen werden.
5
- 6 - „Ruf-Seminare“ als Seminare mit Orga-Schwerpunkt und inhaltlichem Input als
7 Tagesseminar. Ab sieben festen Zusagen kommen LaVo-Mitglieder und BeVo-Mitglieder
8 in die einzelne Untergliederung und bieten nach inhaltlicher Abstimmung mit der
9 Untergliederung das Seminar an. Die Bewerbung dieser Möglichkeit erfolgt über die
10 Bezirke.

11 Anhand dieser und weiterer Maßnahmen sollen die Strukturen gefestigt werden. Der
12 Landesvorstand evaluiert die Fortschritte der Kampagne laufend auf weiteren
13 Strukturkonferenzen, von denen bisher drei in regelmäßigem Abstand stattgefunden haben.

14 Weil ich's kann. Weil du's kannst. Weil wir's können! – Die Freiheitskampagne der Jusos
15 Bayern

16 Ohne Inhalte lässt sich ein Strukturaufbau nicht verwirklichen. Ohne Inhalte werden wir auch
17 unserem eigenen Anspruch als sozialistischer Richtungsverband in der SPD nicht gerecht und
18 können unsere Grundwerte nicht in praktische Politik umsetzen.

19 Aus diesem Grund haben wir neben der Strukturkampagne und zur Ergänzung derselben eine
20 inhaltliche Kampagne entwickelt, die sich rund um das Thema „Freiheit“ drehen wird. Wir
21 wollen jedoch keine abgehobenen Diskurse führen, sondern den Freiheitsbegriff konkret
22 anhand verschiedenster Beispiele herunter brechen und Vorschläge für konkrete Politikprojekte
23 unterbreiten. Tiefgründige Inhalte in klaren Worten, ansprechende Materialien und
24 basisorientierte Angebote sind die Eckpfeiler dieser Kampagne.

25 Jugendlichen in Bayern soll durch diese Kampagne klargemacht werden, dass es sehr wohl
26 einen Unterschied macht, wer sie regiert. Die harte Verbotspolitik im Freistaat und der ständige
27 Versuch die Jugend als „Problemfeld“ zu stigmatisieren werden in dieser Kampagne genauso
28 thematisiert wie das Ausbluten lassen des ländlichen Raums, die völlig verfehlte Drogenpolitik
29 in Bezug auf Cannabis und die prekäre Situation junger ArbeitnehmerInnen in Bayern.

30 Die Kampagne ist bewusst in verschiedenen Modulen für die jeweiligen Untergliederungen
31 aufgebaut. Sinn dahinter ist, dass eine AG im ländlichen Raum, für die z.B. hauptsächlich das
32 Thema Mobilität und Personennahverkehr bzw. Nachtbusse eine Rolle spielen, auch nur dieses
33 Modul der Kampagne mit Materialien und Postkarten für sich vor Ort verwenden kann.
34 Niemand muss das Gesamtpaket nehmen, je nach Größe und Mitgliederzahl der
35 Untergliederung können jedoch mehrere Teile der Kampagne vor Ort umgesetzt werden.
36 Folgende Module zu den in Klammern stehenden Themen hat der Landesvorstand vorbereitet
37 und abgestimmt:

- 38 - Freiheit vor wirtschaftlichen Zwängen (Arbeit und Ausbildung)
39 - Legalisierung von Cannabis (Drogenpolitik)

- 1 - Freiheit vor staatlichen Repressionen und einer Verbotspolitik (Innenpolitik)
- 2 - Echte Wahlfreiheit zwischen Lebensentwürfen (Gleichstellung)
- 3 - Freie Mobilität und Personennahverkehr (Verkehrspolitik)
- 4 - Mehr Mitbestimmung in Schule und Uni (SchüliS/HSG)
- 5 - Freiheit im Netz und freies digitales Leben (Netzpolitik/Infrastruktur)

6 Zu jedem Modul wird es ein kleines inhaltliches Booklet geben, in dem unsere wichtigsten
 7 Positionen zusammengefasst sind. Daneben wird es pro Modul mehrere Postkarten geben, die
 8 als Kampagnenmaterial die Texte auf den Punkt bringen.

9 Auf einer Bustour durch Bayern, wollen wir in diesem Sommer die Inhalte
 10 unserer Kampagne zu euch vor Ort tragen und für unsere politischen
 11 Positionen sowie um Mitarbeit bei den Jusos Bayern werben. Dafür werden
 12 wir eigens einen Kleinbus anschaffen, der hergerichtet und für die
 13 Kampagne ausgebaut werden soll. Er wird der mobile Kampagnenträger und
 14 vielseitig einsetzbares Veranstaltungsmittel.

15
 16 Gemeinsam mit den Bezirken wollen wir eine Route erstellen, die uns zu
 17 den interessantesten Festen, Festivals oder sonstigen Veranstaltungen in
 18 Bayern führen wird, aber auch eigene Aktionen und Veranstaltungen planen
 19 und gemeinsam mit den Gliederungen vor Ort umsetzen. Der Phantasie sind keine Grenzen
 20 gesetzt. Wir freuen uns auf eure Ideen.

21 Hier schließt sich der Kreis zur Strukturkampagne, da natürlich auch und gerade neu
 22 gegründete Untergliederungen die Kampagne zur wirksamen Arbeit vor Ort nutzen können.

23 Dies soll aber bereits bestehende Unterbezirke und Kreisverbände keinesfalls davon abhalten,
 24 an der Kampagne teilzunehmen. Im Gegenteil: die Kampagne soll gerade in ganz Bayern
 25 stattfinden.

26 Weil wir's können!

27 Basiskongress:

28 Auch in diesem Jahr wollen wir wieder einen Basiskongress als breites Vernetzungstreffen und
 29 inhaltliches Seminarwochenende zu verschiedensten Themen anbieten. Der vierte
 30 Basiskongress wird von 2.-4. Oktober in Nürnberg stattfinden und bietet für über 100
 31 GenossInnen aus ganz Bayern ein bewährtes Angebot mit einer Mischung aus Politik,
 32 Kennenlernen anderer GenossInnen aus allen Regierungsbezirken und natürlich auch einer
 33 Verbandsparty. Im Anschluss an den Basiskongress werden sich die Delegierten der
 34 Landeskonferenz zur Herbst-LaKo treffen. Gäste sind auf unserer Konferenz natürlich wieder
 35 herzlich willkommen.

36

37

1 Bildungsprogramm:

2 Das Seminarprogramm für das Jahr 2015/2016 wird wie jedes Jahr zu Beginn der
3 Vorstandsperiode erarbeitet. Neben inhaltlichen Seminaren zu verschiedensten Politikfeldern
4 wollen wir stärker in die Arbeit mit Plattformen einsteigen, die den Mitgliedern neben dem
5 inhaltlichen Input auch eine Möglichkeit des Austauschs untereinander bieten.

6 Konkret wurde bereits im März 2015 der erste Kongress für KommunalpolitikerInnen auf
7 Landesebene abgehalten. Die Kombination aus Fachtagung mit inhaltlicher Weiterbildung und
8 der Erarbeitung konkreter Ziele/Projekte für die Arbeit der Jusos Bayern im jeweiligen
9 Politikfeld im Rahmen von Workshops kann eine gelungene Ergänzung zum klassischen
10 Seminarprogramm der Jusos Bayern darstellen. Der Vernetzungsgedanke von GenossInnen,
11 die im gleichen Politikfeld arbeiten, spielt eine wesentliche Rolle und darf nicht unterschätzt
12 werden. Nicht überall muss das Rad neu erfunden werden und inhaltlicher Mehrwert wird vor
13 allem dort generiert, wo sich Strukturen geschaffen werden um das bereits vorhandene Wissen
14 untereinander auszutauschen. Auch diese Form der Bildungsarbeit dient zur Ansprache von
15 BündnispartnerInnen und kann zur Gewinnung von MultiplikatorInnen genutzt werden.

16 Die drei Module der „Funk-Schulung“ sollen erneut als Angebot für die Bezirksvorstände
17 verstanden werden. Nachwuchstalente gezielt mit der Arbeit in Juso-Strukturen vertraut zu
18 machen und eine kontinuierliche Förderung junger GenossInnen mit hohem inhaltlichen
19 Anspruch zu gewährleisten. Gerade aufgrund der über Jahre verbesserten Inhalte und
20 Konzepte dieses Angebots werden die Bezirke dazu ermuntert, dieses Angebot noch stärker
21 anzunehmen als bisher.

22 Kommissionen:

23 Die Kommissionen auf Landesebene werden auch im nächsten Jahr die inhaltliche Arbeit des
24 Landesverbands zwischen den Landeskonferenzen leisten. Im Einzelnen hat sich die Struktur
25 des gemeinsamen Tagens an drei gemeinsamen Wochenenden pro Jahr bewährt. Die vier
26 Kommissionen

- 27 - Innenpolitik, Demokratie und Antifa (IDA)
- 28 - Wirtschaft und Soziales
- 29 - Umwelt und Energie
- 30 - Internationales

31 leisten hierbei ihre Arbeit in gewohnter Weise. Die Frauenkommission tagt unabhängig von
32 diesen Wochenenden, um den aktiven Genossinnen auch die Möglichkeit der Teilnahme in
33 anderen Kommissionen zu ermöglichen. Gleichzeitig wird aber Wert darauf gelegt, dass alle
34 Kommissionen den „lila Faden“ beachten und pro Wochenende mindestens einen
35 Themenblock behandeln, der auch gleichstellungspolitische Fragen im jeweiligen
36 Themengebiet erörtert.

37

1 Juso-Hochschulgruppen

2 Die Juso-Hochschulgruppen stellen eine bedeutende Vorfeldorganisation an den bayerischen
3 Universitäten und Hochschulen dar. Die Wahlen der Studierendenvertretungen stellen trotz der
4 gesetzlichen Nichtverankerung der ASten eine wichtige Plattform für Jusos dar, die sich gezielt
5 für verbesserte Studienbedingungen und einen freien Zugang zur Bildung einsetzen. Das
6 Landeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen kann auch im kommenden Jahr auf
7 die tatkräftige Unterstützung des Landesvorstands zählen.

8 Juso-SchülerInnen und Auszubildendengruppe Bayern (JSAB)

9 Als weitere wichtige Vorfeldorganisationen wird die Juso-SchülerInnen und
10 Auszubildendengruppe Bayern auch im kommenden Jahr die Arbeit des Landesvorstands
11 begleiten und sie sind für die Jusos Bayern wichtige Partnerinnen junge
12 Menschen für die Politik zu begeistern und für eine Mitarbeit bei den
13 Jusos Bayern zu werben. Die Einbeziehung der Belange der Azubis ist ein längst fälliger
14 Schritt, den der Landesvorstand ausdrücklich begrüßt. In einem vorwiegend studentisch
15 geprägten Verband fehlt teilweise der Input für Probleme und Anliegen junger
16 ArbeitnehmerInnen. Dies soll im kommenden Jahr verbessert werden. Die Motivation von
17 Azubis für die Mitarbeit bei den Jusos ist daher ein genauso wichtiger Schritt wie die Arbeit in
18 den bayerischen Schulen.

19 Bundesebene:

20 Die Arbeit auf Bundesebene gestaltet sich für die Jusos Bayern positiv. Die Bundesvorsitzende
21 Johanna Uekermann erfährt als bayerische Jungsozialistin mit ihrem Kurs einer sachlichen und
22 zugleich inhaltlich fundierten Debattenkultur eine erfreuliche Präsenz in öffentlichen Debatten.
23 Für diesen Kurs kann sie auch im kommenden Jahr auf die Unterstützung ihres Landesverbands
24 und die inhaltliche Zuarbeit des Landesvorstands zählen.

25 Die inhaltliche Richtung des Bundesverbands wird durch die Mitarbeit der bayerischen
26 Delegierten und ExpertInnen in den Bundesprojekten auch im kommenden Jahr wieder geprägt
27 werden. Gleiches gilt für die Aufgabe der Koordinierung der beiden linken Strömungen auf
28 Bundesebene. Die Kampagne „Links leben“ des Bundesverbands wird im Sommer auch in
29 Bayern stattfinden. Aufgrund der Tatsache, dass sich auch diese Kampagne hauptsächlich mit
30 dem Thema Freiheit und der Vision einer echten solidarischen Gesellschaft beschäftigt,
31 ergeben sich viele Überschneidungspunkte zu unserer bayerischen Kampagne. Dies eröffnet
32 die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

33 Fazit:

34 Die Jusos Bayern haben sich für das kommende Jahr enorm viel vorgenommen. Die Arbeit des
35 Landesvorstands kann nur gewährleistet werden, wenn seitens der Partei ausreichend
36 finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Wenn wir als Speerspitze
37 einer progressiven Jugendbewegung flächendeckend aktiv sein wollen, benötigen wir die dazu
38 erforderliche Ausstattung.

1 Die beiden Kampagnen sollen sich gegenseitig ergänzen, denn ohne Inhalte keine Struktur –
2 ohne Struktur keine Inhalte. Ein erfolgreiches Vorstandsjahr 2015/2016 wird nur gelingen,
3 wenn wir den aktuellen Schwung, der sich in Neugründungen und der Reaktivierung vieler
4 Untergliederungen zeigt, mitnehmen und unsere GenossInnen durch inhaltliche Angebote
5 mitnehmen. Unsere Generation hat eine starke und progressive politische Kraft verdient. Der
6 neugewählte Landesvorstand wird alles in seiner Macht stehende unternehmen, um diesem
7 Anspruch gerecht zu werden.

1 Rechenschaftsbericht der Jusos Bayern für das Vorstandsjahr 2014/2015

2

3 Die Jusos Bayern konnten sich nach den aufreibenden Wahlkämpfen auf Landes-, Bundes-,
4 Kommunal- und Europaebene in den Jahren 2013 und 2014 seit der Neuwahl des
5 Landesvorstands im April 2014 wieder verstärkt der inhaltlichen Arbeit widmen und
6 gleichzeitig erste Maßnahmen zur Stärkung der Strukturen vor allem im ländlichen Raum in die
7 Wege leiten. Für die Arbeit des Landesvorstands war neben dem vielseitigen
8 Seminarprogramm, dem inhaltlichen Input auf Bundesebene und der Unterstützung der sieben
9 bayerischen Bezirke in ihrer Arbeit vor allem auch das politische Tagesgeschäft in der zweiten
10 Jahreshälfte enorm wichtig, als eine öffentliche Hetze gegen Flüchtlinge ungeahnten Ausmaßes
11 losbrach. Landesweit zeigten Jusos Flagge, wenn es um Solidaritätsbekundungen mit
12 Flüchtlingen ging und vielerorts waren es Jusos, die praktische Hilfe bei der Erstversorgung von
13 Flüchtlingen leisteten. Der ebenfalls im Herbst 2014 aufkommenden rassistisch und islamophob
14 geprägten „Pegida“-Bewegung stellten sich die Jusos Bayern entschieden entgegen. Aus allen
15 Teilen Bayerns kamen GenossInnen regelmäßig nach München, Nürnberg und Würzburg um
16 an Gegendemonstrationen zu „Pegida“-Aufmärschen und ihren Ablegern teilzunehmen.

17 Neben dem allgemeinen Tagesgeschäft stellte sich die Arbeit des Landesvorstands auf den
18 verschiedenen Ebenen wie folgt dar:

19 Allgemeine Vorstandsarbeit:

20 Die Arbeit des Landesvorstands wurde hauptsächlich in monatlichen Vorstandssitzungen
21 organisiert und vorstrukturiert. Erstmals fand nicht nur im Sommer sondern auch zu
22 Jahresbeginn 2015 eine mehrtägige Vorstandsklausur statt, um den gestiegenen
23 Arbeitsaufwand samt der beiden Kampagnen stemmen zu können. Außerdem wurden erstmals
24 organisatorische Zuständigkeiten im Landesvorstand definiert, nach denen einzelnen
25 stellvertretenden Landesvorsitzenden für Bereiche wie social media, Pressearbeit oder
26 Publikationen die vorwiegende Zuständigkeit übertragen wurde um die Arbeit klarer zu
27 strukturieren. Nach über vier Jahren an der Spitze des Landesverbands trat Philipp Dees zur
28 Herbst-Landeskonferenz als Vorsitzender der Jusos Bayern zurück. Am 2. November wurde
29 Tobias Afsali zum neuen Juso-Landesvorsitzenden gewählt. An dieser Stelle sei Philipp Dees für
30 die unfassbar viele Arbeit, die er in insgesamt 10 Jahren Landesvorstandsarbeit für die Jusos
31 Bayern und auf Bundesebene geleistet hat, herzlich gedankt.

32 Vorbereitung und erste Schritte der Strukturkampagne:

33 Nach dem nicht zufriedenstellenden Abschneiden der BayernSPD bei der Landtagswahl 2013
34 wurde seitens des Juso-Landesvorstands im Rahmen der Wahlanalyse festgestellt, dass eine
35 wesentliche Ursache des Wahlergebnisses und des mäßigen Abschneidens bei
36 JungwählerInnen vor allem die mangelnden Strukturen im ländlichen Raum und die damit
37 verbundene fehlende Kampagnenfähigkeit in diesen Gebieten ist. Auch in einigen Städten
38 stellte sich die Situation kaum besser dar. Der Landesvorstand hat es sich daher zur Aufgabe
39 gemacht, die Verbandsstrukturen zu stärken und im Rahmen einer eigens dafür aufgelegten

1 Kampagne die Bezirke gezielt bei der Gründung und Reaktivierung von örtlichen AGs,
2 Kreisverbänden und Unterbezirken zu unterstützen. Der ländliche Raum darf nicht weiter als
3 „ungewinnbares“ Terrain verstanden werden und in jedem Ort Bayerns lebt zumindest eine
4 Handvoll Jugendlicher, die sich mit den Grundwerten der Jusos identifizieren können. In enger
5 Zusammenarbeit mit den Bezirken wurden deshalb 1-2 Projektzonen pro Bezirk ausgemacht, in
6 denen die Neugründung von Strukturen gezielt vorangetrieben werden sollte. Das Resümee der
7 ersten Monate ist dabei besser als erwartet, da in allen Bezirken entweder örtliche
8 Arbeitsgemeinschaften, regionale Kreisverbände oder sogar Unterbezirke neu gegründet
9 werden konnten und die Anzahl der „weißen Flecken“ deutlich abnimmt. Nun gilt es, diese
10 neu gegründeten Strukturen nachhaltig in ihrer Arbeit zu unterstützen um keine „Strohfeuer“ zu
11 feiern, sondern langfristig jungsozialistisches Engagement von Kempten bis Küssmberg, von
12 Altötting bis Zellingen zu ermöglichen.

13 Europawahlkampf:

14 Die Jusos Bayern waren durch ihre Untergliederungen überall aktiv, vor allem in den Städten
15 konnten hohe Gewinne verbucht werden. Auch die Sommerklausur des Juso-Landesvorstands in
16 Ottobeuren war dem Thema Europa gewidmet. Darüber diskutierte der Vorstand mit dem
17 schwäbischen Europakandidat Armin Bergmann. Das ausgereifte und deutlich pro-europäische
18 Wahlkampfkonzept der Juso-Bundesebene hat die Mitglieder im Landesverband dazu
19 motiviert, sich auch nach dem anstrengenden Kommunalwahlkampf im März 2014 bereits im
20 Mai und Juni wieder in Wahlkämpfe zu stürzen und für ein solidarisches Europa zu kämpfen.
21 Auch der großen Beteiligung unserer Mitglieder ist es zu verdanken, dass sich das
22 Wahlergebnis der SPD durchaus sehen lassen kann und gerade Jusos haben den Straßen- und
23 Häuserwahlkampf in Bayern maßgeblich mitgeprägt, wofür sich der Landesvorstand herzlich
24 bedankt.

25 „Weil ich’s kann. Weil du’s kannst. Weil wir’s können!“ – Die Freiheitskampagne der Jusos 26 Bayern

27 Neben der Strukturkampagne haben es sich die Jusos Bayern zur Aufgabe gemacht, im
28 Sommer 2015 auch eine inhaltliche Kampagne zum Thema Freiheit aufzulegen. Unser
29 Grundwert der Freiheit wird im aktuellen politischen Diskurs nicht mehr zwangsläufig mit uns
30 verbunden, weshalb wir anhand konkreter Politikfelder den Freiheitbegriff neu definieren
31 müssen. Die ersten Schritte dieser Kampagne, die Vorbereitung des Kampagnenmaterials und
32 die Planung einer landesweiten Bustour durch Bayern haben einen Großteil der Ressourcen der
33 Landesvorstandsarbeit im letzten halben Jahr gebunden. Zusammen mit den Untergliederungen
34 wollen wir durch verschiedene Aktionen und Veranstaltungen im Sommer nicht nur mehr
35 Mitglieder für uns gewinnen, sondern möglichst vielen jungen Menschen in Bayern unsere
36 Ideen einer gerechten, solidarischen und freien Gesellschaft aufzeigen. Als progressive
37 Jugendorganisation ist es Zeit für uns auch zwischen den Wahlkämpfen vor Ort Farbe zu
38 bekennen und unseren Anspruch als die „tonangebende“ linke Jugendorganisation zu
39 behaupten.

40

1 Politische Bündnisarbeit:

2 Die Vernetzung mit anderen Organisationen und BündnispartnerInnen spielte im Vorstandsjahr
3 2014/2015 eine wichtige Rolle, etwa auch grenzüberschreitend mit der Sozialistischen
4 Jugend Österreich. Der persönliche Austausch mit FunktionärInnen kirchlicher
5 Jugendorganisationen wie der Evangelischen Jugend Bayerns, des Bund der Deutschen
6 katholischen Jugend und der katholischen Landjugendbewegung Bayern im Rahmen von
7 Treffen des Bayerischen Jugendrings (BJR) wurde zu Beginn des Jahres 2015 wieder verstärkt.
8 Besonders auffällig ist, dass die Jusos Bayern als einzige Parteijugend den Austausch im
9 Rahmen des BJR direkt gesucht hat, was unter den dort organisierten Verbänden, die immerhin
10 2/3 der bayerischen Jugendlichen erreichen, sehr positiv aufgenommen wurde und auf eine
11 gute Zusammenarbeit in der Zukunft hoffen lässt.

12 Weiterhin fand ein reger Austausch mit der Grünen Jugend und der DGB-Jugend im Rahmen
13 einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des KZ
14 Auschwitz am 27. Januar 2015 statt. Die Bündnisarbeit war damit im vergangenen Jahr ein
15 wesentlicher Teil der Arbeit des Landesvorstands, wobei einzelne Kontakte im kommenden Jahr
16 auf jeden Fall intensiviert werden müssen.

17 Neues Logo und „Corporate Identity“

18 Das Logo der Jusos Bayern ist zunehmend in die Jahre gekommen und bedurfte nach
19 einhelliger Meinung der Überarbeitung. In Zusammenarbeit mit der Abschlussklasse einer
20 Münchner Designschule, die als Projektarbeit in acht Gruppen Vorschläge für neue Logos
21 erarbeiteten, wurden auf dem Basiskongress im Herbst 2014 durch eine Basisabstimmung der
22 anwesenden Mitglieder drei Favoriten gekürt, aus denen nach nochmaliger Überarbeitung das
23 jetzige Logo hervorging. Damit verbunden wurde das gesamte „Corporate Design“ der Jusos
24 Bayern überarbeitet und neue Designelemente für Publikationen, Postkarten und andere
25 Materialien entwickelt. Die Untergliederungen sind herzlich eingeladen, all diese Elemente für
26 eigene Veröffentlichungen zu nutzen und die Rohfassungen der Designelemente beim
27 Landesbüro anzufordern. Innerhalb kürzester Zeit und mit wenig Aufwand können die
28 Untergliederungen das Logo auf ihre Gruppe vor Ort oder auf Unterbezirksebene anpassen.

29 Bildungsprogramm:

30 Als niedrigschwelliges Bildungsangebot sowohl für Neumitglieder als auch erfahrene
31 GenossInnen haben wir auch im vergangenen Jahr erneut ein umfassendes Bildungsprogramm
32 aufgelegt. Die Jusos Bayern haben hierbei Tages- und Wochenendseminare angeboten:

- 33 • Mehrere Neumitgliederseminare
- 34 • Demokratie und Sozialdemokratie in Asien
- 35 • Lektüreseminar Frauen
- 36 • Afrikanischer Sozialismus
- 37 • Wohlstand ohne Wachstum
- 38 • Frauenrhetorik
- 39 • Mehr Rosa

- 1 • Linke Drogen- und Suchtpolitik
- 2 • Mindestlohn oder Schweizer Käse

3 Sowie weitere Seminare in Kooperation mit den Bezirksverbänden. Die Seminare wurden sehr
4 gut angenommen wurden. Für FunktionärInnen in Bezirksvorständen und
5 Unterbezirksvorsitzende gab es außerdem das Angebot der Funki-Schulung, welche in drei
6 Wochenendmodulen vertiefte Kenntnisse der Juso-Arbeit vermitteln konnte und sich als Format
7 bewährt hat. Für die viele Arbeit im verbandsinternen Bildungsbereich dankt der
8 Landesvorstand seinem stellvertretenden Mitglied Tom Asböck sehr herzlich. Ohne seinen
9 Einsatz als Koordinator und Teamer wäre ein derart vielseitiges Programm – welches selbst für
10 einen großen Landesverband keine Selbstverständlichkeit ist – nicht möglich gewesen.

11 Basiskongress:

12 Zum dritten Mal in Folge veranstalteten die Jusos Bayern im vergangenen Herbst ihren
13 Basiskongress. Gut 100 GenossInnen aus ganz Bayern nahmen das Angebot wahr und
14 diskutierten in insgesamt 15 Workshops verschiedenste Themen, angefangen von Ursachen
15 und Lösungsansätzen zur Eurokrise über den Ukraine Konflikt bis zu aktuellen Fragen der
16 Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik. Als besonderen Referenten konnten wir Robert Misik,
17 Journalist und linker Ökonom aus Wien, bei uns begrüßen. Sein Vortrag zur Eurokrise leitete in
18 die Herbstlandeskongress der Jusos Bayern über, die im Anschluss an den Basiskongress
19 stattfand.

20 Kommissionen:

21 Auf den drei Kommissionswochenenden wurde die inhaltliche Arbeit des Landesverbands
22 zwischen den Landeskongressen organisiert. Die Kommissionen für „Innenpolitik, Demokratie
23 und Antifa“, „Internationales“, „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und die Umweltkommission
24 tagten an drei Wochenenden parallel am gleichen Ort, um neben der inhaltlichen Arbeit auch
25 eine bessere Vernetzung zwischen den Kommissionen und den in ihnen aktiven GenossInnen
26 zu ermöglichen. Die Frauenkommission tagt hiervon autonom, um allen aktiven Frauen neben
27 der Arbeit in dieser Kommission auch die Arbeit in einer der anderen Kommissionen zu
28 ermöglichen. Als inhaltliche Plattform des Landesverbands, auf dem jenseits von Seminaren
29 eigene Positionen erarbeitet und ganzheitlich durchdrungen werden können, haben sich die
30 Kommissionswochenenden als Format bewährt.

31 Publikationen:

32 Faust:

33 Zu Beginn des Jahres 2015 haben wir euch die diesjährige Ausgabe des Mitgliedermagazins
34 der Jusos Bayern, die „Faust“, präsentiert. Unter der Redaktion von Carolin Hagl haben wir
35 diesmal – ganz im Sinne unserer anstehenden Kampagne – den Fokus auf das Thema Freiheit
36 gelegt und das Thema aus den verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet.

37 Fackel:

1 Als eigenes Magazin der Kommission Internationales konntet ihr außerdem die „Fackel“ lesen.
2 Auch dieses Format orientiert sich an einzelnen Themen, erscheint jedoch öfter als einmal im
3 Jahr und gibt den bayerischen Jusos einen Einblick in die internationale Arbeit der
4 Kommission.

5 Internationaler Austausch:

6 Alpintern:

7 Vom 30. Mai bis zum 01. Juni 2014 trafen sich im Gewerkschaftshaus in
8 München GenossInnen aus Bayern, Österreich und der Schweiz um ein
9 Wochenende in zahlreichen Workshops gemeinsam über die wichtigsten
10 aktuellen politischen Themen in den drei Organisationen zu diskutieren,
11 einander kennen zu lernen und eine alte Tradition neu zu begründen. Es
12 war das erste Treffen der Alpeninternationalen seit einigen Jahren. Die
13 Alpeninternationale ist das Kooperationsprojekt der Jusos Bayern, der
14 Sozialistischen Jugend Österreichs und der Juso Schweiz, ein Projekt das
15 viele Jahre fester Bestandteil unserer internationalen Zusammenarbeit war.

16

17 Im Rahme dieses Treffens wurde eine gemeinsame Resolution beschossen,
18 die unser Selbstverständnis und unsere Vorstellung von einer besseren
19 und gerechteren Welt, unser Streben nach einer Gesellschaft der Freien
20 und Gleichen zum Ausdruck bringt. Die Resolution ist Grundlage der
21 weiteren Zusammenarbeit mit unseren PartnerInnen. Im Herbst 2015 ist
22 geplant zum nächsten Treffen der Alpeninternationale einzuladen –
23 diesmal vermutlich in Österreich. Wir sind zuversichtlich, dass es uns
24 gelungen ist diesem traditionsreichen Treffen neues Leben einzuhauchen.

25 IUSY:

26 Auf dem IUSY-Festival in Malta im August 2014 waren die Jusos Bayern mit 22 Genossinnen
27 vertreten. Über eine Woche konnten wir getreu unserem altbekannten Motto:
28 „Sommer.Sonne.Sozialismus“ mit GenossInnen aus allen Teilen der Welt debattieren, feiern
29 und uns international vernetzen. Die Delegation leistete den maltesischen GenossInnen
30 vorbildliche Hilfe bei den allgemein anfallenden Aufgaben, die ein Sommercamp mit sich
31 bringt und verbrachte eine wirklich schöne und für alle gewinnbringende Zeit auf Malta.

32 Israel incoming:

33 Im Dezember 2014 hatten wir eine Delegation unserer israelischen Partnerorganisationen
34 Young Meretz und Avoda bei uns zu Gast in München. Leider ließ es die restriktive und
35 ungerechte Politik der rechtsgerichteten israelischen Regierung nicht zu, dass unsere
36 palästinensischen PartnerInnen der Shabibe Fatah ebenfalls ausreisen konnten. Alle drei
37 Organisationen arbeiten im Rahmen des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem gemeinsam für den
38 Frieden im Nahen Osten und eine progressive und linke Politik in Israel und Palästina. Neben
39 Rundfahrten zu geschichtlichen Sehenswürdigkeiten in ganz Bayern konnten wir mit den

1 GenossInnen von Meretz und Avoda auch inhaltliche Workshops zur derzeitigen Lage im
2 Nahen Osten durchführen.

3 STEADY:

4 An einer Podiumsdiskussion mit anderen Vertretern jungsozialistischer, europäischer
5 Schwesterorganisationen zum Thema: „Euregio und Grenzregionen – Chancen und
6 Herausforderungen für den Europäischen Sozialismus“ nahm Tobias Afsali im Januar 2015 als
7 Gast teil. Der Kontakt zur Veranstalterin, unserer Südtiroler Partnerorganisation „STEADY“
8 (South Tyrolean European and Democratic Youth) sollte im kommenden Jahr intensiviert
9 werden.

10 Israel:

11 Mitte April 2015 fahren 17 GenossInnen nach Israel um dort den Austausch mit den oben
12 genannten Schwesterorganisationen zu intensivieren. Zum Redaktionsschluss dieses
13 Rechenschaftsberichts liegt dieser Austausch jedoch noch in der Zukunft, weshalb erst im
14 Nachgang darüber berichtet werden kann.

15 Bundesebene:

16 Projektwochenenden des Juso-Bundesverbands:

17 An den drei jährlich stattfindenden Projektwochenenden des Juso-Bundesverbands waren die
18 Jusos Bayern durch Yasemin Yilmaz, Julia Rothmayer, Steffi Krammer, Philipp Dees, Anno
19 Dietz und Tobias Afsali beteiligt. In den drei Projektgruppen: „Die Zukunft Europas“, „die
20 Zukunft der Arbeit“ und „Transformation der Wirtschaftsweise“ wurden die maßgebliche
21 inhaltliche Arbeit des Juso-Bundesverbands im letzten Jahr mitgeprägt. „Unsere“ Juso-
22 Bundesvorsitzende Johanna Uekermann konnte dabei stets auf die Unterstützung ihres
23 Landesverbands zählen und erhielt für ihren Kurs der inhaltlich dezidierten Auseinandersetzung
24 mit der SPD-Parteispitze die volle Unterstützung der Jusos Bayern. Die Partei für inhaltlich
25 wichtige Projekte wie Mindestlohn, Frauenquote und Rente nach 45 Beitragsjahren zu loben ist
26 nur Recht und billig. Die Partei für die Unterstützung der Merkel'schen Austeritätspolitik in
27 Europa, den zaudernden Umgang Sigmar Gabriels bei Themen wie Vorratsdatenspeicherung
28 und TTIP zu kritisieren ist absolute Pflicht, weshalb sich die Jusos Bayern stark in
29 bundespolitische Debatten eingebracht haben.

30 Linkskongress in Erfurt:

31 Als Basisangebot des Bundesverbands haben sich die Jusos Bayern am Linkskongress in Erfurt
32 beteiligt. Genossinnen und Genossen aus allen bayerischen Bezirksverbänden fuhren im
33 Herbst für ein Wochenende nach Erfurt, um über bundespolitische Themen zu diskutieren,
34 gemeinsam zu feiern und der Gründung der „SDP“ als sozialdemokratischer Partei in der
35 ehemaligen DDR vor 25 Jahren zu gedenken.

36

1 Gründung der Magdeburger Plattform:

2 Bedingt durch die personelle Schwäche und weitgehende Unsichtbarkeit des linken SPD-Flügels
3 („Forum DL 21 e.V.“), dem es in den letzten Jahren nicht gelang die Diskurse innerhalb der
4 SPD hinreichend zu prägen, hat sich im Herbst 2014 die Magdeburger Plattform
5 zusammengefunden. Wir haben uns an der Gründung dieser neuen linken Strömung in der
6 SPD beteiligt, um als der maßgebliche und größte linke Richtungsverband in der SPD die
7 Debatten auf Bundesebene aktiv mitzugestalten und Juso-Positionen im Verband weiter
8 voranzubringen. An den dort stattfindenden Debatten konnten wir durch Laura Wallner und
9 Anno Dietz unsere Positionen einbringen. Die weitere Entwicklung dieser Plattform werden wir
10 in gewohnter kritischer Solidarität begleiten.

11 Bundeskongress 2014 in Bielefeld:

12 Auf dem Bundeskongress konnten die Jusos Bayern Anträge zur besseren Ausgestaltung von
13 Mitgliederentscheiden in der SPD und einen umfassenden Antrag zum Thema Prostitution mit
14 großer Mehrheit zur Beschlusslage der Jusos auf Bundesebene machen.

15 Zukunftswerkstatt 2015 in Nürnberg:

16 Die Kampagne „Links leben“ des Juso-Bundesverbands, welche im Sommer 2015 bundesweit
17 starten wird und sich inhaltlich vor allem damit beschäftigen wird, wie wir uns als Jusos die
18 freie, solidarische und gerechte Gesellschaft der Zukunft vorstellen, wurde auf
19 Zukunftswerkstätten in den Landesverbänden breit diskutiert. An der Werkstatt für Bayern und
20 Baden-Württemberg beteiligten sich in Nürnberg im Februar 2015 rund 50 GenossInnen, die
21 vorwiegend aus Bayern stammten. Als zentrale Veranstaltung des Bundesverbands in Bayern
22 konnten wir unsere inhaltlichen Positionen in die Kampagne einbringen und vor allem im
23 Bereich der Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik maßgeblichen Input liefern.

24 Einzelne Aktionstage und Konferenzen:

25 Internationaler Frauentag:

26 Am 8. März, dem internationalen Frauentag haben die Jusos Bayern erstmals seit dem
27 Landtagswahlkampf 2013 wieder einen landesweiten Aktionstag auf die Beine gestellt, an
28 dem sich viele Untergliederungen in allen Bezirken beteiligten. Die gute Resonanz auf unsere
29 Materialien bestärkt uns in unserem Kampf für echte Gleichstellung in unserer Gesellschaft, der
30 mit der Einführung der Quote für Aufsichtsräte sicherlich noch nicht sein Ende gefunden hat.

31 Erster Kommunalpolitischer Kongress:

32 Am 28. März luden die Jusos Bayern alle aktiven KommunalpolitikerInnen und daran
33 Interessierte im Jusoalter zu ihrem ersten kommunalpolitischen Kongress in Nürnberg ein. Das
34 Angebot wurde besser angenommen als erwartet und neben Nürnbergs Oberbürgermeister Uli
35 Maly durften wir viele GenossInnen begrüßen, die bereits jetzt Verantwortung in ihren
36 Kommunalparlamenten übernehmen. In Workshops wurden Themen wie kommunale Finanzen,
37 der Umgang mit dem Instrument der ÖPP, die Möglichkeiten guter kommunaler Energie- und

1 Umweltpolitik und Konzepte zum städtischen Wohnungsbau diskutiert. Dem vielfach
2 geäußerten Wunsch dieses Treffen zu institutionalisieren entsprechen wir gerne und werden als
3 Landesverband auch in Zukunft eine Vernetzungsplattform für junge KommunalpolitikerInnen
4 zur Verfügung stellen.

5 Fazit:

6 Alles in allem blicken die Jusos Bayern auf ein bewegtes und arbeitsreiches Jahr zurück.
7 Bedingt durch den personellen Wechsel an der Spitze und der damit verbundenen Anzahl an
8 alten und neuen Projekten wird es im nächsten Jahr eine große Aufgabe darstellen, diese
9 Vorhaben erfolgreich zu Ende zu bringen und mit neuen Ideen die Arbeit der Genossinnen und
10 Genossen an der Basis zu unterstützen. Der Landesvorstand dankt all seinen Mitgliedern für
11 die breite Unterstützung und die rege Beteiligung an seiner Arbeit. Wir hoffen auf auch im
12 nächsten Jahr erfolgreich mit euch Politik gestalten zu können! Um noch mehr junge Menschen
13 von unseren Ideen zu überzeugen kommen wir nicht umhin uns noch mehr anzustrengen und
14 noch mehr für unsere Vorstellungen einer gerechten, solidarischen und freien Gesellschaft zu
15 kämpfen!

16 Freundschaft!

1 Gleichstellungsbericht der Jusos Bayern 2015

2 Daten mit Stand 28.02.2015

	Mitglieder insg.	davon männlich	davon weiblich	Frauenanteil in %
Jusos Bayern	6.866	4.892	1974	28,75%
Oberfranken	794	562	232	29,21%
Unterfranken	686	503	183	26,67%
Mittelfranken	1.178	838	340	28,86%
Oberbayern	2.095	1534	561	26,77%
Oberpfalz	813	544	269	33,08%
Niederbayern	538	364	174	32,34%
Schwaben	755	543	212	28,07%

3 Achtung: Abweichungen aufgrund von vereinzelt fehlenden Zuordnungen in der Mavis
4 möglich.

5

6 Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Mitgliederzahl bei den Jusos Bayern im Vergleich zum
7 Vorjahr leicht angestiegen ist, der Frauenanteil liegt weiterhin – seit Jahren – bei knapp über
8 28 Prozent. Für einen feministischen Richtungsverband ist dies zu niedrig.

9 Der Frauenanteil in den Bezirken geht weit auseinander. Den geringsten Frauenanteil weist
10 Unterfranken mit 26,67% auf, den höchsten Frauenanteil die Oberpfalz mit 33,08%.

11 Von Frühjahr 2014 bis Frühjahr 2015 waren unter den 7 Bezirksvorsitzenden 4 Frauen
12 (Victoria May in Unterfranken, Carolin Hagl in der Oberpfalz, Julia Rothmayer aus
13 Oberbayern, Regina Renner in Schwaben) – so viele, wie viele Jahre vorher nicht. Zum
14 jetzigen Zeitpunkt sind noch 2 der 7 Bezirksvorsitzenden weiblich (Carolin Hagl in der
15 Oberpfalz, Regina Renner in Schwaben). Dies stimmt mit dem Bild in den weiteren Ebenen
16 überein – sehr wenige Frauen führen Unterbezirke, Kreis- oder Stadtverbände an, was der
17 bundesweiten Situation entspricht.

18 Der Landesvorstand war in seiner zurückliegenden Periode zu 50% quotiert und konnte somit
19 erneut seinen Anspruch, mind. zur Hälfte mit Frauen besetzt zu sein, erfüllen. Dieser Anspruch
20 bleibt weiterhin bestehen!

21 Maßnahmen zur Frauenförderung, -anwerbung und -unterstützung:

22 Frauenkommission

23 Die Frauenkommission arbeitet seit 2012 kontinuierlich und inhaltlich fundiert zu
24 gleichstellungspolitischen Themen – sowohl innerverbandlich als auch auf Politikfelder
25 bezogen. Obwohl die Leiterinnen der Frauenkommission verschiedene Kanäle nutzen, um ihre
26 Arbeit und die relevanten Themen zu transportieren (eigene geheime FB-Gruppe zur
27 innerverbandlichen Vernetzung von Frauen, offizielle FB-Seite der Frauenkommission,

1 Einladung zu Sitzungen per Mailversand übers Büro) und obwohl sie bei Veranstaltungen wie
2 dem Basiskongress oder bei Neumitgliederseminaren dezidiert Nachfragen von Genossinnen
3 hinsichtlich der Mitarbeit in der Kommission erhalten, hielt sich Zulauf zu den
4 Kommissionssitzungen im letzten Jahr in Grenzen. Zum Herbst 2014 erfolgte die Reaktion
5 hierauf, indem die Sitzungen der Frauenkommission von den Kommissionswochenenden
6 entkoppelt wurden, da der zeitliche Aufwand für die Frauen, von Freitagabend bis
7 Sonntagnachmittag für die Kommissionen zur Verfügung zu stellen, als zu hoch empfunden
8 wurde. Die Frauenkommission tagt nun wieder autonom zwischen den
9 Kommissionswochenenden und konnte hierdurch ihre Sitzungszeit verlängern (Samstagmittag –
10 Sonntagmittag). Nächster Termin für die Frauenkommission: 16.-17. Mai 2015!

11 Seminare und sonstige Kommissionen

12 Das Frauenrhetorik-Seminar ist weiterhin sehr beliebt und gut besucht. Immer noch nehmen an
13 diesem Seminar weitgehend Frauen teil, die vorher wenig Kontakt zur Juso-Arbeit hatten.

14 Im Sommer 2014 bot die Frauenkommission zum ersten Mal das „Frauen-Lektüre-Seminar“ an,
15 in dessen Fokus das Lesen von Texten steht, die im gleichstellungspolitischen Diskurs oft
16 erwähnt werden bzw. diesen geprägt haben. Dieses Seminar soll als Gegenstück zum Frauen-
17 Rhetorik-Seminar im Winter dienen (Inhalt vs. Soft-Skill, Training vs. Reading) und festes
18 Angebot im Jahresseminarprogramm werden. Beide Veranstaltungen dienen auch der
19 Vernetzung von Frauen innerhalb des Verbands.

20 2014 fand im Rahmen der Funki-Schulung ein Seminar zum Thema Gleichstellung/Feminismus
21 statt, das auch 2015 angeboten wird und voraussichtlich aufgrund der Anmeldezahlen
22 stattfinden kann.

23 Die Anzahl der Teilnehmerinnen bei den sonstigen Seminaren und bei den
24 Kommissionswochenenden ist verhalten. Während beim letzten Kommissionswochenende im
25 Januar 2015 der Frauenanteil bei ca. 33% lag, schwankte er bei den letzten Seminaren
26 zwischen 22% und 36%. Ein über 40% hinausgehender Anteil wird jenseits der reinen
27 Frauenangebote nicht erreicht.

28 Sonstiges

29 Die grundlegenden Maßnahmen der Jusos Bayern zur innerverbandlichen Gleichstellungsarbeit
30 wurden in einer Selbstverpflichtungserklärung zusammengetragen. Diese soll dazu beitragen,
31 unsere Positionen hierzu in unserer Kommunikation fest zu verankern, etwa indem diese den
32 Unterlagen der Landeskongressen beigelegt wird.

33 Zum internationalen Frauentag wurde seit längeren Jahren mal wieder eine zentrale Aktion
34 angeboten und durchgeführt. Für die Materialerstellung war die Frauenkommission mit dem
35 Landesbüro zuständig. Die Aktion wurde auf FB dokumentiert und zeigt somit auch nach außen
36 die Bedeutung des Themas Gleichstellung für die Jusos Bayern. Weitere gemeinsame Aktionen
37 dieser Art sollen folgen.

- 1 Auf Vorschlag der Frauenkommission wird zur Frühjahrslako 2015 zum ersten Mal ein
- 2 Frauenvernetzungstreffen stattfinden. Wie dieses angenommen wird und ob es sich bewährt,
- 3 soll die Erfahrung damit zeigen.

- 4 Ausblick:

- 5 Die Arbeiten zur Frauenförderung und –vernetzung bleiben weiterhin fester Bestandteil der
- 6 Arbeit des Landesvorstands. Eines der Module der neuen Juso-Kampagne des Landesverbands
- 7 wird das Modul „Feminismus“ sein, das u.a. eine Strategie zur Anwerbung von jungen Frauen
- 8 für die politische Arbeit verfolgt. Hierzu werden Postkarten erstellt, die bei Infoständen vor Ort
- 9 verwendet werden können, um junge Frauen direkt anzusprechen und für politische Arbeit zu
- 10 begeistern.

1 Arbeit

2

3 Kommission Wirtschaft und Soziales (über Landesvorstand)

4 A 1 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa

5

6 Seit spätestens Ende der 70er Jahre ist die Massenarbeitslosigkeit in allen industrialisierten
7 Staaten ein Problem geworden, das bisher keine Regierung in den Begriff bekommen hat. Seit
8 Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich dieses Phänomen verstärkt. Besonders
9 betroffen von der Arbeitslosigkeit sind dabei junge Menschen. In Griechenland und Spanien ist
10 mittlerweile jede_r Zweite Jugendliche arbeitslos, in Frankreich jeder vierter. Obwohl die
11 offiziellen Statistiken Deutschland mit sieben Prozent eine eher geringe
12 Jugendarbeitslosenquote ausweisen, ist sie dennoch mit Vorsicht zu genießen, da viele
13 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz in Übergangsklassen an Berufsschulen landen und damit
14 nicht mehr als arbeitslos zählen.

15 Seit einiger Zeit hat auch die EU-Kommission die hohe Jugendarbeitslosigkeit als Problem
16 erkannt, weswegen sie eine sogenannte Jugendgarantie beschloss, die besagt, dass
17 Jugendliche der EU-Mitgliedsstaaten nach Möglichkeit vier Monate nach Schulabschluss einen
18 Arbeits- oder Ausbildungsplatz angeboten bekommen sollen. Wie diese Garantie umgesetzt
19 werden soll, ist bis heute noch fraglich.

20 Insbesondere von deutscher Seite wird gerne behauptet, das Ausbildungssystem in den
21 jeweiligen Ländern sei dafür verantwortlich, dass die Jugendarbeitslosigkeit so hoch sei. In der
22 Tat besitzt das duale Ausbildungssystem viele Vorteile, die eine Diskussion, ob andere Länder
23 diese Art der Ausbildung forcieren sollen, berechtigt. Die These, dass die Art des
24 Ausbildungssystems für die hohe Jugendarbeitslosenquote verantwortlich sein soll, lässt sich
25 nicht halten, da in den betroffenen Ländern diese Systeme zu divers sind.

26 Um die Jugendarbeitslosigkeit senken zu können, muss die Gesamtarbeitslosigkeit bekämpft
27 werden. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurden dabei Maßnahmen in
28 verschiedenen Staaten beschlossen, die auch einen Erfolg ausweisen konnten, jedoch nicht
29 konsequent weiterverfolgt worden sind. In Frankreich führte man Ende der 90er Jahre einen
30 sekundären Arbeitsmarktsektor ein, der gezielt junge Menschen einen Arbeitsplatz oberhalb
31 des Mindestlohns anbieten sollte. In Deutschland führte man die Altersteilzeit u.a. deswegen
32 ein, um Stellen für junge Menschen frei zu machen. Aus diesen Gründen fordern wir die EU-
33 Kommission auf sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

34 • Schaffung eines sekundären Arbeitsmarktes: Aufgrund der seit Ende der 70er Jahre
35 bestehenden Sockelarbeitslosigkeit gibt es eine Gruppe von Arbeitssuchenden, die auf den
36 eigentlichen, primären Arbeitsmarkt keinen Arbeitsplatz mehr finden, andererseits gibt es in
37 fast allen Kommunen und bei freien Trägern Aufgabenbereiche, die nicht erfüllt werden

1 können, da das nötige Personal aus finanziellen Gründen fehlt. Deswegen fordern wir die
2 nationalen Regierungen auf ihren Kommunen für die Schaffung des sekundären
3 Arbeitsmarktsektors 2% des BIP zur Verfügung zu stellen. Da nur
4 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen werden, finanzieren sich diese Stellen
5 durch Steuern und Sozialabgaben zu einen erheblichen Teil selber.

6 • Verkürzung der Arbeitszeit: Neue Arbeitsplätze können nur entstehen, wenn das
7 Wirtschaftswachstum höher ausfällt als die Produktivitätssteigerung. Da dies in den
8 Industriestaaten immer seltener vorkommt, verkürzt sich stetig das Arbeitszeitvolumen, was zu
9 einer höheren Arbeitslosigkeit führt. Dieses Volumen muss gerechter verteilt werden. Dies ist
10 u.a. durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung und eine stärkere Förderung der Altersteilzeit
11 und freiwilliger Teilzeit möglich. Das Ausführen von Überstunden muss von Seiten der
12 Gesetzgeberin möglichst unattraktiv gestaltet werden, zum Beispiel durch Einführung eines
13 Überstundenzuschlags.

14 • Beschränkung von Zeitarbeit, Einführung der Kurzarbeit: Vor allem junge Menschen schaffen
15 heutzutage nur noch über Zeitarbeitsfirmen den Einstieg in die Berufswelt. In der Regel
16 bedeutet das für diese, einer unsicheren Beschäftigung nachzugehen und mit hoher
17 Wahrscheinlichkeit nicht übernommen zu werden. Deswegen muss über eine
18 Flexibilitätsabgabe das Instrument der Arbeitszeit kostenintensiver gestaltet werden. Als
19 erfolgreich hat sich insbesondere während der Wirtschaftskrise das Konzept der Kurzarbeit
20 in Deutschland erwiesen. Durch die innere Flexibilisierung war es den Unternehmen in
21 wirtschaftlich schlechten Zeiten das innerunternehmerische Arbeitszeitvolumen zu senken
22 ohne Arbeitnehmer_innen kündigen zu müssen. Dieses Modell soll auch in den anderen
23 Europäischen Ländern eingeführt werden.

24

25 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberbayern

2 An Bundeskongress der Jusos, Bundestagsfraktion der SPD

3 A 2 Mindestlohn ohne Ausnahme

4 Die beschlossenen Ausnahmen in der Mindestlohngesetzgebung lehnen wir entschieden ab
5 und fordern die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Parteivorstand auf, sich konsequent für
6 einen allgemeinverbindlichen, flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und die Rücknahme
7 der Ausnahmeregelungen einzusetzen.

8 Begründung:

9 Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns war das zentrale Argument
10 der Parteiführung zur Unterstützung des Koalitionsvertrages beim Mitgliederentscheid. Der nun
11 im Kabinett beschlossene Mindestlohn-Entwurf ist nur noch ein Schatten dessen, was noch vor
12 kurzem vollmundig versprochen wurde. Die vorgesehenen Ausnahmen für Langzeitarbeitslose,
13 Jugendliche und SaisonarbeiterInnen verwässern den Grundgedanken eines Mindestlohns.

14 Nicht nur viele Mitglieder, sondern auch die Gewerkschaften und hunderttausende von
15 WählerInnen erwarten von der Sozialdemokratie die Umsetzung ihres zentralen Versprechens
16 für diese Legislaturperiode: Der flächendeckende, gesetzliche Mindestlohn. Ein Mindestlohn mit
17 Ausnahmen ist kein Mindestlohn. Wenn Löhne unter dem Mindestlohn gezahlt werden können,
18 hat dieser seinen Namen nicht verdient.

19 Jugendliche

20 Als Jugendorganisation halten wir insbesondere die Altersgrenze von 18 Jahren als eine
21 europarechtlich unzulässige Altersdiskriminierung für willkürlich gesetzt und völlig falsch. Eine
22 Altersgrenze widerspricht dem Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit. Junge Menschen
23 haben den Mindestlohn ebenso verdient, wie alle anderen auch.

24 Die Argumentation, junge Menschen könnten sich aufgrund des Mindestlohns eher dazu
25 entscheiden einen Aushilfsjob anzunehmen, als eine Ausbildung zu machen, ist aus mehreren
26 Gründen völlig haltlos: Gerade in unserer Generation, die mit dem ständigen Wissen um hohe
27 Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und der Ausweitung des
28 Niedriglohnsektors aufgewachsen ist, hat die Ausbildung einen enormen Stellenwert. Daher
29 erkennen junge Menschen den Wert einer qualitativ guten Ausbildung für ihr zukünftiges Leben
30 und geben sie nicht leichtfertig für 8,50 € Stundenlohn auf.

31 Zudem verdient man auch ohne Mindestlohn – also bereits jetzt – in einem Vollzeitaushilfsjob
32 weit mehr als in vielen Ausbildungen. Trotzdem gibt es zahlreiche Jugendliche, die sich dafür
33 entscheiden, zum Beispiel das Friseur-oder Bäckerhandwerk zu erlernen.

34 Langzeitarbeitslose

1 Die generelle Ausnahme von Langzeitarbeitslosen vom Mindestlohn ist nicht zu rechtfertigen
2 und stößt in der Praxis auf zahlreiche Probleme:

3 Es gibt keine Hinweise darauf, dass Langzeitarbeitslose dann eingestellt werden, wenn die
4 Löhne niedriger sind. Auch wissenschaftlich gibt es keinen Beleg für die These, dass ein
5 bestimmter Mindestlohn diese Gruppe praktisch vom Arbeitsmarkt ausschließt. Wenn dies
6 zutreffen würde, dürfte es derzeit in Deutschland keine Langzeitarbeitslosigkeit geben.
7 Tatsächlich ist die Langzeitarbeitslosigkeit – trotz eines großen Niedriglohnssektors - in
8 Deutschland im internationalen Vergleich ungewöhnlich hoch und höher als in Ländern mit
9 einem Mindestlohnsystem. Dies spricht dagegen, dass es einen Zusammenhang zwischen
10 Langzeitarbeitslosigkeit und Mindestlohn gibt.

11 Die Definition der Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht eindeutig. In der Regel wird
12 Langzeitarbeitslosigkeit angenommen, wenn jemand länger als ein Jahr arbeitslos ist. Doch
13 können kurze Beschäftigungen oder andere Gründe diesen Zeitraum unterbrechen. Die
14 Gruppe derjenigen, die schon längere Zeit ohne festes Einkommen sind, ist deswegen viel
15 größer als die Zahl der „offiziell Langzeitarbeitslosen“. Die Abgrenzung ist in jedem Fall
16 unscharf. Hinzu kommen rund 1,2 Mio. Personen in der „stillen Reserve“, die arbeitslos sind,
17 aber nicht offiziell gemeldet sind. Dazu gehören z.B. auch Berufsrückkehrer/innen. Formal
18 gelten sie als langzeitarbeitslos, obwohl es hier zahlreiche Ausnahmen gibt und die Gruppe
19 sehr heterogen ist. Individuelle Erfahrungen und Lebensleistung bleiben völlig unberücksichtigt.
20 Aus diesen Gründen ist es gesetzlich schwer (wenn nicht unmöglich) zu definieren, für wen die
21 Ausnahme genau gelten soll. Auch Beschäftigte aus dem Ausland können langzeitarbeitslos
22 sein oder sich als langzeitarbeitslos bezeichnen. Hier ist Missbrauch Tür und Tor geöffnet.
23 Äußerst problematisch wäre, wenn diese Gruppe von der Arbeitsagentur eine „offizielle
24 Bescheinigung“ bekämen, die sie als Langzeitarbeitslose ausweist. Dies würde die
25 Beschäftigungschancen eher mindern als erhöhen. Wegen der stigmatisierenden Wirkung ist
26 diese Bescheinigung für die Agenturen unzumutbar.

27 SaisonarbeiterInnen

28 Es ist nicht erkennbar, warum für die Saisonarbeit Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn
29 zugelassen werden sollen. Einen besonderen Status „Saisonarbeiter“ gibt es nicht mehr.
30 Saisonarbeiter sind Beschäftigte, die befristet in einer Saison arbeiten. Arbeitsrechtlich werden
31 sie nicht anders behandelt als andere befristet Beschäftigte. Nur weil deren Tätigkeit in einer
32 bestimmten Saison anfällt, leitet sich daraus kein Anspruch ab, diese Menschen schlechter zu
33 bezahlen.

34 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberbayern

2 An Bundeskongress der Jusos, Landesparteitag der BayernSPD, Bundesparteitag der SPD,
3 Bundestagsfraktion der SPD

4 A 3 Arbeit ist ein Grundrecht!

5 In das Grundrechtekapitel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wird folgender
6 Artikel eingefügt:

7 Recht auf Arbeit

8 Jede Person innerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes wird das Recht auf Arbeit
9 zugesichert.

10 Alle Personen haben das Recht angemessen für ihre Arbeit entlohnt zu werden. Es gilt der
11 Grundsatz, dass jede Frau und jeder Mann, ob jugendlich oder erwachsen, gleich welcher
12 Herkunft, ob mit Handicap oder ohne, bei gleicher Arbeit das Anrecht auf gleiche Entlohnung
13 besitzen.

14 Begründung: Das Recht auf Arbeit definiert das Anrecht jeder einzelnen Person bei freier
15 Berufswahl menschenwürdig arbeiten zu können und dafür angemessen entlohnt zu werden. In
16 Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist es als elementares
17 Menschenrecht verbürgt und durch Artikel 6 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche,
18 soziale und kulturelle Rechte sowie Artikel 1 der Europäischen Sozialcharta, die beide von der
19 Bundesrepublik unterzeichnet wurden, als verbindliches Prinzip verfasst. Ebenfalls ist es in den
20 Landesverfassungen von Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen
21 garantiert. Dem Recht auf einen angemessenen Arbeitsplatz und eine gerechte Entlohnung
22 unabhängig von Geschlecht oder Alter muss auch durch das Grundgesetz der entsprechende
23 Stellenwert als einklagbares Grundrecht zugesichert werden. Die Sozialdemokratische Partei
24 Deutschlands steht in der Tradition Partei der Arbeit und guter Arbeitsbedingungen zu sein.
25 Arbeit hat ihren Wert und dieser darf nicht nur im täglichen Arbeitsalltag und der Gesellschaft
26 anerkannt sein, sondern muss ihrem Stellenwert gemäß auch in den höchsten staatlichen
27 Dokumenten entsprechend repräsentiert sein. Angemessen bezahlte Arbeit schafft materielle
28 Sicherheit, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Der Konsum der anderen
29 demokratischen Grundrechte ist ohne diese Mittel nur unzureichend gewährleistet. Die
30 Garantie für gleichberechtigte Teilhabe ist durch den Staat sicherzustellen. Daher ist das Recht
31 auf Arbeit im Grundgesetz als geschütztes Grundrecht zu verankern.

32 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An Juso-Bundeskongress, BayernSPD Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

3 A 4 Für die Nivellierung der Lohn- und Gehaltsschere!

4 Hintergrund:

5 Ein zentraler Punkt sozialdemokratischer Politik ist die Forderung nach gleichem Lohn für
6 gleiche Arbeit. Bei der Betrachtung des Arbeitsmarktes und der genaueren Analyse der
7 Einkommensstaffelung fallen in mehreren Aspekten gravierende, diskriminierende
8 Lohnunterschiede auf. Die wohl derzeit am meisten diskutierte Diskriminierung ist die
9 Schlechterbezahlung von Frauen, zu nennen ist hier jedoch auch die Schlechterstellung von
10 Menschen mit Migrationshintergrund am Arbeitsplatz. Neben der schlechteren Bezahlung trotz
11 gleicher Arbeit gibt es auch eher strukturelle und versteckte Lohngefälle, sogar innerhalb eines
12 einzelnen Unternehmens. Beispielsweise, wenn in Abteilungen, in denen tendenziell mehr
13 Frauen arbeiten, grundsätzlich deutlich weniger Lohn gezahlt wird. Auch gibt es
14 Diskriminierungen am Arbeitsmarkt, bei denen sich die Bezahlung zwischen AkademikerInnen
15 und nicht-AkademikerInnen, oder zwischen – einfach ausgedrückt – Kopf- und Handarbeit
16 sowie zwischen einfachen MitarbeiterInnen und der Führungsetage (etwa Geschäftsführer oder
17 Vorstand etc.) zunehmend spreizt. All diese Spreizungen kommen in einzelnen Unternehmen
18 vor, aber in einer zunehmend arbeitsteiligen Wirtschaft auch bei der Betrachtung von
19 Lieferketten bzw. von Konzernen und multinationalen Konglomeraten. Die meisten dieser
20 strukturellen Lohnunterschiede stellen nach heute geltendem Recht keine illegale
21 Diskriminierung dar. Oftmals werden im öffentlichen Diskurs auch alle Lohnunterschiede als
22 normal oder gar als notwendig erachtet – meist natürlich von Profiteuren struktureller
23 Lohngefälle.

24 Herrschende Lohn- und Einkommensstrukturen sind jedoch keineswegs naturnotwendig und per
25 se hinzunehmen. Sie haben auch immer etwas mit gesellschaftlichen Macht- und
26 Herrschaftsverhältnissen sowie mit bestimmten Vorstellungen über Leistung und
27 Leistungsgerechtigkeit zu tun. Das bedeutet unter anderem, dass die Leistung von zwei
28 Menschen, die in unterschiedlichen Berufen jeweils 40 Stunden in der Woche arbeiten, unter
29 Umständen gesellschaftlich unterschiedlich wertgeschätzt wird. Insofern werden uns die
30 ungleichen Lohnverteilungen auch in der Regel nicht bloß als Ergebnis jener erwähnten
31 Marktmechanismen vorgestellt, sondern zudem als durchaus gerechtfertigt verkauft.

32

33 Es zeigt sich aber sehr schnell, dass die üblichen Argumente, die hierbei immer wieder
34 angeführt werden, bei genauerer Betrachtung rasch an Überzeugungskraft verlieren oder gar
35 zu der Schlussfolgerung führen können, dass viele schlecht bezahlte Arbeiten eigentlich besser
36 entlohnt sein müssten. Häufig wird beispielsweise argumentiert, dass die höheren Löhne
37 deshalb gerecht seien, weil sie die Belastungen, die mit „anspruchsvollen“ Tätigkeiten
38 einhergehen, ausgleichen. Bei sog. „einfachen“ Tätigkeiten hingegen sollen diese Belastungen

1 nämlich nicht vorhanden sein. Aber von welchen Belastungen ist dabei eigentlich die Rede?
2 Oft werden hierbei die besondere Leistungsbereitschaft in der Ausbildungsphase oder auch die
3 große Verantwortung, die mit gut bezahlten Tätigkeiten verbunden ist, vorgetragen. Es muss
4 aber stark bezweifelt werden, dass diese angeblichen Belastungen tatsächlich eine
5 Kompensation nötig machen. Mit anderen Worten: Die Rechtfertigung, dass viele
6 Besserverdienende höhere Gehälter aufgrund bestimmter Belastungen tatsächlich verdienen,
7 kann in den wenigsten Fällen überzeugen.

8 Werden beispielsweise Weiterbildung oder Studium tatsächlich nur als Qual erlebt, oder
9 werden sie nicht von den meisten eher als bereichernd empfunden? Ebenso verhält es sich mit
10 dem Argument, dass diejenigen, welche viel Verantwortung tragen - beispielsweise für ihre
11 untergeordneten MitarbeiterInnen - auch mehr Geld verdient haben. Zwar mag es Fälle geben,
12 in denen eine besonders große Verantwortung mit mentalem oder körperlichem Stress
13 einhergeht und einen Mehrverdienst rechtfertigen kann – hier ist exemplarisch die
14 Berufsgruppe der Fluglotsen zu nennen, welche jede Sekunde die Verantwortung über
15 Hunderte von Menschenleben trägt. In den meisten Fällen wird im Beruf übertragene
16 Verantwortung aber auch als sehr erfüllend wahrgenommen – gehen Verantwortung und
17 Führung im Beruf doch auch damit einher, flexibler in der Einteilung der Arbeit zu sein und
18 unabhängiger arbeiten zu können.

19 Abgesehen davon, dass diese beiden gängigen Argumente also hinterfragt werden können,
20 lässt sich darüber hinaus umgekehrt fragen: Wenn der Lohn Belastungen, die mit der Tätigkeit
21 einhergehen, ausgleichen soll, weshalb verdienen dann gerade Menschen, die körperlich
22 anstrengende, häufig monotone Arbeiten ausführen, in der Regel deutlich weniger? Und tragen
23 die vielen Menschen, die beispielsweise in sozialen Berufen arbeiten, nicht auch eine große
24 Verantwortung? Verdienen der vorherrschenden Leistungslogik folgend nicht gerade diese
25 Menschen besonders hohe Löhne?

26 Diese Bemerkungen sollten nicht unbedingt zum Ausdruck bringen, dass Leistungsbereitschaft
27 und die Übernahme von Verantwortung keine Rechtfertigung für Einkommensunterschiede
28 darstellen können. Die kurze Diskussion der beiden Argumente aber sollte zum einen deutlich
29 gemacht haben, dass gegenwärtig kursierende Rechtfertigungen für die enormen
30 Ungleichheiten so pauschal nicht gelten. Zum anderen sollte erkennbar werden: Wenn die
31 Einkommensunterschiede mit dem Argument gerechtfertigt werden, dass sie die Menschen für
32 bestimmte Belastungen entschädigen sollen, ist es nur schwer zu erklären, weshalb gerade
33 viele sog. „einfache“ Tätigkeiten schlecht bezahlt sind.

34

35 Nicht nur die Vermögensunterschiede sondern auch die Einkommensunterschiede wachsen in
36 Deutschland stetig. Die Personen, die von relativer Einkommensarmut betroffen sind – also die,
37 die über weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens (Median)
38 verfügen – machten 1998 noch 5,6 Prozent der Bevölkerung aus. 2011 lag der entsprechende
39 Anteil bei 7,7 Prozent – das entspricht einer Steigerung um 37,5 Prozent. Auf der anderen
40 Seite erhöhte sich auch der Anteil der Personen, die in den Bereich des Einkommensreichtums

1 fallen – also Personen, deren verfügbares bedarfsgewichtetes Einkommen bei mehr als 200
2 Prozent des Medianeinkommens liegt. 1998 verfügten laut dem Sozio-oekonomischen Panel
3 (SOEP) 6,3 Prozent der Bevölkerung über ein Einkommen in dieser Höhe, im Jahr 2011 waren
4 es 7,6 Prozent – das entspricht einem Plus von 20,6 Prozent.

5 Diese Zahlen erscheinen vor allem ungerecht, wenn man überlegt, dass alle Mitarbeitenden in
6 einem Unternehmen einen Teil des Erfolgs erarbeiten und auf einander angewiesen sind. Es
7 gibt durchaus einige Faktoren die Einkommensunterschiede rechtfertigen, z.B.
8 Bildungsabschluss, Erfahrung, Verantwortung, Innovation, Ausbildungszeit, körperliche Arbeit,
9 Spezialisierungen und Know-how... doch erscheint es nicht gerecht, dass aufgrund mancher
10 Faktoren Menschen 50 oder 100 mal so viel verdienen wie andere, die anderen Faktoren
11 entsprechen. Zum Beispiel hat ein Manager in einem großen Unternehmen Verantwortung für
12 seine MitarbeiterInnen, hat einen guten Bildungsabschluss, viel Erfahrung und bringt neue
13 Ideen ein, wieso aber verdient er so viel mehr als die Putzfrau oder die Arbeiter in der
14 Fertigungshalle, die unter anderem körperliche Arbeit verrichten?

15 Wir finden, dass es nicht gerecht ist so große Unterschiede in der Bezahlung für die eine oder
16 die andere Arbeit zu machen. Aus diesem Grund fordern wir eine verhältnismäßige Deckelung
17 auf Einkommen. Denn wer verdient wirklich was er verdient?

18 Deshalb sollte in Zukunft Ziel sozialdemokratischer Politik sein, im grundsätzlich
19 marktwirtschaftlichen Rahmen, proaktiv darauf hinzuwirken, dass die strukturelle
20 Einkommensunterschiede stark reduziert werden. Für eine solche Agenda schlagen die
21 Jusos folgende groben Eckpunkte vor:

22 Konkrete Eckpunkte:

23 Lohntransparenz. Wir setzen bei der Nivellierung der Löhne und Gehälter nicht nur auf den
24 Staat, sondern vor allem auf zivilgesellschaftlichen Druck und auf den Druck der einzelnen
25 Betroffenen. Dafür muss jedoch auch ersichtlich sein, wer wieviel verdient. Denkbar wären hier
26 Offenlegungspflichten für Unternehmen und Einsichtsrechte für MitarbeiterInnen, und eine
27 Kultur der Offenheit im Umgang mit der Entlohnung. Nur wenn man weiß, wie viel andere im
28 selben Unternehmen verdienen, kann man darüber nachdenken, ob man verdient, was man
29 verdient.

30 Förderung von freiwilliger Lohntransparenz. Auf allen föderalen Ebenen sollen staatliche
31 Akteure freiwillige Lohntransparenz und den transparenten und fairen Umgang mit gezahlten
32 Löhnen fördern. Hierbei können Modellprojekte in Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen
33 helfen, aber auch das Angebot von Weiterbildungsmaßnahmen für Führungspersonal mit dem
34 Ziel eines konstruktiveren Umgangs mit Lohntransparenz zur Förderung des Betriebsklimas und
35 gerechterer Entlohnung. Ebenso wichtig wäre eine Informationskampagne für
36 ArbeitnehmerInnen zur Aufklärung über die neue Rechtslage. Zudem sollten ArbeitnehmerInnen
37 durch solche Kampagnen dazu ermutigt werden, solche Instrumente vor Ort und im Betrieb zu
38 nutzen.

39

1 Gesetzliche Mindestlöhne und gerechte Lohnverhältnisse. Dass Mindestlöhne auf dem heutigen
2 Arbeitsmarkt eine Notwendigkeit darstellen, ist den meisten SozialdemokratInnen bewusst. Wir
3 gehen jedoch darüber hinaus und fordern, dass der Gesetzgeber Ungleichsbegrenzungen
4 festsetzt. Diese müssen flexibel gestaltet sein und sind – im Gegensatz zum Mindestlohn nicht
5 in EUR/Stunde anzugeben. Das bedeutet, dass der am schlechtesten bezahlte Mitarbeiter
6 jährlich nicht weniger als ein Monatsgehalt des Bestbezahlten verdienen darf. Hierüber müssen
7 die Unternehmen – mit anonymisierten Daten – jährlich Bericht ablegen und die Einhaltung der
8 Ungleichsbegrenzungen garantieren. Dabei muss der Bundesgesetzgeber regeln, wie Gehälter
9 vergleichbar gemacht werden können. Denn oftmals bekommen vor allem Manager und
10 MitarbeiterInnen der Führungsetage deutlich mehr, als auf dem monatlichen Lohnzettel steht.
11 Das liegt daran, dass sie neben den Nennwerten oft noch zusätzlich langfristigen
12 Beteiligungsprogramme oder ähnliches bekommen.
13

14 Lohngerechtigkeit durch Progression. Der Spitzensteuersatz liegt derzeit bei 42 Prozent und die
15 SPD setzt sich für eine Erhöhung auf 49 Prozent ein. Eine Studie des Internationalen
16 Währungsfonds, die im Oktober 2013 herausgegeben wurde, macht auf Spielräume in
17 entwickelten Industriestaaten für Spitzensteuersätze bis zu 70 Prozent aufmerksam. Vor allem
18 Deutschland bleibe hinter seinen Möglichkeiten zurück und könne durch das Drehen an der
19 genannten Schraube wichtige Mittel zum Bau, Erhalt und Unterhalt äußerst wichtiger
20 Infrastruktur einnehmen. Auch aus der Perspektive der Lohngerechtigkeit scheint es sinnvoll,
21 dass sehr hohe Jahreseinkommen (etwa ab 120.000 EUR) noch deutlich stärker besteuert
22 werden. Der bisherige Vorschlag der SPD, den Spitzensteuersatz hier bei 49 Prozent
23 festzulegen, ist nicht ausreichend. Daher soll der Forderung des IWF nachgegangen werden
24 und bei sehr hohen Einkommen eine Progressionsstufe von mindestens 70 Prozent eingeführt
25 werden. Der Eingangswert für die letzte Progressionsstufe sollte im Zusammenhang mit dem
26 Mindestlohn gesetzt werden. Das heißt, je höher der Mindestlohn, desto höher die Grenze für
27 den Spitzensteuersatz.

28

29 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
2 An SPD Landesparteitag

3 A 5 Für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen!

4
5 Am 01. Januar 2015 trat das Mindestlohngesetz in Kraft. Damit wird ein gesetzlicher
6 Mindestlohn in Höhe von 8,50 EUR pro Stunde für Millionen von ArbeitnehmerInnen Realität.
7 Die Einführung eines gesetzlichen, unabdingbaren, flächendeckenden Mindestlohns von 8,50
8 EUR ist ein großer sozialer Fortschritt. Lohndumping soll und muss in Zukunft besser
9 unterbunden werden! Hierfür ist der Mindestlohn in Höhe von 8,50 EUR ein erster Schritt.

10 Kritisch gesehen werden müssen allerdings die in § 22 MiLoG vorgesehenen Ausnahmen vom
11 Mindestlohn. Diese Ausnahmen wirken insbesondere auf Jugendliche und Langzeitarbeitslose
12 diskriminierend, stigmatisierend, demütigend und sind mit unserem sozialdemokratischen
13 Grundverständnis nicht vereinbar.

14 Der Mindestlohn ist Ausdruck einer gesellschaftspolitischen Wertehaltung darüber, was ein
15 Mensch für seine Arbeit mindestens verdienen muss. Ausnahmen vom Mindestlohn
16 widersprechen insofern der Idee und dem Ziel des Mindestlohns selbst.

17 Daher fordern wir:

- 18 • Der Mindestlohn muss unverzüglich auch für alle Jugendliche gelten!
19 • Der Mindestlohn muss unverzüglich auch für alle PraktikantInnen über die
20 gesamte Praktikumsdauer gelten!
21 1. Der Mindestlohn muss unverzüglich für Langzeitarbeitslose beim beruflichen
22 Wiedereinstieg von Beginn an gelten!

23 Darüber hinaus ist die in § 24 Abs. 2 MiLoG gesetzlich explizit beschlossene
24 Übergangsregelung für Teile der ZeitungszustellerInnen für uns nicht akzeptabel. Es kann nicht
25 hingenommen werden, dass für eine einzelne Branche eine gesetzliche Übergangsregelung
26 getroffen wird. Insoweit hätte für diese Branche auch die Möglichkeit einer Übergangsregelung
27 nach Abs. 1 bestanden!

28 Daher fordern wir:

- 29 • Die in § 24 Abs. 2 MiLoG geschaffene Übergangsregelung für Teile
30 der ZeitungszustellerInnen muss unverzüglich abgeschafft werden!

31

32 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
2 An SPD Landesparteitag

3 A 6 Finger weg vom Streik- und Tarifrecht!

4 Als im Herbst 2014 die Konkurrenzgewerkschaft der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
5 (EVG), die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), mehrere Tage fast den kompletten
6 deutschen Schienenverkehr lahmlegte, um einen Tarifvertrag auch für Zugbegleiter_innen zu
7 erstreiken, flammte eine unrühmlich und erschreckende Diskussion um das Streik- und Tarifrecht
8 auf. So ließ sich vernehmen, dass doch angesichts der Zustände durch den Streik der Staat
9 handeln müsse und solche Streiks zu begrenzen hätte. Im Zuge dieser Diskussion kam die
10 Debatte um das Tarifeinheitsgesetz, welches auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD und
11 CDU/CSU als Gesetzesvorhaben enthalten ist, wieder auf. Die Tarifeinheit bedeutet, dass im
12 Falle konkurrierender Tarifverträge allein der Vertrag anwendbar sein soll, der die Mehrzahl
13 der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer_innen aufgrund ihrer jeweiligen
14 Gewerkschaftszugehörigkeit erfasst; dem Minderheitenvertrag soll die Anerkennung versagt
15 sein. Damit würde logischerweise auch die Friedenspflicht aus dem Mehrheitstarifvertrag für
16 alle gelten. Die konkurrierende Gewerkschaft würde so in ihrem Streikrecht eingeschränkt
17 werden und könnte ihre Ziele nicht mehr eigenständig mit Arbeitsk Kampfmaßnahmen
18 durchsetzen.

19 Da der Gesetzgeber die Tarifeinheit nach dem betrieblichen Mehrheitsprinzip regeln soll, ist
20 die Entscheidung in die Hände der Arbeitgeber_innen gelegt. Denn allein diese bestimmen,
21 welche Arbeitseinheiten zu einem Betrieb zusammengefasst bzw. ausgegliedert werden.
22 Die_Der Arbeitgeber_in erhält damit die Hoheit festzulegen, welcher Tarifvertrag kraft
23 Mehrheit dominiert und welcher infolge gewerkschaftlicher Minderheitenposition nicht gilt, mit
24 der Folge, dass dieser Gewerkschaft auch das Streikrecht genommen ist. Ein
25 Tarifeinheitsgesetz würde somit dazu führen, dass das wichtigste Mittel zur Durchsetzung von
26 Interessen der Arbeitnehmer_innen das Streikrecht verwässert und wirkungslos wird.

27 Aber neben der Tarifeinheit kamen auch von der CSU allen voran dem bayerischen
28 Ministerpräsidenten Forderungen auf, dass man das Tarifrecht so abändert, dass nach
29 gescheiterten Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber_innen eine gesetzlich
30 vorgeschriebene obligatorische Schlichtung stattfinden soll. Während dieser Schlichtung soll es
31 den Gewerkschaften verboten sein in irgendeiner Form zu streiken. Ebenso sollen Streiks,
32 wenn sie überhaupt stattfinden, eine gesetzlich vorgeschriebene Ankündigungsfrist bekommen.
33 Dadurch soll eine Entschärfung der Streiks bzw. eine Verhinderung von Streiks erreicht
34 werden. Diese geht alleine zu Lasten der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer_innen.

35 Daher fordern die Jusos, dass es keine Einschränkungen im Streik- und Tarifrecht geben darf.
36 Die momentan bestehenden Regelungen sind völlig ausreichend und bedürfen bestimmt keiner
37 einseitigen Ergänzung zum Nutzen der Arbeitgeber_innen. Wir lehnen auch ein mögliches
38 Tarifeinheitsgesetz ab und fordern die SPD dazu auf, kein Tarifeinheitsgesetz mitzutragen!

- 39 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 A 7 Für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung!

4
5 Mit „Langfristige Perspektive statt sachgrundlose Befristung“ war ein Antrag der SPD-
6 Bundestagsfraktion vom 19.05.2010 überschrieben.

7 Zur Begründung führt die SPD-Fraktion an, dass die gravierenden Nachteile der
8 sachgrundlosen Befristung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht durch bessere
9 Beschäftigungsaussichten aufgewogen würden: „Die rechtlich unerwünschte Verlagerung
10 unternehmerischer Risiken auf Arbeitnehmer/-innen und die Aushebelung des
11 Kündigungsschutzes für sachgrundlos befristet Eingestellte wird nicht durch positive
12 Beschäftigungseffekte ausgeglichen.“ Eine Abschaffung dieser Regelung sei damit überfällig.

13 Und auch im SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 ist diese Position klar formuliert
14 worden: „Die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen wollen wir
15 abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.“

16 Einem der klar formulierten Zielsetzung der SPD entsprechenden Antrag der Fraktion „Die
17 Linke“ vom 23.10.2013 wurde seitens der SPD-Fraktion aus Koalitionsrason leider nicht
18 zugestimmt.

19 An der Überfälligkeit der Abschaffung der Regelung hat sich jedoch nach unserer
20 Überzeugung nichts geändert!

21 Es lässt sich zeigen, dass Länder mit flexiblen Arbeitsmärkten gegenüber jenen mit starren
22 Arbeitsmärkten eine geringere Reallohnentwicklung, eine höhere Arbeitszeit und damit
23 geringere Arbeitsproduktivität aufweisen. Dies folgt daraus, dass Investitionen in die Bildung
24 von Beschäftigten unattraktiv sind, wenn man sie leicht austauschen kann. Zudem sind die
25 Innovationskraft und die Loyalität der Belegschaft zum Unternehmen geringer, was eine höhere
26 Kontrolle dieser notwendig macht.¹

27 Wir fordern daher:

28 1. Die Möglichkeit zur kalendermäßigen Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen
29 eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von zwei Jahren in § 14 Absatz 2 des Teilzeit und
30 Befristungsgesetzes (TzBfG) ist zu streichen.

31 2. Die Möglichkeit zur kalendermäßigen Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen
32 eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von vier Jahren in den ersten vier Jahren nach der
33 Gründung eines Unternehmens in § 14 Absatz 2a TzBfG ist zu streichen.

¹ Alfred Kleinknecht, C.W.M. Naastepad, Servaas Strom, Robert Vergeer „Schadet die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes der Innovation?“ WSI Mitteilungen 4/2013.

- 1 3. Die Möglichkeit zur kalendermäßigen Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen
2 eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von fünf Jahren für Arbeitnehmer ab Vollendung des
3 52. Lebensjahrs in § 14 Absatz 3 TzBfG ist zu streichen.
- 4 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 A 8 Für die Einführung eines bayerischen Bildungsurlaubsgesetzes!

4

5 Weiterbildung ist wichtig. Sie erweitert die beruflichen Qualifikationen, fördert die
6 Selbstentfaltung des Einzelnen und befähigt zu verantwortlichem Handeln in der Gesellschaft.
7 Als „vierte Säule“ im Bildungswesen neben Schule, Berufsausbildung und Hochschule sorgt die
8 Weiterbildung dafür, dass Menschen in jedem Lebensalter organisiert dazulernen können.

9 Weiterbildung verbessert die beruflichen und persönlichen Chancen der Beschäftigten.
10 Insbesondere für diejenigen, die bislang Weiterbildungsangebote nicht genutzt haben bzw.
11 nicht nutzen konnten, eröffnen sich neue Möglichkeiten.

12 Die Landesregelungen für Bildungsurlaub gehen zurück auf das Übereinkommen der
13 Internationalen Arbeitsorganisation ILO aus dem Jahr 1974. Es verpflichtet die
14 Unterzeichnerstaaten, bezahlten Bildungsurlaub zum Zwecke der Berufsbildung, der
15 allgemeinen und politischen Bildung sowie der gewerkschaftlichen Bildung einzuführen. Da
16 Bildung aber in die Zuständigkeit der Ländergesetzgebung fällt, gibt es in jedem Bundesland
17 unterschiedliche Regelungen und Handhabungen.

18 Bayern ist eines der wenigen Bundesländer, das kein Bildungsurlaubsgesetz hat, in dem eine
19 Teilnahme an weiterbildenden Veranstaltungen gesetzlich geregelt ist. Deshalb müssen die
20 ArbeitnehmerInnen in Bayern prüfen, ob es einen für sie geltenden Tarifvertrag gibt, der einen
21 Anspruch auf Bildungsurlaub beinhaltet bzw. ob eine einzelvertragliche Regelung besteht.

22 Wir fordern daher die unverzügliche Einführung eines bayerischen Bildungsurlaubsgesetzes.

23 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Finanzen/Wirtschaft

2

3 Kommission Wirtschaft und Soziales über Landesvorstand

4 An Juso-Bundeskongress, Landesparteitag, Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&E-
5 Fraktion im EU-Parlament

6 F 1 Nein zu TTIP und CETA!

7 Die Jusos Bayern lehnen das geplante Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)
8 zwischen den USA und der EU sowie das Comprehensive Economic and Trade Agreement
9 (CETA) zwischen Kanada und der EU ab.

10 Wir fordern daher unsere (bayerischen) Bundestags- und Europaabgeordneten auf, gegen
11 dieses Abkommen zu stimmen.

12 Wir begrüßen die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und rufen zur Unterschrift für diese
13 auf. Die Ablehnung der Initiative durch die Europäische Kommission halten wir für falsch,
14 undemokratisch und inakzeptabel.

15 Begründung:

16 Die europäische Kommission verhandelt das Transatlantic Trade and Investment Partnership
17 (TTIP) mit einer großen Anzahl von Regierungen des europäischen und amerikanischen
18 Kontinents unter dem euphemistischen Begriff eines Freihandelsabkommens.
19 Verbraucherschutz-, Umwelt- und Nichtregierungsorganisationen sehen in TTIP allerdings einen
20 erheblichen Eingriff in die politische Selbstbestimmung von Staaten, Ländern und Kommunen,
21 u.a. durch die Einklagbarkeit entgangener Gewinne auf Grund von Umweltstandards,
22 Verbraucherschutzgesetzen etc.

23 Zudem bedeuten Schiedsgerichte, die für derartige Klagen zuständig sein sollen und
24 außerhalb der Kontrolle von Parlamenten und nationaler Gesetzgebung stehen, einen Angriff
25 auf die Grundlagen unserer Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in den Beziehungen
26 zwischen globaler Wirtschaft, demokratisch verfassten Staaten und politischen
27 Entscheidungsträgern. TTIP beeinträchtigt damit auch die Handlungsmöglichkeiten von
28 Kommunen.

29 Das Gleiche gilt für das als Blaupause für TTIP dienende, bereits ausgehandelte
30 Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der EU.

31 Die Gründe, die gegen TTIP bzw. ähnlich auch gegen CETA, sprechen, sind im Überblick:

32 TTIP höhlt Demokratie und Rechtsstaat aus: Ausländische Konzerne können Staaten künftig vor
33 nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen, wenn
34 sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinne schmälern.

- 1 TTIP öffnet Privatisierungen Tür und Tor: Das Abkommen soll es Konzernen erleichtern, auf
2 Kosten der Allgemeinheit Profite bei Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu machen.
- 3 TTIP gefährdet unsere Gesundheit: Was in den USA erlaubt ist, würde auch in der EU legal –
4 so wäre der Weg frei für Fracking, Gen-Essen und Hormonfleisch. Die bäuerliche
5 Landwirtschaft wird geschwächt und die Agrarindustrie erhält noch mehr Macht.
- 6 TTIP untergräbt die Freiheit: Es droht noch umfassendere Überwachung und Gängelung von
7 InternetnutzerInnen. Exzessive Urheberrechte erschweren den Zugang zu Kultur, Bildung und
8 Wissenschaft.
- 9 TTIP ist praktisch unumkehrbar: Einmal beschlossen, sind die Verträge für gewählte
10 PolitikerInnen nicht mehr zu ändern. Denn bei jeder Änderung müssen alle Vertragspartner
11 zustimmen. Deutschland allein könnte aus dem Vertrag auch nicht aussteigen, da die EU den
12 Vertrag abschließt.
- 13 Ein TTIP- und CETA-Abkommen ohne diese problematischen Bestandteile wie es vom DGB
14 gefordert wird, wäre zwar ertragbar, jedoch würde es laut Studien ebenfalls dazu führen,
15 dass der Handel zwischen der USA und der EU (im Fall von TTIP) auf Kosten des Handels mit
16 der Dritten Welt zunehmen würde. Dies kann nicht der richtige Weg sein.
- 17 Die Argumente, die von der Europäischen Kommission zur Ablehnung der von zahlreichen
18 Organisationen getragenen Europäischen Bürgerinitiative (darunter z. B. attac) angeführt
19 wurden, sind offensichtlich politisch motiviert. Die Initiative tragenden Organisationen werden
20 Rechtsmittel gegen diese Entscheidung einlegen. Zudem wird die Unterschriftensammlung
21 selbstorganisiert starten.
- 22 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Internat Kommission der Jusos Bayern über Landesvorstand
- 2 An Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPE-Fraktion

3 F 2 Neuausrichtung der EZB – für ein soziales Europa!

4 Seit nun mehr sechs Jahren schwelt die sogenannte Eurokrise. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die
5 bisherigen Lösungsansätze der Troika haben nicht zur Verbesserung der Krisenproblematik
6 geführt, sondern besonders in Griechenland, Spanien und Portugal sind gegenteilige Effekte
7 durch die restriktive und rigide Austeritätspolitik zu beobachten. Es wird immer deutlicher, dass
8 der eingeschlagene Weg nicht zur Bewältigung der Krise beiträgt. Dennoch wird weiterhin an
9 der bisherigen neoliberalen Praxis festgehalten. Anstelle der Anerkennung der deutlichen
10 Fehlstrukturierung der sogenannten Krisenbewältigungsstrategie, wird ein Selbstverschulden
11 der durch die Krise gebeutelten Staaten mutwillig propagiert.

12 Die EU lässt sich nicht gesundsparen. Im Gegenteil: Die politisch verordnete Zwangsdiet für
13 ArbeitnehmerInnen und Staaten ruiniert Einkommen und Nachfrage, führt zum Zusammenbruch
14 der lokalen Märkte und treibt den Kontinent immer tiefer in die Rezession. Der Kaufkraftentzug
15 bei ArbeitnehmerInnen und die Ausgabenkürzungen der Staaten verursachen eine allgemeine
16 Schrumpfung des europäischen Marktes. Der Kampf um die Marktanteile am klein gewordenen
17 europäischen Markt treibt die Unternehmen in Preisdumping. Es entsteht eine
18 krisenverschärfende Deflationsspirale. Die Folgen dieser Kaputtsparpolitik sind verheerend:
19 Arbeitslosigkeit und Armut wachsen. In gut zwei Drittel der Mitgliedsländer sinken die
20 Reallöhne. Die Schere zwischen Arm und Reich weitet sich sowohl auf nationaler, als auch auf
21 transnationaler Ebene aus.

22 Die Senkung des Leitzinses durch die EZB auf nahe null ist in dieser Situation ein notwendiger,
23 aber noch lange nicht hinreichender Schritt zur Stabilisierung der Eurozone. Eine dauerhafte
24 Lösung kann dies allein jedoch nicht sein, da die EZB sonst ihren Handlungsspielraum verliert.
25 Auf die expansive Geldpolitik muss nun eine entschlossene Investitionsoffensive für eine
26 flächendeckende Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften folgen. Vielmehr ist jetzt
27 eine tiefgreifende Reform der Fiskalpolitik unabdingbar.

28 Deshalb fordern wir:

29 Neustrukturierung und Demokratisierung der Entscheidungsprozesse

30 Es ist notwendig, die Kompetenzen in der Geldpolitik der Europäischen Union neu zu verteilen
31 und die Entscheidungsprozesse effektiv zu demokratisieren. Die demokratische Legitimation
32 kann hierbei ausschließlich vom direkt durch die BürgerInnen der EU gewählten Parlament
33 ausgehen. Zusätzlich zu dem bereits durch das EU-Parlament zu verabschiedenden
34 Haushaltsplan soll durch einen Ausschuss eine makroökonomische Rahmenplanung
35 vorgegeben und durch das Plenum verabschiedet werden. Diese ist für die EZB bindend, die
36 konkrete Ausführung obliegt der EZB.

1 Es ist Aufgabe des im Parlament damit befugten Ausschusses, in einem ständigen
2 Dialogprozess mit der EZB notwendige Anpassungen der Rahmenplanung vorzunehmen und
3 durch das Plenum verabschieden zu lassen. Das EU-Parlament bestätigt auf Vorschlag des
4 Europäischen Rates politische Führungspositionen der EZB und kann Berufenen durch
5 Zweidrittelmehrheit das Misstrauen aussprechen, woraufhin ein Neu- oder
6 Nachbesetzungsverfahren wie oben beschrieben stattfindet.

7 Die Beschlussfassungen zu EZB-Personal und makroökonomischer Rahmenplanung soll zur
8 Mitte der Legislatur des Parlaments erfolgen. Bezüglich der sogenannten Eurokrise soll somit
9 zum Beispiel der EZB die Möglichkeit eingeräumt werden, über Staatsanleihenankäufe die
10 Refinanzierungskosten der von der Krise besonders betroffenen Länder zu senken. Somit soll
11 deren politische Handlungsfähigkeit gestützt und Raum für konjunktur- und
12 arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Mitgliedsstaaten geschaffen werden.

13 Rückbesinnung auf die Doppelfunktion einer Zentralbank

14 Bis Mitte/Ende der 1970er Jahre wurde die Zentralbank als öffentliches Organ, mit
15 Doppelfunktion definiert: Zum einen mit der Funktion der privatwirtschaftlichen
16 Geldwertsicherung (Preisstabilität), insbesondere aber der der staatlichen Wirtschaftslenkung,
17 die am gesellschaftlichen Mehrwert orientiert ist. Seither kam es zu einer schleichenden
18 Abwendung von letzterer Funktion hin zu einer Verschiebung der Interessen zu Gunsten
19 neoliberaler Wirtschaftsprämissen.

20 Alternative Handlungsweisen wurden zum Beispiel durch den Employment Act (Roosevelt
21 1946) unter der Maßgabe der Vollbeschäftigung als oberstes Ziel der Federal Reserve oder
22 die ökonomische Steuerung durch die Volksfrontregierung zwischen den Weltkriegen
23 aufgezeigt.

24 Eine funktionierende europäische Zentralbank ist als rahmensetzendes Organ als Akteur nur
25 dann einsetzbar, wenn sie sich dem Postulat des gesellschaftlichen Mehrwerts unterordnet und
26 diesen über kapitalorientierte Wirtschaftsinteressen stellt. Zu diesem Zweck muss der
27 Lenkungsanspruch der Politik durchgesetzt werden. Es wird deshalb eine demokratische
28 Legitimierung mittels Kopplung an das Parlament, sowie eine Weisungsgebundenheit an die
29 gemäß der Gewaltenteilung zuständige Institution benötigt. Des Weiteren muss der Judikative
30 geeignetes Rüstzeug an die Hand gegeben werden, um das Handeln der EZB zu überprüfen
31 und gegebenenfalls durchsetzen zu können. Hierzu sind klare, transparente und stets
32 nachvollziehbare Strukturen unabdingbar. Außerdem ist eine Teilhabe der
33 ArbeitnehmerInnenvertretungen auf Entscheidungsebene zu gewährleisten.

34 Diese Maßnahmen gelten vollumfänglich auch für die Zentralbanken der Mitgliedsstaaten,
35 welche aber mittelfristig durch die Umstrukturierung der EZB obsolet werden. Bis zu diesem
36 Zeitpunkt haben sich diese ausnahmslos an denselben Rahmenbedingungen wie die EZB zu
37 orientieren. Insbesondere gilt dies bei der Festlegung von Zinsschranken. Oberstes Ziel ist die
38 Stabilität des europäischen Wirtschaftsraums, was eine direkte Bindung des monetären Sektors

1 an die Zentralbanken und somit eine Rückkehr zur Regulierungs- und Kontrollpolitik erfordert.
2 Eine Zentralbank erfüllt dadurch einen normativen Auftrag.

3

4 Einen sozialen Euro

5 Löhne, Renten, Sozialleistungen und öffentliches Eigentum müssen im Vordergrund der
6 gemeinschaftlichen Interessen stehen. Vollbeschäftigung muss langfristig Ziel der gesamten
7 Europäischen Union sein. Preisstabilität muss, kann und darf vernachlässigt werden für die
8 gemeinsamen sozialen und gesellschaftlichen Projekte und Ziele, sowie für das gemeinsame
9 Daseinswohl in der gesamten Europäischen Union. Inflationsbereinigter Zuwachs der
10 Reallöhne muss bei steigender Produktivität ermöglicht und umgesetzt werden.
11 Sozialverträgliche Löhne müssen verpflichtend sein. Soziale Sicherungssysteme sind zu
12 verankern, hierzu gehören die Gesundheits- und Familienpolitik, sowie die
13 Arbeitslosenversicherung. Diesen sind außerdem ein hohes Schutzniveau einzuräumen.

14 Aufbau und Vorhaltung eines starken öffentlichen Sektors zur Verwirklichung von
15 Dienstleistungen im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse muss durchgesetzt werden. Im EU-
16 Vertrag sind Fortschrittsklauseln einzubauen, welche den sozialen Grundrechten auf
17 europäischer Ebene Vorrang vor den Marktfreiheiten einräumen.

18 Abschaffung der Nichtbeistands-Klausel

19 Eine Abwendung von der Nichtbeistands-Klausel in Artikel 125 AEU-Vertrag, welche die
20 Haftung der Union für ihre Mitgliedsstaaten ausschließt, ist notwendig. In einem Staatenbund
21 wie der EU muss die gemeinsame Zentralbank die Möglichkeit haben für ihre Mitgliedsstaaten
22 zu bürgen. Die Nichtbeistandsklausel wird durch Vermeidung des ansonsten eventuell
23 leichtsinnigen Verhaltens der Mitgliedsstaaten (Moral Hazard) begründet. Überschuldung sollte
24 durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt verhindert werden. De facto werden Verstöße gegen
25 diesen jedoch nicht geahndet. Dadurch müssen Mitgliedsstaaten mit mangelnder Liquidität
26 durch Alternativkonstrukte wie den ESM unterstützt werden, welche die Klausel durch
27 Direkthaftung einzelner Staaten umgehen. Dies kann jedoch nur eine Notlösung sein, in einer
28 solidarischen Union muss der EZB die Möglichkeit gegeben sein, Mitgliedsstaaten vor dem
29 Zusammenbruch zu bewahren, auch um einen Kollaps der Gemeinschaftswährung zu
30 verhindern. Im Zuge dessen sollte auch eine grundsätzliche Revision des Stabilitäts- und
31 Wachstumspaktes erfolgen.

32 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Juso-Bezirk Niederbayern

2 Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag

3 SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-MdEP in der Fraktion S&D im Europäischen

4 Parlament, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen

5 Parlament

6 F 3 Schluss mit neoliberalerem Monetarismus!

7 Für eine nachfrageorientierte Bekämpfung deflationärer Tendenzen im

8 Euroraum

9 Die Gefahr Deflation

10 Aktuell berichten Medien regelmäßig über eine Deflationsgefahr für den Euroraum und die
11 dadurch entstehenden Probleme für die Wirtschaft Europas. Obgleich die Berichterstattung
12 leider etwas spät auf diese Thematik aufmerksam geworden ist (bereits im April 2013
13 unterschritt die Inflationsrate das Inflationsziel um 0,7%-Punkte)¹, gilt es, sich intensiv mit
14 diesem Problem auseinanderzusetzen. In der Tat geht nämlich eine erhebliche Gefahr von
15 einer drohenden Deflation aus. Notenbanken dieser Welt legen bewusst ihr Inflationsziel nicht
16 auf den Wert Null, sondern auf einen Wert nahe zwei Prozent, weil zum einen bekannt ist,
17 dass die Statistiken Qualitätssteigerungen der Produktion zu spät erfassen und damit die
18 Inflationsrate in etwa um ein Prozent jährlich überzeichnen, und zum anderen eine akute
19 Gefahr von einer Deflation ausgeht, welche durch einen „Sicherheitsabstand“ vermieden
20 werden soll. Inflation ist gewissermaßen die Nettoertragsrate der Warenhaltung, sie schafft
21 Anreize für Investitionen und motiviert zur Kreditaufnahme. Ferner ist die Zentralbank bei einer
22 Inflationsrate größer Null handlungsfähig, da sie die Nominalzinsen und Reserven erhöhen
23 und somit dem Markt Geld entziehen kann. Selbstverständlich ist, und davor muss man in
24 Deutschland nicht warnen, die Gefahr, welche von einer hohen Inflationsrate ausgeht, nicht zu
25 vernachlässigen. Jedoch gibt es keine Inflationsrate, bei der die Zentralbank gänzlich
26 handlungsunfähig wird. Das unterscheidet die Inflation von der Deflation.
27 Fällt die Inflationsrate nämlich unter einen Wert von 0, kommt es also zur offenen Deflation, so
28 ist die Rendite aus der reinen Bargeldhaltung positiv und man gerät in ein Stadium, in
29 welchem kaum noch Investitionen getätigt werden. Die Notenbank kann dann die kurzfristigen
30 Zinsen nicht unter den Wert Null setzen, sodass es einen Anreiz gäbe, zu investieren, sie kann
31 niemanden zwingen, Geld in Umlauf zu bringen und sie kann keine Verpflichtung
32 aussprechen, Kredite aufzunehmen. Vielmehr sind der Zentralbank dann die Hände gebunden
33 – sie wird handlungsunfähig. Ein praktisches Beispiel hierzu liefert die wirtschaftliche
34 Entwicklung in Japan. Man kann also feststellen, dass der Euroraum, sollte es zu einer länger
35 anhaltenden Deflation kommen, mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen
36 haben wird, welche das Ausmaß der Finanzkrise deutlich übersteigen dürften. Dem Argument,
37 die gefallen Rohölpreise würden den Trend des BIP-Deflators momentan erklären, sei
38 entgegnet, dass auch nach Bereinigung der Inflationsrate hinsichtlich der
39 Energiepreisentwicklung ein Negativtrend zu beobachten ist, welcher aktuell in einer

1 Kerninflation unter der 1%-Marke mündet.² Wie akut die Problematik ist, soll nachfolgende
2 Grafik zeigen³:

3 Seit 2011 ist der Trend der Inflation im Euroraum rückläufig, seit 2013 liegt sie unter dem
4 Inflationsziel. Im Dezember 2014 unterschritt sie zum erstmalig den Wert 0 und lag bei -0.2%.
5 In allen Mitgliedsstaaten der europäischen Union, außer in Rumänien, lag die Inflationsrate in
6 diesem Monat unter 1%⁴. Auch wird die Brisanz der Lage dadurch unterstrichen, dass die
7 Europäische Zentralbank sich zu unorthodoxen Handlungen wie dem Aufkaufen von
8 Staatsanleihen gezwungen sieht. Demnach gilt es, zu ergründen, woher der fallende
9 Inflationstrend rührt, um anschließend konkrete Forderungen ableiten zu können.

10 Inflation als monetaristisches Phänomen

11 Schenkt man den MonetaristInnen Glauben, so stellt die Geldmenge die wichtigste Größe zur
12 Steuerung der Wirtschaft dar. Gemäß der Quantitätstheorie Irving Fishers führt eine starke
13 Ausdehnung der Geldmenge zu Inflation und ein Einbremsen des Geldmengenwachstums zu
14 Deflation. Dass der Wert des Geldes dem der produzierten Waren gegenübersteht, ist nicht
15 von der Hand zu weisen. Demnach führt eine Geldmengenerhöhung zur Inflation, da den
16 produzierten Waren eine höhere Geldmenge gegenübersteht und daher die Preise steigen
17 müssen. Diesen Effekt macht sich auch das Instrument der Leitzinsen der Notenbanken zu
18 Nutze: Eine Senkung der Leitzinsen bedeutet niedrigere Zinskosten für Zentralbankkredite und
19 demnach eine Erhöhung der Zentralbankgeldnachfrage durch die Geschäftsbanken. Infolge
20 dessen nutzen die Zentralbanken das Instrument der Leitzinsen dazu, um die Geldmenge zu
21 kontrollieren. Droht eine Deflation, so müsste folgerichtig die Zentralbank mit einer
22 Leitzinssenkung reagieren und damit die Nachfrage nach Zentralbankgeld ankurbeln, sodass
23 sich die Geldmenge im Wirtschaftsraum erhöht, den produzierten Waren ein höheres
24 Geldvolumen gegenübersteht und demnach die Preise steigen. Dies führt dann im Idealfall zur
25 gewünschten Inflation. Die Europäische Zentralbank hat in jüngerer Vergangenheit häufig von
26 diesem Instrument Gebrauch gemacht. Nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der
27 Leitzinsen der EZB⁵:

28 Nichts desto trotz brachte eine Senkung der Refinanzierungskosten für Banken nicht den
29 gewünschten Effekt des Geldmengenwachstums. Zwar sank der EURIBOR, jedoch wurde
30 dadurch nicht die Nachfrage nach Zentralbankgeld, trotz Mengentender mit Vollzuweisung,
31 gesteigert. Vielmehr ist das Volumen der Offenmarktgeschäfte der EZB trotz fallender Zinsen
32 rückläufig, wie folgende Grafik zeigt⁶:

33 An dieser Stelle sei nochmals die Problematik der Lage für die Europäische Zentralbank
34 verdeutlicht: Eine Zentralbank kann mit ihren Instrumenten jede Inflation in kurzer Zeit in die
35 Knie zwingen, jedoch eine Deflation verhindern kann sie nicht. Sie kann den Leitzins noch so
36 sehr senken und geparkte Einlagen mit Negativzinsen bestrafen und trotz alledem wird sich
37 kein Effekt einstellen, wenn die Geschäftsbanken nicht bereit sind, Kredite zu vergeben, weil
38 ihnen die KundInnen fehlen, welche in Sachkapital investieren wollen. Kurzum, um es mit den
39 Worten von John M. Keynes zu sagen: „We cannot, by international action, make the horses

1 drink. That is their domestic affair. But we can provide them with water“. Insofern kann
2 festgestellt werden, dass das Instrument der Leitzinsen in einer Situation, in der private
3 InvestorInnen nicht Kredite in ausreichendem Ausmaß nachfragen, keine Wirkung erzielt. Das
4 erklärt auch, weshalb die europäische Notenbank aktuell zu unkonventionellen Maßnahmen
5 wie monetärer Lockerung (Quantitative Easing), also dem Versuch, über Ankauf von
6 Staatsanleihen und anderen Wertpapieren Geld in den Markt zu pumpen und langfristige
7 Zinsen weiter zu drücken, greift. Dass die Europäische Zentralbank die Deflationsgefahr nicht
8 herunterspielt und sich mit allen Mitteln dagegen zu sträuben versucht, ist beachtlich. Nichts
9 desto trotz wird sie sich, sofern die weiteren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im
10 Euroraum konstant bleiben, früher oder später ihre Ohnmacht eingestehen müssen. Denn selbst
11 durch das Fluten des Marktes mit Kapital und dem Drücken von langfristigen Zinsen kann keine
12 Inflation konstruiert werden, wenn die dann zusätzlich verfügbare Geldmenge nicht weiter in
13 Umlauf gebracht werden kann – das heißt wenn dadurch die Investitionsbereitschaft nicht
14 angekurbelt wird. Deshalb ist das Programm der Zentralbank nicht falsch, da es die
15 Langfristzinsen auf Staatsanleihen senken und damit die Refinanzierungskosten für Staaten
16 reduzieren dürfte, die aktuell mit Problemen bei der Refinanzierung kämpfen müssen, jedoch
17 ändert es nichts an der Deflationsproblematik, sondern verzögert sie bestenfalls kurzfristig. Der
18 eigentliche Kern des Problems ist nämlich nicht monetärer, sondern realwirtschaftlicher Natur.

19 Der Zusammenhang zwischen Löhnen und Inflation

20 Wie wir bereits festgestellt haben, ist eine angestrebte Geldmengenerhöhung der
21 Notenbanken dann wirkungslos, wenn Finanzintermediäre keine Zentralbankkredite
22 nachfragen. Es gilt also, zu ergründen, weshalb kein Nachfrageanstieg trotz Leitzinsenkung
23 erfolgt ist. Die Ursache, weshalb trotz historisch tiefer Zinsen und Mengentendervorfahren mit
24 Vollzuweisung bei der Vergabe von Zentralbankkrediten kein positiver Nachfrageschock
25 eingetreten ist, liegt darin, dass Geschäftsbanken diese billigen Kredite nicht an die
26 Realwirtschaft weiterreichen können und wollen. Zum einen bevorzugen es Banken und andere
27 SpielerInnen aktuell, in die Finanzmärkte zu investieren, statt potentielle KundInnen zu suchen,
28 welche gewillt sind, Sachanlagen zu tätigen und Projekte zu realisieren, was daran liegt, dass
29 die Liberalisierungspolitik der Industriestaaten sie geradezu dazu ermuntert hat, durch
30 Spekulationen an Märkten für vorhandene Vermögenstitel virtuelle Vermögenswerte zu
31 kreieren, welche sich irgendwann mit einem großen Knall in Luft auflösen. Beispielhaft kann
32 hier die Entwicklung des DAX genannt werden, der in einer ökonomisch rezessiven Lage sein
33 Allzeithoch erreichen konnte. Andererseits rührt die fehlende Vergabe von Krediten an
34 Unternehmen und InvestorInnen daher, dass in der Realwirtschaft eine mangelnde
35 Güternachfrage vorherrscht. Diese ist das Ergebnis der europäischen Austeritätspolitik, welche
36 in einer ökonomischen Krisensituation, in der ohnehin schon alle privatwirtschaftlichen
37 AkteurInnen ihre Investitionen reduzierten und damit die Konjunktur schwächten, versuchte,
38 auch noch die öffentlichen Haushalte zum Sparen zu zwingen. Diese Sparpolitik hat nicht nur
39 dazu geführt, dass die Krise unnötig vertieft wurde, sondern konnte auch keine wesentlichen
40 Erfolge in der Haushaltskonsolidierung erzielen. Verstärkt wurde der negative Effekt der
41 Austeritätspolitik dadurch, dass man die verschuldeten Länder durch sog. Hilfsprogramme

1 dazu zwang, die Löhne zu senken, bei gleichzeitiger Kaufkraftminderung durch
2 Mehrwertsteuererhöhungen, sodass ein zusätzlicher Nachfrageeinbruch folgen musste. Addiert
3 man den negativen Nachfrageeffekt der Krise auf Unternehmen, den Rückgang der Nachfrage
4 durch Staaten infolge der Austeritätspolitik sowie den Nachfrageeinbruch durch
5 Kaufkraftminderung in Südeuropa zusammen, so liegt es auf der Hand, weshalb die
6 Investitionsbereitschaft in der aktuellen Lage derart gering ist: Wenn weder der öffentliche
7 Sektor, noch private Unternehmen dazu bereit sind, Konsum zu realisieren, und die privaten
8 Haushalte schlichtweg infolge fallender, oder jedenfalls stagnierender, Kaufkraft nicht in der
9 Lage sind, mehr zu kaufen, bleiben Investitionen aus. Dadurch lahmt die Nachfrage nach
10 Zentralbankgeld, und dadurch ist und bleibt die Notenbank handlungsunfähig. Stellt sich
11 hingegen eine höhere Nachfrage des Staates ein und werden private Haushalte mit mehr
12 Kaufkraft versorgt, so kann ein positiver Nachfrageschock realisiert, die Kreditnachfrage
13 angekurbelt und damit Zentralbankgeldversorgung in ausreichender Höhe gewährleistet
14 werden. Was der EZB fehlt, ist ein plausibler und empirisch evidenter Ansatz zur Erklärung
15 von Inflation. Zwar hat die Zentralbank es verstanden, dass sie durch Erhöhung der
16 Refinanzierungskosten und des Mindestreservesatzes Geld aus dem Markt entfernen kann und
17 damit einen positiven Inflationstrend zu stoppen oder gar umzukehren vermag, jedoch erklärt
18 das nicht das Wesen der Inflation selbst. Vielmehr muss die Erklärung bei den Löhnen,
19 genauer genommen bei der Veränderung der Lohnstückkosten, ansetzen. Nachfolgende Grafik
20 stellt den Zusammenhang zwischen der Änderung der Lohnstückkosten und der
21 Preissteigerungsrate dar²:

22 Eine klarere Evidenz kann es kaum geben: Steigen die Ausgaben der Unternehmen für Löhne,
23 so kommt es zu Inflation. Insbesondere sei angemerkt, dass Deutschland aktuell als Vorbild für
24 Krisenländer in der Europäischen Union fungieren soll. Würden jedoch alle Staaten dem Ideal
25 Deutschlands folgen und ihre Lohnsteigerungen derart reduzieren, wie Deutschland es infolge
26 der Agenda2010 und den darauf aufbauenden Reformen getan hat, so hätte dies
27 gezwungenermaßen eine Verschärfung der deflationären Situation zur Folge. Vielmehr müssen
28 die Reallöhne in Europa dauerhaft und nennenswert steigen, damit die Nachfrage durch die
29 privaten Haushalte angekurbelt, der Anreiz für Investitionen erhöht, die Kreditnachfrage
30 gesteigert und das Inflationsziel erreicht werden kann. Dies führt nicht, wie häufig postuliert,
31 zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Industrie gegenüber anderen Staaten,
32 da hier nur eine vernachlässigbar geringe Konkurrenz besteht. Vielmehr findet der mit
33 deutlichem Abstand größte Teil des Außenhandels europäischer Länder innerhalb der
34 Europäischen Union statt, und ist damit kein Außenhandel im klassischen Sinn, sondern
35 vielmehr ein Binnenkonsum, der fälschlicherweise nicht als solcher verstanden wird. Ein
36 positiver Nachfrageschock im europäischen Raum lässt demnach nicht nur das Inflationsziel
37 um ein deutliches Stück näher rücken, sondern erhöht auch die Binnennachfrage und befeuert
38 damit die innereuropäische Produktion. Ferner würde damit eine rückläufige
39 Lohnquotenentwicklung endlich umgekehrt, sodass Teilhabe am Produktionsprozess wieder
40 gerechter entlohnt und der Anreiz zur Arbeit gestärkt werden dürfte.
41 Nachdem nun das Wesen der Inflation charakterisiert und analysiert wurde, können konkrete
42 Lösungsansätze aufgestellt werden:

1 Forderungen

2 Da die Problematik der Deflation nicht von der Hand gewiesen, und ein offensichtlicher
3 Zusammenhang zwischen Inflationsentwicklung und Lohnstückkosten aufgezeigt werden kann,
4 fordern wir

- 5 • Die Beendigung der Stagnation der Lohnentwicklung! Vielmehr soll stattdessen eine
6 deutliche Reallohnsteigerung eintreten, die die Versäumnisse des letzten Jahrzehnts
7 kompensiert und ArbeitnehmerInnen für ihre berufliche Tätigkeit angemessen entlohnt.
- 8 • Schluss mit Ausnahmen beim Mindestlohn! Auch wenn der Mindestlohn in seiner
9 bestehenden Form die Löhne von rund 7 Millionen ArbeitnehmerInnen erhöht, ist er
10 selektiv und nutzt seine Möglichkeiten nicht vollständig. Daher soll der Mindestlohn
11 ausgebaut werden, sodass dieser für ausnahmslos jede berufstätige Person in
12 Deutschland gilt. Ferner soll der Mindestlohn sich nicht länger an der
13 Niedriglohngrenze bemessen, sondern ein signifikant höheres Niveau annehmen.
14 Langfristig soll parallel ein europäischer Mindestlohn etabliert werden
- 15 • Regulierung der ArbeitnehmerInnenüberlassung! Nur ein langfristiger
16 Beschäftigungsvertrag schafft die notwendigen Sicherheiten für größere Anschaffungen.
17 Leih- und Zeitarbeit können zwar Mittel zur Überbrückung von Auftragsspitzen sein,
18 jedoch ist dieses Mittel einerseits kurzfristig und andererseits ausnahmslos in
19 Hochkonjunkturphasen zu gebrauchen. Da mittlerweile wohl kaum von einem
20 kurzfristigen Hoch bei der Zahl der LeiharbeiterInnen gesprochen werden kann und
21 alles andere als eine konjunkturelle Hochphase vorliegt, gilt es, die Deregulierungen
22 durch die Agenda 2010 rückgängig zu machen und ein sicheres Beschäftigungsumfeld
23 für ArbeitnehmerInnen zu schaffen.
- 24 • Eine konsequente Bekämpfung des Gender Pay Gap! Neben der
25 gesellschaftspolitischen Relevanz der Gleichstellung von Frau, Mann und Menschen
26 ohne männliche oder weibliche Selbstidentifikation hinsichtlich der Lohnhöhe würde
27 eine Verringerung der Lohndispersion zwischen den Geschlechtern dazu führen, die
28 Lohnquote auf ein höheres Niveau zu heben und damit die Deflationstendenzen zu
29 bekämpfen. Auch kann eine Angleichung der geschlechterspezifischen Löhne
30 beispielsweise zu einem Überschreiten des Reservationslohns für Frauen führen, sodass
31 Anreize geschaffen werden, am Arbeitsmarkt teilzunehmen.
- 32 • Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte! Die Folgen des Liberalisierungswahns der
33 europäischen Staaten gilt es einzudämmen. Statt weiterhin Anreize für Banken und
34 FinanzakteurInnen zu schaffen, in hochspekulative Titel zu investieren, soll der Geldfluss
35 zur Produktion gewährleistet werden. Eine Finanztransaktionssteuer muss endlich
36 realisiert werden.
- 37 • Ein sofortiges Ende der Austeritätspolitik! Eine Nachfragekrise mit einer Senkung der
38 Nachfrage des öffentlichen Sektors zu beantworten, erscheint absurd. Stattdessen soll
39 der öffentliche Sektor deutlich höhere Ausgaben in Bildung und Infrastruktur tätigen.
- 40 • Die Ablehnung der Schuldenbremse! Nur durch einen starken Staat kann erfolgreiche
41 Fiskalpolitik betrieben werden. Dies wird durch das Konstrukt der Schuldenbremse

- 1 verhindert, welche ohne Not, wie oben gezeigt, die Krisensituation verschärft und
2 keinen Nutzen erwirtschaftet, der damit in Relation gesetzt werden kann.
- 3 • Ein klares Bekenntnis zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik! Der Monetarismus ist
4 gescheitert, und es gilt, die Auswirkungen der Fehler aus der Vergangenheit zu
5 kompensieren. Hierzu bedarf es dem glaubwürdigen Versprechen, künftig nicht weitere
6 fiskalische Dummheiten zu begehen und sich stattdessen einem sinnvollen Konzept der
7 Wirtschaftspolitik zuzuwenden, das sich bereits mehrfach profilieren konnte.
 - 8 • Schluss mit der Sparpolitik für Südeuropa! Durch eine Einschränkung der
9 Staatsausgaben, eine Minderung der Kaufkraft der Bevölkerung und
10 Beschäftigungsabbau kann keine Wirtschaft der Welt stabilisiert werden. Vielmehr
11 braucht es einen Schuldenschnitt, insbesondere für Griechenland und gegebenenfalls
12 auch für weitere südeuropäische Länder, ein vernünftiges Förderungsprogramm und ein
13 solidarisches Europa.
 - 14 • Umverteilung durch Steuern! Wenn Unternehmen nicht gewillt sind, die
15 Primärverteilung durch Zahlung höherer Löhne zu verändern, muss der Staat die
16 Schieflage der Verteilung durch eine Änderung der Sekundärverteilung korrigieren.
17 Eine höhere Vermögensbesteuerung sowie der Ausbau des Lohnsteuersatzes für
18 HochverdienerInnen stellen Mittel bereit, um die Kaufkraft der NormalverbraucherInnen
19 durch Sozialleistungen zu erhöhen.
20
- 21 angenommen abgelehnt überwiesen an

22

1 [1<http://ec.europa.eu/eurostat/inflation-dashboard/>2[http://de.statista.com/infografik/2410/harmonisierte-verbraucherpreise-in-der-](http://de.statista.com/infografik/2410/harmonisierte-verbraucherpreise-in-der-eurozone/)
2 eurozone/3[http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156285/umfrage/entwicklung-der-inflationsrate-in-der-eu-und-der-](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156285/umfrage/entwicklung-der-inflationsrate-in-der-eu-und-der-eurozone/)
3 eurozone/4<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-laendern-der-eu-monatswerte/>5Daten:
4 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaefit-seit-1999/> ,
5 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201209/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-die-spitzenrefinanzierungsfazilitaet-seit-1999/> ,
6 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201162/umfrage/entwicklung-des-ezb-zinssatzes-fuer-die-einlagefazilitaet-seit-1999/>
7 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/243509/umfrage/volumen-der-offenmarktgeschaefte-der-ezb/>Z<http://www.flassbeck->
8 economics.de/die-ezb-senkt-die-zinsen-eine-richtige-entscheidung-aber-keine-loesung-fuer-die-eurokrise/]
9

1 Jusos Unterfranken

2 An Juso Bundeskonferenz, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD
3 Bundestagsfraktion, SPE Fraktion

4 F 4 Freihandel unter Bedingungen

5 Forderung:

6 Wir fordern alle Entscheidungsträger von TTIP und CETA auf, einem Abkommen nicht
7 zuzustimmen, wenn die Forderungen des Positionspapiers zwischen dem SPD Bundesvorstand
8 und dem DGB nicht vollständig erfüllt sind.

9 Begründung:

10 Durch eine Intransparenz und durch viele gegenteilige Äußerungen, ist der Großteil der
11 Bevölkerung verunsichert, in wie weit die Freihandelsabkommen eine wirkliche Verbesserung
12 unserer Lebensstandards herstellen. Wir als Jusos sehen uns auch in der Pflicht, darauf
13 hinzuwirken, dass ein Abkommen nur unter bestimmten Voraussetzungen abgeschlossen
14 werden kann, die Schlupflöcher für Firmen, die unserer Gesellschaft schaden, verhindern.
15 Intransparenz ist nur nötig, wenn man etwas zu verheimlichen hat und dies sorgt für viel
16 Unmut.

17 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberbayern

2 An Landesgruppe der BayernSPD im deutschen Bundestag

3 F 5 Für sinnvolle Ausnahmeregeln im Vermögensanlagengesetz
4 (VermAnlG)

5 Zur geplanten Änderung des Gesetzes über Vermögensanlagen (Vermögensanlagengesetz -
6 VermAnlG) insbes. § 2b

7

8 Mit den geplanten Gesetzänderungen zum Kleinanlegerschutz bedroht die Bundesregierung
9 die Existenzgrundlage von vielen solidarisch wirtschaftenden Initiativen wie selbstverwalteten
10 Wohnprojekten, Bürgerenergieprojekten, freien Schulen und Quartiersläden. Um zu
11 verhindern, dass viele selbstorganisierte Bürgerprojekte mit sozialer Zielsetzung, die teilweise
12 seit Jahrzehnten solide wirtschaften, zum sinnlosen Kollateralschaden einer nicht ausgereiften
13 Gesetzinitiative werden, möchten wir Jusos Oberbayern uns dafür einsetzen.

14

15 Das Gesetzesvorhaben wurde mit durchaus sehr guten Absichten auf den Weg gebracht.
16 KleinanlegerInnen sollen zukünftig besser vor unseriösen und betrügerischen Geldanlagen
17 geschützt werden. Die Umsetzung dieses Ziels bedeutet aber für sämtliche solidarisch
18 finanzierten Klein- und Kleinstprojekte eine massive Verschlechterung, im schlimmsten Fall gar
19 das Aus. Diese benötigen fast immer viele kleine, sogenannte Direktkredite (=
20 Nachrangdarlehen) von Privatpersonen, um ihre Vorhaben zu finanzieren. Diese Kredite
21 dienen den Projekten als Eigenkapitalersatz, da sie im Fall einer Pleite nur 'nachrangig' - also
22 erst nach allen anderen Verbindlichkeiten - bedient werden. Genau dieses Einwerben und
23 Annehmen von Nachrangdarlehen soll extrem erschwert werden.

24

25 Als Reaktion auf jüngere Vorfälle, in denen Kleinanleger_innen teils erhebliche finanzielle
26 Schäden entstanden, will die Bundesregierung den Schutz von Kleinanleger_innen vor
27 unseriösen Anbietern erhöhen – u.a. sollen Nachrangdarlehen zukünftig unter das
28 Vermögensanlagengesetz fallen. Das Ziel der Bundesregierung ist absolut unterstützenswert,
29 allein bei der Umsetzung muss dringend nachgebessert werden. So fordert das
30 Vermögensanlagengesetz u.a. von Anbietern von Geldanlagen, ein Verkaufsprospekt
31 bereitzustellen. Da Verkaufsprospekte professionell erstellt werden müssen und zusätzlich
32 Gebühren für die Hinterlegung bei der BaFin anfallen, kämen Kosten bis zu 50000€ auf die
33 Projekte zu, welche sie schlichtweg nicht finanzieren könnten. Die Gesetzänderungen würden
34 also kleine gemeinnützige Unternehmen unverhältnismäßig hart treffen. Große Anbieter
35 verfügen in der Regel bereits über ein Verkaufsprospekt – was deren Kleinanleger_innen
36 dennoch oft nicht schützt bzw. geschützt hat.

37

38 Da die Erkenntnis, dass man durch das geplante Gesetz mit Kanonen auf Spatzen schießt, an
39 verschiedenen Stellen Gehör fand, wurde im Entwurf vom 10.11.2014 der § 2b eingefügt.

1 Dieser sieht zwar Ausnahmen für soziale und gemeinwohlorientierte Projekte vor - diese
2 reichen jedoch bei weitem nicht aus und wirken teilweise sogar verschärfend. Ein sinnvolles
3 Wirtschaften für kleine Projekte und die Gründung von neuen Initiativen ist mit den
4 Bedingungen des § 2b nicht möglich.
5

6 Deshalb fordern wir eine Überarbeitung des § 2b des Gesetzentwurfs mit folgenden
7 Schwerpunkten:
8

- 9 1. Erweiterung der erlaubten Gesellschaftsformen und Streichung des Zusatzes „deren
10 Gesellschafter eingetragene Vereine sind“, damit auch andere Arten von sozialen und
11 gemeinwohlorientierten Projekten von den Ausnahmeregelungen profitieren.
- 12 2. Anhebung der maximal zulässigen Zinshöhe auf 2 Prozent. Eine Orientierung der
13 Verzinsung von Nachrangdarlehen an gesetzlich besonders abgesicherten
14 Hypothekendarlehen (derzeit 0,1%), ist absolut unverhältnismäßig.
- 15 3. Anhebung der Grenze von 1 Mio. Euro Direktkreditvolumen, damit auch größere
16 gemeinwohlorientierte Bau- und Wohnprojekte von der Ausnahmeregelung profitieren können.
- 17 4. Ausnahme von den Werbebeschränkungen des § 12, damit auch weiterhin mit Flyern,
18 Infoständen und über das Internet für Nachrangdarlehen geworben werden darf.

19
20 Wir befürworten die Absicht der Bundesregierung, Kleinanleger_innen vor betrügerischen
21 Angeboten von Vermögensanlagen zu schützen. Jedoch sehen wir die Existenz sozialer und
22 gemeinwohlorientierter Projekte und die Neugründung von Initiativen durch den Gesetzentwurf
23 auch mit dem eingefügten § 2b bedroht. Bürgerschaftliche, gemeinwohlorientierte Initiativen
24 und Projekte des selbstverwalteten sozialen / genossenschaftlichen Wohnungsbaus müssen
25 und können von gewinnorientierten Unternehmen abgegrenzt werden und benötigen die oben
26 genannten Ausnahmeregelungen.

27 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 F 6 Für die Etablierung einer Vermögenssteuer!

4 Deutschland steht auch bei der Finanzierung des Gemeinwesens vor großen
5 Herausforderungen: So ist einerseits auch aus Gründen der Generationengerechtigkeit die
6 Staatsverschuldung abzubauen, aber auf der anderen Seite vor allem in Bildung und
7 Infrastruktur zu investieren. Für kurzfristige Steuersenkungen ist hier kein Raum.

8 Vielmehr gelten auch hier nach wie vor die Ausführungen unseres Wahlprogramms:

- 9 • Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige
10 Steuern für wenige.
- 11 • Die Lasten für unser Gemeinwesen müssen wieder fairer verteilt werden.

12 Nie waren wenige Menschen in Deutschland wohlhabender, und nie haben sie geringere
13 Beiträge zum Gemeinwohl tragen müssen. Noch nie war die Schere zwischen Arm und Reich
14 so groß wie in diesen Zeiten. Noch nie mussten Vermögende der Gesellschaft, die ihnen den
15 Reichtum ermöglicht hat, so wenig zurückgeben wie heute. Das muss sich ändern. Wir
16 brauchen daher eine Neuverteilung der Gemeinwohllasten, ebenso wie eine gerechte
17 Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengungen müssen
18 wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.

19 Wir fordern daher:

20 Die unverzügliche Etablierung einer Vermögenssteuer zur Finanzierung unseres
21 Gemeinwesens! Diese soll vorrangig private Sachanlagen und Kapitalanlagen betreffen,
22 gebundenes Vermögen. Das in kleine und mittelständische Unternehmen investiert ist soll
23 bevorzugt behandelt werden.

24 Eine wirksame und hohe Kapitalertragsteuer ist zwingend notwendig, um die extreme
25 Kapitalakkumulation bei einzelnen in unserer Gesellschaft zu beenden.

26 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 F 7 Nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch Exportexpansion 4 gewährleisten

5

6 Deutschland gehört zu den weltweit größten Exporteuren. Da viele Abnahmeländer deutscher
7 Exporte im Euroraum nicht ihre eigene Währung abwerten können, um ihre komparativen
8 Nachteile auszugleichen und die Importe aus Deutschland zu substituieren, nimmt ihre eigene
9 Wirtschaft Schaden, sinkt die Stabilität der Währungsunion und vergrößert sich die Schere
10 zwischen Arm und Reich in Europa. In Zukunft werden die Bewohner_innen dieser Länder nicht
11 in der Lage sein, weitere Exporte aus Deutschland in der gleichen Menge abzunehmen, da kein
12 Land dauerhaft mehr importieren als exportieren kann. Ein Rückgang der Exporte gefährdet
13 jedoch das Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsniveau in Deutschland. Gleichzeitig
14 bedeutet ein Exportüberschuss, dass mehr Waren und Dienstleistungen erzeugt als verbraucht
15 werden, die Menschen also Konsumverzicht üben. Dieser kann nur durch geostrategische
16 Interessen gerechtfertigt werden.

17 Da die Anhebung der Lohnstückkosten in Deutschland durch höhere Löhne, geringe
18 Wochenarbeitszeiten, mehr Urlaub oder die Streichung von Subventionen derzeit politisch
19 nicht durchsetzbar ist, gilt es den Außenhandel weiter zu entwickeln. So exportierte die Erde
20 2013 insgesamt Waren und Dienstleistungen im Wert von 18,71 Billionen Dollar und
21 importiert diese zum Wert von 18,36 Billionen Dollar. Wo Skeptiker_innen noch auf ungenaue
22 Angaben oder die zeitliche Differenz zwischen Abfahrt und Ankunft von Warenströmen
23 hinweisen, sollte klar sein, dass angesichts dieser Größenordnungen die Außenhandelsbilanz
24 der Erde positiv ist. Einige Waren werden also formal nach Land A exportiert, kommen aber
25 nie dort an. Wohin verschwinden sie also und wer bezahlt sie?

26 Um dieser Frage nachzugehen, wurden 2005 die Abteilungen VI I B1 bis VI I B5 des
27 Forschungsministeriums dem Wirtschaftsministerium zugeordnet. Damit sitzen die zuständigen
28 Expert_innen für Luft- und Raumfahrt neben jenen für Außenhandel. Da die Ausdehnung des
29 Universums nach gängiger Lehrmeinung unentwegt zunimmt, ist auch eine nachhaltige
30 Wachstumsstrategie durch Exportexpansion so möglich. Der deutsch-französische Sender Arte
31 strahlte etwa am 30. September 2006 die 160 minütige Kultursendung „CosmicConnexion“
32 nicht nur auf der Erde aus, sondern mittels Parabolantenne auch zum Planeten Y Cephei ab.
33 Die Mikrowellen der Sendung werden 2051 dort eintreffen. Die häufigen Ufo-Sichtungen über
34 Belgien in den 1990er Jahren deuten zudem auf eine hohe Beliebtheit belgischer Schokolade
35 in der Milchstraßengalaxie hin.

36 Deshalb fordern wir:

- 1 • Erhebung von hohen Zöllen auf außerirdische Produkte durch die
2 Welthandelsorganisation, um während der technologischen Aufholphase nicht durch
3 externe Konkurrenz wirtschaftlichen Schaden zu erleiden
- 4 • Schaffung eines Importverbots für außerirdische Waffen, um einer Selbstzerstörung der
5 Erde vorzubeugen. Außerdem Schaffung eines Exportverbots für irdische Waffen.
- 6 • Fokussierung der Wirtschaft auf die Herstellung von arbeitsintensiven Kulturgütern, da
7 der Vorsprung im Produktionsstandard weltraumreisender Akteure auf anderen
8 Gebieten zu groß ist
- 9 • Erwerb und Nachbau in Lizenz der notwendigen Elektrogravitationsantriebe für lange
10 Weltraumreisen, aus den im Handel freiwerdenden Devisen, um nicht weiterhin auf
11 interplanetare Zwischenhändler_innen angewiesen zu sein. (Schon das nächstgelegene
12 Sonnensystem Alpha Centauri ist 4,34 Lichtjahre entfernt.)
- 13 • Aufbau von Lehranstalten für intergalaktisch bedeutende Sprachen wie aldebaranisch,
14 minbari und arkonidisch analog dem seit 1992 bestehenden klingonischen
15 Sprachinstitut in Flouertown (USA)
- 16 • Vermeidung von Verhandlungen über Freihandelsabkommen, um nicht in die Lage zu
17 geraten Umwelt- oder Sozialstandards senken zu müssen oder ansonsten von geheim
18 tagenden außerirdischen Schiedsgerichten ohne Anfechtungsmöglichkeit zur Zahlung
19 unanständig hoher Summen von Devisen oder Sklaven gezwungen zu werden
- 20 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Innenpolitik und Europa

2 Jusos Unterfranken

3 An Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag
4 Deutschland

5 I 1 Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD 6 und Co.

7 Seit einigen Wochen ziehen nun schon Demonstrationen unter dem Namen PEGIDA
8 („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) durch einige Städte in
9 Deutschland, demonstrieren gegen eine angebliche Überfremdung, insbesondere durch den
10 Islam, und verbreiten menschenverachtende Parolen. In Bayern ist insbesondere Würzburg von
11 den Aufmärschen betroffen. Dort demonstrieren Bürgerinnen und Bürger Seite an Seite mit
12 bekannten RechtsextremistInnen und Neonazis, die auf den Kundgebungen gegen Menschen
13 mit Migrationshintergrund und AsylbewerberInnen hetzen und zu Widerstand gegen „die
14 Politik“ aufrufen.

15 Gleichzeitig zeigt der Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in drei Landesparlamente
16 und das Europaparlament, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger von rechtspopulistischen
17 Parolen einfangen lassen.

18 Widerstand ist daher aus unserer Sicht geboten! Wir stellen uns entschieden gegen
19 Rechtspopulismus und Neofaschismus und an die Seite von MuslimInnen, deren Religion durch
20 die Demonstrationen unter Generalverdacht gestellt wird, und AsylbewerberInnen, deren
21 Menschenrecht auf Asyl von diesen Menschen nicht anerkannt, sondern mit Füßen getreten
22 wird. Wir stehen ein für eine pluralistische Gesellschaft, die allen Menschen ein gutes Leben
23 bietet.

24 Konsequente Isolation von PEGIDA durch alle DemokratInnen

25 Es ist aus unserer Sicht unabdingbar, dass die PEGIDA- AnhängerInnen von allen
26 demokratischen Parteien und PolitikerInnen konsequent politisch isoliert werden. Es darf kein
27 Verständnis für menschenfeindliche Parolen und Überfremdungssemantiken geben! Die
28 vermeintlichen Ängste der DemonstrantInnen ernst zu nehmen bedeutet sie zu legitimieren. Aus
29 unserer Sicht müssen alle DemokratInnen klar machen: Wir stehen für eine offene Gesellschaft,
30 Rechtspopulismus hat bei uns keinen Platz! Die Tatsache, dass in beinahe allen von PEGIDA
31 betroffenen Städten, die GegendemonstrantInnen in der überwältigenden Überzahl sind, und
32 das sogar in vielen Städten, in denen bisher keine rechtspopulistischen Bündnisse Erfolg
33 verbuchen konnten, große Demonstrationen für Solidarität mit Flüchtlingen und eine offene
34 Gesellschaft abgehalten wurden, zeigt für uns, dass PEGIDA und Konsorten eben nicht die
35 „schweigende Mehrheit“ unseres Landes repräsentieren. Jetzt auf deren Forderungen
36 einzugehen, über die Verschärfung des Asylrechts oder die vermeintliche „Überfremdung“

1 Deutschlands zu diskutieren, hieße aus unserer Sicht, dem Willen einer rückwärtsgewandten,
2 fremdenfeindlichen Minderheit nachzugeben.

3 Klare Kante gegen rassistische Äußerungen aus etablierten Parteien

4 Auch unsere Koalitionspartner auf Bundesebene befeuern die Proteste von PEGIDA.
5 Forderungen wie die nach der Verschärfung des Asylrechts des ehemaligen Innenminister
6 Friedrich oder Sätze wie „Wer betrügt, der fliegt“ sind Wasser auf den Mühlen der
7 RechtspopulistInnen. Wir fordern die SPD auf, sich von diesen Äußerungen der CSU zu
8 distanzieren und sich deutlich von den Koalitionspartnern abzugrenzen, wenn dies notwendig
9 ist. Parteien, die bewusst durch rechtspopulistische Parolen auf Stimmenfang gehen, sollten
10 nicht als mögliche Koalitionspartner in Betracht gezogen werden.

11 Für ein menschenwürdiges Asylrecht und eine offene Gesellschaft

12 Wir als SozialdemokratInnen dürfen nicht von der Forderung nach einer menschwürdigen
13 Asylpolitik abrücken. Jeder Mensch hat das Recht auf ein besseres, ein menschenwürdiges
14 Leben. Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen und aus Not zu uns kommen, müssen hier
15 mit offenen Armen empfangen werden. Eine Verschärfung des Asylrechts lehnen wir vehement
16 ab!

17 Das Recht auf Asyl ist für uns ein Ausdruck internationaler Solidarität, die Freizügigkeit aller
18 Menschen ein Menschenrecht. Wir dürfen nicht den Fehler begehen, EinwanderInnen nach
19 ihrem wirtschaftlichen Nutzen zu beurteilen. Eine offene Gesellschaft ist für uns ein Ziel und ein
20 Wert an sich, der nicht kapitalistischer Verwertungslogik unterzogen werden darf. Eine – auch
21 in Teilen unserer Partei zu beobachtende – Unterscheidung in „nützliche“ und „unnütze“
22 MigrantInnen lehnen wir entschieden ab!

23 Abstiegsängste entstehen aus sozialer Ungleichheit – Umverteilung jetzt!

24 Sozialdemokratisch denken heißt auch, Probleme an ihrer Wurzel zu packen und zu beheben.
25 Dass so viele Menschen sich in den Bann von PEGIDA ziehen lassen und an vermeintlich
26 einfache Lösungen für ihre Probleme glauben, kann aus unserer Sicht nicht an der (in geringem
27 Maße) steigenden Zuwanderung nach Deutschland liegen. Vielmehr muss der Fokus auf der in
28 den letzten Jahrzehnten zunehmenden sozialen Ungleichheit in unserer Gesellschaft liegen.
29 Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich und besonders die durch den massiven
30 Abbau der Sozialsysteme konkret gewordene Abstiegsangst weiter Teile der Gesellschaft spielt
31 PEGIDA und anderen RechtspopulistInnen in die Hände. Es ist die persönliche Angst
32 abgehängt zu werden und den eigenen gesellschaftlichen Status zu verlieren, die sich vielfach
33 auf „das Fremde“ projizieren lässt. Gerade jetzt müssen wir als SPD deshalb zu unseren
34 Forderungen nach Steuergerechtigkeit und Umverteilung stehen. Gerade jetzt müssen wir den
35 Kahlschlag der Sozialsystem rückgängig machen. Gerade jetzt müssen wir deutlich machen:
36 Wir wollen eine gerechte Gesellschaft mit Perspektiven für alle Menschen!

1 Wir SozialdemokratInnen stehen für eine pluralistische, offene und gerechte Gesellschaft, die
2 allen Menschen ein gutes Leben bietet – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem religiösen
3 Hintergrund.

4 angenommen abgelehnt überwiesen an

5

1 Landesvorstand

2 Juso Bundesvorstand, BayernSPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD
3 Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

4

5 I 2 Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und 6 der EU

7

8 Die Jusos Bayern lehnen die sogenannte Vorratsdatenspeicherung, d.h. anlasslose und
9 massenhafte Speicherung von Telekommunikations- und Verbindungsdaten als einen
10 unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre und die informationelle Selbstbestimmung ab. Die
11 Vorratsdatenspeicherung widerspricht dem sozialdemokratischen Verständnis eines offenen,
12 demokratischen Staates, in dem die Freiheit und Privatsphäre jedes Einzelnen angemessen
13 gewahrt wird.

14 Das Bundesverfassungsgericht erklärte die deutsche Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG
15 über die Vorratsdatenspeicherung wegen ihrer Speichervorschriften bereits 2010 für
16 verfassungswidrig.

17 Im April 2014 hat schließlich auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Richtlinie für
18 ungültig und nichtig erklärt, weil sie einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte auf
19 Privatsphäre und Datenschutz bedeutet. In seiner Beurteilung geht der EuGH deutlich über die
20 Bewertung des Bundesverfassungsgerichts hinaus, in dem er u.a. kritisiert

21 1. dass nahezu die gesamte Europäische Bevölkerung bei der Speicherung erfasst wird
22 „ohne dass sich jedoch die Personen, deren Daten auf Vorrat gespeichert werden,
23 auch nur mittelbar in einer Lage befinden, die Anlass zur Strafverfolgung geben
24 könnte“²

25 2. die Vorratsdatenspeicherung verlange „keinen Zusammenhang zwischen den Daten,
26 deren Vorratsspeicherung vorgesehen ist, und einer Bedrohung der öffentlichen
27 Sicherheit; insbesondere beschränkt sie die Vorratsspeicherung weder auf die Daten
28 eines bestimmten Zeitraums und/oder eines bestimmten geografischen Gebiets
29 und/oder eines bestimmten Personenkreises, der in irgendeiner Weise in eine schwere
30 Straftat verwickelt sein könnte, noch auf Personen, deren auf Vorrat gespeicherte Daten
31 aus anderen Gründen zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung schwerer Straftaten
32 beitragen könnten“³

33 Damit erteilt der EuGH einer anlasslosen, umfassenden Speicherung von Daten auf Vorrat eine
34 klare Absage. Nicht ausgeschlossen bleibt lediglich eine auf Verdacht beruhende, gezielte und
35 begrenzte Speicherung von Daten. Dies entspricht eher dem "Quick Freeze"-Modell, wonach

² Urteil des EuGH zur Richtlinie 2006/24/EG vom 8.4.2014, Zeile 58

³ Urteil des EuGH zur Richtlinie 2006/24/EG vom 8.4.2014, Zeile 59
Quelle für das Urteil: Homepage der EuGH curia.europa.eu

1 auf gerichtliche Anordnung bei Vorliegen bestimmter Verdachtsmomente für eine schwere
2 Straftat relevante Daten für begrenzte Zeit gespeichert bleiben dürfen.

3 Die Diskussionen innerhalb der SPD zeigten in der Vergangenheit auch, dass die Debatte über
4 die Vorratsdatenspeicherung noch nicht beendet wurde. Wobei die Jusos immer wieder klare
5 Stellung gegen die VDS bezogen haben, wie bereits 2012 in dem Leitantrag, des Juso-
6 Bundesverbandes, zum Thema „Die solidarische digitale Gesellschaft.“ oder wie auch bereits
7 von uns, Jusos-Bayern, dies in der Vergangenheit abgelehnt wurde. Im SPD Parteikonvent
8 2014 wurde beim Einrichtungsbeschluss für den digitalen Programmbeirat ebenfalls eine
9 Formulierung gegen die Vorratsdatenspeicherung gewählt. Dies relativiert den
10 Bundesparteitagsbeschluss 2011, welcher die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung als
11 Umsetzung der EU-Richtlinie (ähnlich wie im Koalitionsvertrag) forderte. Des Weiteren weisen
12 wir auf den Antrag des SPD-Bundesparteitags 2009 hin, der unter anderem die Stärkung des
13 bürgerlichen Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, ein Verbot der Weitergabe
14 von Daten an staatliche Institutionen und die Abschaffung der EU-Richtlinie zur
15 Vorratsdatenspeicherung fordert.

16

17 Unsere Partei, die Freiheit zu ihren Grundrechten zählt kann nicht ernsthaft weiter an einem
18 Konzept wie der Vorratsdatenspeicherung festhalten und Angesichts der eindeutigen
19 juristischen Beurteilung ist die Zeit gekommen, die Vorratsdatenspeicherung auch politisch
20 entsprechend zu bewerten und sie nicht länger als Ziel zu verfolgen, sondern neue,
21 sozialdemokratische Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

22

23 Wir, die Jusos Bayern, sprechen uns daher eindeutig gegen eine Fortführung der politischen
24 Bemühungen zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in der Bundesrepublik
25 Deutschland, der EU und ihren Mitgliedsstaaten aus.

26

27 Wir fordern den Juso Bundeskongress und Bundesvorstand, die sozialdemokratischen
28 Innenminister der Länder, die Bundes-SPD, die Mitglieder der SPD-Bundestags- und
29 Landtagsfraktionen, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die
30 sozialdemokratischen Abgeordneten der S&D- Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich
31 diesem Ziel anzuschließen.

32

33 angenommen abgelehnt überwiesen an

34

35

1 Jusos Oberbayern

2 An SPD Fraktion im deutschen Bundestag, Parteivorstand der SPD

3 I 3 Vorratsdatenspeicherung bleibt falsch!

4 Nach den Äußerungen des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel im „Interview der Woche“ des
5 Deutschlandfunks¹ sehen wir uns gezwungen die dort in Bezug auf die
6 Vorratsdatenspeicherung getroffenen Aussagen erneut vehement abzulehnen!

7 Die Vorratsdatenspeicherung ist und bleibt ein Mittel der Unterdrückung, dass unzählige
8 Bürgerinnen und Bürger verdachtslos der Überwachung unterwirft und somit und
9 unverhältnismäßig in deren Privatsphäre eingreift. Diese Position vertreten wir Jusos seit Jahren,
10 zuletzt bekräftigt wurde sie auf dem Bundeskongress 2014 in Bielefeld².

11 Der Koalitionsvertrag³ stellt hierzu klar, dass „wir [...] die EU-Richtlinie über den Abruf und die
12 Nutzung von Telekommunikationsverbindungsdaten umsetzen“ werden.

13 Nach den äußerst kritischen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und des ebenfalls im
14 Koalitionsvertrag benannten europäischen Gerichtshofes liegt eine solche Richtlinie nicht vor
15 und es ist deshalb nicht nachvollziehbar warum zum jetzigen Zeitpunkt über eine
16 Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung diskutiert wird.

17 Ein deutscher Alleingang in diesem Punkt ist nach unserer Ansicht zu vermeiden. Vielmehr
18 sollte die SPD aus der Vergangenheit gelernt haben und sich Vehement gegen die
19 Vorratsspeicherung zur Wehr setzen!

20 Auch die Behauptung, die Vorratsdatenspeicherung hätte bei dem verachtenswerten Angriff
21 des rechtsradikalen Mörders Anders Breivik auf unsere Genossinnen und Genossen in
22 Norwegen zur Aufklärung beigetragen ist verwerflich. Norwegen hatte zu diesem Zeitpunkt
23 zwar einen Parlamentsbeschluss der die Einführung der Vorratsdatenspeicherung vorsah,
24 dieser war aber offenbar noch nicht umgesetzt⁴.

25 Deshalb fordern wir: Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD sollen sich dafür
26 einsetzen das eine Vorratsdatenspeicherung nicht und schon gar nicht im Alleingang
27 umgesetzt wird.

28 Wir Jusos in Oberbayern bekennen uns weiterhin zu unserer vehementen Ablehnung dieser
29 gegenüber!

30 ¹Transkript (in Auszügen) online im Internet unter URL [https://netzpolitik.org/2015/spd-chef-sigmar-gabriel-fordert-](https://netzpolitik.org/2015/spd-chef-sigmar-gabriel-fordert-wiedereinfuehrung-der-vorratsdatenspeicherung/)
31 [wiedereinfuehrung-der-vorratsdatenspeicherung/](https://netzpolitik.org/2015/spd-chef-sigmar-gabriel-fordert-wiedereinfuehrung-der-vorratsdatenspeicherung/) (Abgerufen am 15.3.2015)

32 ²Juso Bundeskongress 2014, Beschluss N1 „Die digitale Gesellschaft gestalten – frei und solidarisch!“ -
33 http://www.jusos.de/sites/default/files/beschlussbuch_buko_2014.pdf (Abgerufen am 15.3.2015)

- 1 [3http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-kolitionsvertrag.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-kolitionsvertrag.pdf) (Abgerufen am 15.3.2015)
- 2 [4https://www.regjeringen.no/nb/aktuelt/horing-om-kostnadsfordelingsmodell-for-d/id725272/](https://www.regjeringen.no/nb/aktuelt/horing-om-kostnadsfordelingsmodell-for-d/id725272/) (Abgerufen am 15.3.2015)
- 3
- 4 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberbayern

2 I 4 Entwicklung eines Konzepts zum Datenschutz

3 Antrag:

4 Die Bundes-SPD wird aufgefordert ein Konzept zu entwickeln und daraus entsprechende
5 Maßnahmen abzuleiten um den Datenschutz innerhalb der Partei aber auch insbesondere in
6 sensiblen Bereich, wie den Bundestags- und Landtagsfraktionen und den Abgeordneten-Büros
7 im höchst möglichen Maße abzusichern.

8 Begründung:

9 Die Enthüllungen der letzten Monate zeigen, dass es keine Sicherheit gibt, wessen Daten
10 abgegriffen und wessen Daten nicht abgegriffen werden. Das Stichwort hier ist
11 verdachtsunabhängige Datenerhebung. Somit besteht hier dringender Handlungsbedarf von
12 Seiten der Bundes-SPD entsprechende Maßnahmen einzuleiten um insbesondere die sensiblen
13 Bereiche innerhalb der Parteistruktur (Fraktionen, Abgeordneten-Büros) zu schützen. Dem
14 einzelnen Abgeordneten fehlt oftmals das Fachwissen um die elektronischen Daten und den
15 Datenverkehr im ausreichenden Maße zu schützen. Diese Lücke muss durch ein zentrales
16 Konzept von Seiten der Bundes-SPD geschlossen werden und die Abgeordneten damit im
17 bestmöglichen Maße in ihrer Arbeit unterstützt werden.

18

19 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion

3 I 5 Antrag

4 Die Bayern SPD möge sich für die verbindliche Umsetzung der Maßnahmen einsetzen, wie
5 diese auf dem Asylgipfel beschlossen wurden. Dabei haben die Schaffung weiterer
6 Erstaufnahmeeinrichtungen wie auch die umfangreiche Sozialbetreuung für alle Flüchtlinge und
7 Asylsuchende oberste Priorität.

8 Begründung:

9 Die Asyl- und Flüchtlingspolitik der bayerischen Landesregierung wird seit vielen Jahren von
10 einem unausgesprochenen Leitsatz geprägt: Wer Hilfe braucht ist in Bayern nicht willkommen.
11 Es ist zynisch und verlogen wenn jetzt Vertreter der CSU vor überfüllten
12 Erstaufnahmeeinrichtungen und provisorischen Zeltlagern medienwirksam stehen und plötzlich
13 so dermaßen von ihren christlich-sozialen Werten überrumpelt werden, dass die
14 Krokodilstränen nur so fließen. Es ist der völlig misslungenen und menschenfeindlichen
15 Asylpolitik ihrer Partei, die diese inakzeptable Situation überhaupt erst herbeigeführt hat. Seit
16 Jahren weisen die Oppositionsparteien und Trägerverbände auf den dringenden
17 Handlungsbedarf hin. Immerhin hat Ministerpräsident Seehofer in einer persönlichen
18 „Sternstunde“ nun auch das Offensichtliche gesehen. Auf dem sogenannten Asylgipfel konnten
19 wenigstens die dringendsten Probleme erörtert werden. Die bayerische Landesregierung hat
20 nun mal die wichtigsten Themen erkannt und lobt sich auch Besserung. Eine verbindliche
21 Verpflichtung zur Einhaltung der Ziele bleibt jedoch aus. Heiße Luft aus dem Maximilianeum
22 wird aber nicht ausreichen, um die Flüchtlingszelte im Winter zu beheizen. Es ist daher
23 zwingend notwendig, die bayerische Landesregierung schnellstmöglich zur Umsetzung der
24 Ziele des Asylgipfels zu verpflichten.

25

26 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberbayern

2 I 6 Europa: Festungen niederreißen und Brücken bauen!

3 Begründung: Laut den Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) haben
4 allein von Januar bis September 2014 3072 Flüchtlinge bei dem Versuch das Mittelmeer nach
5 Europa zu überqueren ihr Leben gelassen. Das sind 75,4% der offiziell registrierten
6 Flüchtlingstode in diesem Jahr. Flüchtlingsorganisationen sprechen von bis zu 25000 Toten seit
7 1990. Die Antwort der europäischen Staaten war zu allererst die Überwachung der Grenzen
8 mit der 2004 geschaffenen Agentur Frontex zu stärken und damit die Mauern der Festung
9 Europa noch höher zu bauen. Erst Initiativen, wie die Operation „Mare Nostrum“ der
10 italienischen Marine wurden Programme aufgelegt, die darauf ausgelegt waren, Flüchtlingen
11 in erster Linie zu helfen. Als dann die zeitlich begrenzte Operation „Mare Nostrum“
12 auszulaufen drohte, wurde das europäische Projekt „Triton“ mit demselben Ziel aufgelegt. Das
13 Budget von „Triton“ von 2,9 Millionen Euro pro Monat ist im Vergleich zu den 9 Millionen
14 Euro für „Mare Nostrum“ als unzureichend zu bezeichnen. Zum weiteren Vergleich: Während
15 „Mare Nostrum“ Schiffe, Hubschrauber, Personal und Technik von der italienischen Marine
16 sowie Küstenwache erhielt und bis in die libyschen Gewässer Rettungsaktionen vornahm, wird
17 „Triton“ kein eigenes Gerät zur Verfügung haben und muss sich dieses von den
18 Mitgliedsstaaten ausleihen. Ebenso wird sich das Operationsgebiet auf die Nähe der
19 italienischen Küste eingeschränkt. Im Fokus werden die Pelagischen Inseln, die Gewässer
20 entlang der südöstlichen Küste Siziliens, sowie nahe Apuliens und Kalabriens, wodurch Teile
21 der Ionischen See und der Adria abgedeckt werden, stehen. Triton wird in der Regel also nur
22 bis etwa 30 Seemeilen vor der italienischen Küste und vor Lampedusa patrouillieren. Diese
23 Operation wird dabei zum Schutz und zur Überwachung der Außengrenzen ausgerichtet sein,
24 die auch Kapazitäten zur Seenotrettung hat. Aus unserer Sicht ist sowohl die Finanzierung,
25 Ausstattung, aber auch die Zielsetzung der neuen Operation „Triton“ unzureichend und am
26 Ziel vorbei gestaltet.

27
28 Antrag: Um die schlimmsten Auswüchse dieser Politik zumindest abzumildern, fordern wir Jusos
29 neben der sofortigen Auflösung von Frontex und die Übertragung sämtlicher Mittel, Infrastruktur
30 und des Personals an die neue Mission Triton, die den Operationszielen von „Mare Nostrum“
31 nachempfunden ist und deren Einsatzraum auf das gesamte Gebiet des Mittelmeers und des
32 als Flüchtlingsroute genutzten Atlantiks ausgeweitet wird. Ferner ist eine dem Europäischen
33 Parlament unterstellte Behörde einzurichten, die mit den nötigen Ressourcen in Form von
34 Personal, Material und einem Budget angemessen auszustatten ist, um zusätzlich zur
35 langfristigen Übernahme der Aufgabe der Operation „Triton“ auch die Aufgaben der
36 Nachbarschaftszusammenarbeit sowie der Entwicklungszusammenarbeit aktiv zu gestalten.
37 Die Arbeit der Behörde ist durch das Europäische Parlament zu begleiten und zu überwachen.

38 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Mittelfranken
- 2 An Juso- Bundeskongress, SPD Bayern, SPD-Bundesparteitag

3 | 7 Flächendeckende muslimische Gefangenenseelsorge

4
5 Antrag: Stand Februar 2015 findet im deutschen Strafvollzug eine Gefangenenseelsorge für
6 Angehörige muslimischer Konfessionen nur in Niedersachsen statt, nachdem das Bundesland
7 Berlin ein entsprechendes Pilotprojekt abgebrochen hat. Eine konfessionelle
8 Gefangenenseelsorge ist jedoch nach § 157 StVollzG Aufgabe des Justizvollzuges. Zwar sieht
9 das Gesetz eine „anderweitige Betreuung“ vor, wenn die geringe Zahl der Angehörigen einer
10 Religionsgemeinschaft eine hauptamtliche Seelsorge nicht rechtfertigt, dies ist jedoch zumindest
11 in den meisten Bundesländern für Muslime längst nicht mehr der Fall.

12
13 Der Anteil muslimisch gläubiger Gefangener an der Gesamtzahl Inhaftierter liegt je nach
14 Bundesland im mittleren ein- bis niedrigen zweistelligen Prozentbereich (Beispiele:
15 Niedersachsen: 8%, Berlin: ca. 20%). Nach Artikel 140 GG ist dabei die Sicherstellung der
16 Gefängnisseelsorge eine gemeinsame Aufgabe des Staates und der betreffenden
17 Religionsgemeinschaften. Da jedoch islamische Glaubensgemeinschaften bisher vereinsmäßig
18 und in Verbandsstrukturen, nicht jedoch übergreifend als Körperschaften öffentlichen Rechts
19 organisiert sind, ergibt sich eine Differenz zur christlichen Gefangenenseelsorge, die durch die
20 großen Konfessionskirchen getragen wird. Für den Staat ergibt sich damit die Schwierigkeit
21 „im Einvernehmen mit den Religionsgemeinschaften“ Seelsorger hauptamtlich (als Beamte auf
22 Lebenszeit) zu ernennen oder im Angestelltenverhältnis im Staatsdienst zu beschäftigen.

23
24 Dies kann jedoch kein dauerhaftes Hindernis für die Bereitstellung einer umfassenden und
25 flächendeckenden Gefängnisseelsorge darstellen. Die Gefangenen muslimischer Konfessionen
26 haben auf eine solche schlicht ein gesetzliches Anrecht.

27
28 Eine zusätzliche Dringlichkeit der Abschaffung dieses Missstandes ergibt sich dabei aus der
29 Auswertung von biographischen Werdegängen islamistischer Gewalttäter (z.B.: Attentäter von
30 Paris und Kopenhagen, westliche Unterstützer des IS und anderer islamistischer
31 Bürgerkriegsparteien im Nahen Osten. Diese lässt den klaren Rückschluss zu, dass die
32 maßgebliche Radikalisierung dieser jungen Menschen sehr häufig im Strafvollzug stattfand.
33 Dabei hatten die der Haftstrafe zugrunde liegenden Straftaten häufig keinerlei religiösen
34 Bezug, vielmehr handelte es sich zuallermeist um Eigentums- und Gewaltdelikte (Diebstahl,
35 Betrug, Körperverletzung, Raub, usw.), die eher in Zusammenhang mit der vorhandenen
36 sozialen Ausgrenzung und persönlichen Perspektivlosigkeit zu sehen sind.

37
38 Junge, von der Gesellschaft desillusionierte Menschen werden dabei unter den Bedingungen
39 einer Freiheitsstrafe leicht zu Opfern einer vermeintlich sinngebenden Hinwendung zu
40 fundamentalistischen Interpretationen von Religionen, die ihnen zur Aufrechterhaltung und
41 Schaffung einer eigenen Identität in Abgrenzung von der als ablehnend empfundenen

1 Mehrheitsgesellschaft dienen. Diese kann sowohl durch Vermittlung über entsprechend
2 indoktrinierte Kontaktpersonen (Mitgefangene) wie auch durch naives Selbststudium religiöser
3 Schriften erfolgen. Eine solche Radikalisierung geht dabei zumeist ohne eine tiefere
4 Auseinandersetzung mit zentralen Glaubensinhalten und entsprechender Wissensaneignung
5 einher. In Gefängnissen routinemäßig ergriffene Maßnahmen wie die Nutzung von Sperrlisten
6 im Internet oder ähnliches können eine Verbreitung entsprechenden Gedankengutes nicht
7 verhindern

8
9 Während andere Staaten wie Frankreich in Reaktion auf die Anschläge in Paris (auf das
10 Satiremagazin „Charlie Hebdo“ und den jüdischen Supermarkt) das Problem durch
11 Sonderhaftanstalten für „islamistische Straftäter“ zu begrenzen versuchen, ist es der vorrangige
12 Auftrag der deutschen Strafgerichtsbarkeit, Häftlinge zu resozialisieren und auf eine Rückkehr
13 in die Gesellschaft vorzubereiten.

14
15 Gerade angesichts der Tatsache, dass wirklich lebenslange Haftstrafen kaum ausgesprochen
16 und erst recht nicht „nachträglich“ bei im Justizvollzug erfolgter Radikalisierung verhängt
17 werden können (und die personellen Ressourcen einer Dauerüberwachung mutmaßlicher
18 „Gefährder“ durch Polizei- und Geheimdienstbehörden nur in eng begrenztem Ausmaß und
19 mit zweifelhafter Wirksamkeit möglich sind), ist die Vermeidung religiöser Radikalisierung von
20 Strafgefangenen von oberster Priorität. Dabei ist natürlich eindeutig, dass auch eine
21 kompetente und als Glaubensautorität empfundene Seelsorge nur ein Baustein einer größeren
22 Anstrengung zur (Re-)Integration und Radikalisierungsverhinderung leisten kann. Nur im
23 Zusammenwirken mit bereits vorhandenen und weiter auszubauenden Programmen im Bereich
24 der (Gewalt-)Prävention sowie der Jugend- und Sozialarbeit können langfristige Erfolge erzielt
25 werden.

26
27 Wir fordern daher, dass in allen Bundesländern unverzüglich ein Prozess zur
28 flächendeckenden Etablierung einer muslimischen Gefängnisseelsorge angestoßen wird. Diese
29 ist im Zusammenwirken mit den vor Ort organisierten islamischen Verbänden anzustreben.

30
31 Ist eine Darstellung der Gefängnisseelsorge durch die Uneinigkeit der Verbände untereinander,
32 eine fundamental abweichende Vorstellungen der Verbände in Bezug auf die Funktion der
33 Seelsorge oder die Propagierung verfassungsfeindlicher Glaubensinhalte durch
34 Funktionäre/Vertreter der Religionsgemeinschaften nicht möglich, so sollen die jeweiligen
35 Bundesländer ein eigenständiges Seelsorgeangebot schaffen.

36
37 Dabei ist darauf zu achten, dass alle einzustellenden hauptamtlichen muslimischen Seelsorger
38 umfassende akademische Qualifikationen in islamischer Theologie bzw. Islamwissenschaften
39 aufweisen. Gegebenenfalls ist eine Schulung/Qualifizierung bereits vorhandener religiöser
40 Autoritäten durch Aufbaustudiengänge zu erwägen. So die Anzahl der Häftlinge eine
41 Differenzierung nach Glaubensrichtungen/ Konfessionen zulässt, ist die Seelsorge
42 bekenntnisgebunden für alle Konfessionen hinreichender Größe anzubieten.

43

1 Damit soll sichergestellt werden, dass auch jedem muslimisch gläubigen Häftling regelmäßig
2 ein kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung steht, der Fragen über und in Bezug auf
3 Religion mit einer entsprechenden Autorität beantworten und das Selbststudium der Gläubigen
4 anleiten und begleiten kann.

5

6 Die Anstellung soll im staatlichen Angestelltenverhältnis erfolgen (öffentlicher Dienst).
7 Entlohnung und Arbeitsbedingungen sollen den Seelsorgern christlicher Konfession
8 gleichgestellt werden. Im Auswahlprozess der Seelsorger (z.B. bei Berufungskommissionen)
9 sowie eventueller „freier Seelsorgehelfer“ ist bei Bedarf auf die Fachkenntnisse universitärer
10 Forschungsinstitutionen zurückzugreifen sowie eine Abfrage polizeilicher und
11 geheimdienstlicher Institutionen durchzuführen. Es soll sichergestellt werden, dass die
12 Gefängnisseelsorger auch in der Transitionsphase nach einer Haftentlassung als
13 Ansprechpartner der ehemaligen Häftlinge zur Verfügung stehen und diesen weitere Hinweise
14 in Bezug auf Resozialisierungsprogramme, eine Nachbetreuung oder religiösen Anschluss
15 geben können.

16

17 Die Einbindung regionaler Religionsgemeinschaften in die Gefangenenseelsorge soll dabei
18 nach Maßgabe des Anstaltsleiters (gemäß § 157/3 StVollzG) auf Veranlassung der
19 hauptamtlichen Seelsorger in Form „freier Seelsorgehelfer“ erfolgen, soweit dies zur
20 Abwicklung religiöser Glaubensakte oder sonstiger Veranstaltungen notwendig erscheint.

21

22 angenommen abgelehnt überwiesen an

23

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag, Innenministerium Bayern

3 I 8 Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die Burschenschaft Thessalia zu 4 Prag in Bayreuth

5 Wir fordern, dass das bayerische Innenministerium im Zusammenhang mit den Ergebnissen
6 des Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages zum Nationalsozialistischen Untergrund
7 („NSU“), welche eine personelle Verbindung zwischen der Burschenschaft Thessalia zu Prag
8 in Bayreuth und dem Unterstützer_innen-Kreis der Terrororganisation NSU Untersuchungen
9 bezüglich einer direkten Unterstützung der Burschenschaft zu Gunsten der NSU anstellt. Sollte
10 sich herausstellen, dass der Burschenschaft die Tätigkeit ihres Mitglieds in dieser Richtung
11 bekannt war oder dass es hier sogar eine Unterstützung der Terrororganisation gab, fordern
12 wir das bayerische Innenministerium auf, die Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth
13 wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung mit sofortiger Wirkung zu verbieten.

14 Die Burschenschaft ist in der Vergangenheit mehrfach auf Grund einer rechten, völkischen
15 Grundhaltung aufgefallen ist. Dies geschah u.a. durch einen Artikel, der im Namen ihrer
16 Aktivitas in den „Burschenschaftlichen Blättern“ verbreitet wurde, in welchem sich
17 rassentheoretische Erwägungen finden, die als Grundlage für den so genannten Arierantrag
18 der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn gelten kann und von der Thessalia als
19 Mitglied der Burschenschaftlichen Gemeinschaft mitgetragen wurde. Weiterhin gibt es
20 konkrete personelle Überschneidungen zwischen Thessalia sowie der so genannten „Anti-
21 Antifa-Szene“ und rechtsradikalen Kameradschaften.

22 Alle diese Sachen erfordern im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Berichts des
23 Untersuchungsausschusses nun eine klare Aufklärung der Zusammenhänge der Thessalia mit
24 der rechtsradikalen Szene und besonders mit dem NSU.

- 25 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 | 9 Regelung zu sicheren Herkunftsstaaten im Asylrecht abschaffen

4 Am 19. September 2014 wurde vom Bundesrat eine höchst umstrittene Ergänzung des
5 geltenden Asylrechts mit knapper Mehrheit verabschiedet. So wurden drei neue Länder zur
6 Kategorie der sicheren Herkunftsländer hinzugefügt: Serbien, Mazedonien und Bosnien-
7 Herzegowina.

8 Seit dem „Asylkompromiss“ von 1993 werden Asylanträge aus den so klassifizierten Staaten
9 in einem Schnellverfahren bearbeitet. Dabei geht man von der gesetzlichen Vermutung aus,
10 dass in diesen Ländern keine Gefährdungen vorliegen. Dementsprechend ist die prinzipielle
11 Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag verschwindend gering bis unmöglich. Momentan
12 gilt diese Vermutung bis auf Ghana und Senegal nur für Staaten der Europäischen Union
13 sowie Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

14 Doch besteht großer Zweifel daran, dass diese gesetzliche Vermutung der Wirklichkeit gerecht
15 wird. Betrachtet man gerade die drei neu hinzugefügten Staaten, so kann man sicherlich kaum
16 von sicheren Herkunftsländern reden.

17 So wird Mazedonien von „Reporter ohne Grenzen“ nur noch als ein halbfreies Land
18 bezeichnet und belegte beim aktuellen Presseindex Platz 123 von 180. Die Situation hat sich
19 in Mazedonien für die Presse seit 2009 drastisch verändert. Mittlerweile müssen
20 Reporter_innen staatliche Repressionen fürchten und es kann zu langjährigen Haftstrafen
21 kommen, wenn man sich regierungskritisch äußert.

22 Ebenso ist die Situation für LGBTI-Aktivist_innen in Mazedonien äußerst problematisch. So kam
23 es immer wieder zu homophoben Übergriffen und auch Anschlägen gegen LGBTI-
24 Einrichtungen. Doch solche Angriffe werden weder von den Behörden als solche registriert
25 noch scheint eine Strafverfolgung statt zu finden. Die Täter_innen kommen oft ungestraft davon.
26 Daneben fällt auf, dass auch mazedonische Politiker_innen sowie die Medien sich an einer
27 homophoben Hetze und Stimmungsmache beteiligen. Für Lesben, Schwule, Bi-, Trans-, und
28 Intersexuelle gibt es in Mazedonien keinen staatlichen Schutz und Hilfe.

29 Auch die Situation der Roma in Mazedonien ist katastrophal. Roma sind dort gesellschaftlich
30 stigmatisiert und werden offen sowie aktiv in Mazedonien ausgegrenzt. So haben Roma kaum
31 ordentlichen Zugang zum Gesundheitswesen und werden oft in Einrichtungen sowie auch beim
32 ärztlichen Notdienst ohne Begründung abgewiesen bzw. diskriminiert. In Punkto Bildung sind
33 Roma ebenfalls deutlich benachteiligt. So besuchen nur 74% der Roma eine Grundschule,
34 dagegen besuchen über 90% der Bevölkerung Mazedoniens eine Grundschule. Auch werden
35 42,5 % der Roma-Kinder ohne Begründung auf Sonderschulen geschickt. Ebenso werden
36 Roma rechtswidrig ihre Ausweisdokumente seitens der Behörden entzogen, damit diese nicht
37 mehr aus Mazedonien ausreisen und in EU-Ländern Asyl beantragen können. Dieser

1 Passenzug geschieht im „nationalen Interesse“, da befürchtet wird, dass die massenhafte
2 Asylantragsstellung dem Ansehen Mazedoniens schaden würde.

3 Das Beispiel Mazedonien zeigt, dass es sich hier sicherlich nicht um ein sicheres Herkunftsland
4 handelt. Auch die Situation in Serbien und Bosnien-Herzegowina ist durchaus vergleichbar
5 besonders was die systematische Diskriminierung von Roma angeht. Aber auch die Situation
6 für Schwule, Lesben, Bi-, Trans, und Intersexuelle ist dort von Gewalt und gesellschaftlicher
7 Ausgrenzung geprägt. Es gibt keinen effektiven Schutz von Minderheiten in diesen Ländern.

8 Daher fordern wir, dass die Regelung bzgl. sicherer Herkunftsländern abgeschafft wird.
9 Vielmehr muss jedes einzelne Schicksal gewürdigt werden und eine Entscheidung über einen
10 Asylantrag darf nicht von einer gesetzlichen Vermutung abhängen. Gerade die Beispiele
11 Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina machen deutlich, dass der Begriff eines
12 sicheren Herkunftsstaats reine Illusion ist.

angenommen abgelehnt überwiesen an

1 | 10 Ehebestandszeit abschaffen!

2 | Forderung:

3 | Wir fordern die Abschaffung der Ehebestandszeit, wie im §31 AufentG geregelt, und
4 | stattdessen die Einführung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für nicht-deutsche
5 | EhegattInnen ab Zeitpunkt der Eheschließung sowie ein umfangreiches Informations- und
6 | Integrationsprogramm. Die SPD-Fraktion im Bundestag soll auf eine entsprechende Regelung
7 | der Regelung im Aufenthaltsgesetz hinwirken.

8 | Begründung:

9 | Die Regelung zur Ehebestandszeit sieht vor, dass einE aus dem Ausland nach Deutschland
10 | zugezogeneR EhepartnerIn erst nach dreijährigem ehelichen Zusammenleben einen
11 | eigenständigen Aufenthaltstitel erhält. Falls die Ehe innerhalb dieses Zeitraums jedoch beendet
12 | wird, verwirkt er/sie sein/ihr Aufenthaltsrecht und es droht die Ausweisung aus dem
13 | Heimatland.

14 | Bis zum Jahr 2000 galt eine Ehebestandszeit von vier Jahren. Diese wurde von der rot-grünen
15 | auf zwei Jahre verkürzt. Im März 2011 beschloss die schwarz gelbe Mehrheit im Bundestag
16 | das „Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von
17 | Zwangsheirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften“, das
18 | auch eine Erhöhung der Ehebestandszeit auf drei Jahre beinhaltete.

19 | Dieser Maßnahme folgte vehemente Kritik von Seiten vieler MigrantInnen-, Menschenrechts-,
20 | Sozial- und Frauenverbände. Diese widersprechen der Behauptung, dass die Regelung ein
21 | wirksames Mittel zur Verhinderung von Zwangsheirat darstelle. Von Seiten der Regierung
22 | wurde als einziges Argument lediglich der längere Beobachtungszeitraum, währenddessen
23 | man eine Zwangsheirat enttarnen könnte, angeführt. Das eigentliche Ziel war offensichtlich ein
24 | Vorgehen gegen Scheinehen zum Gewinn eines Aufenthaltstitels zu sein.

25 | Dahinter steckt ein Abschreckungsgedanke: Die Bereitschaft, eine Scheinehe einzugehen, sinkt,
26 | wenn man länger an den/die PartnerIn gebunden ist. Während diese Schlussfolgerung
27 | theoretisch sinnvoll erscheint, stellt sich die Situation in der Realität völlig anders dar:
28 | tatsächlich ist die Zahl der Scheineheverdachtsfälle in den Jahren von 2000 bis 2009 auf ein
29 | Drittel zurückgegangen. Die Verkürzung der Ehebestandszeit hatte also keinen Anstieg der Zahl
30 | der Scheinehen zur Folge. Außerdem können Scheinehen durchaus weiterhin verfolgt und in
31 | Verdachtsfällen gezielt überprüft werden. Dem steht eine Abschaffung der Ehebestandszeit in
32 | keinerlei Hinsicht entgegen.

33 | Nicht nur hat die Verlängerung also keinen Nutzen hinsichtlich der Verhinderung von Zwangs-
34 | und Scheinehen. Für Opfer häuslicher Gewalt in Beziehungen stellt sie eine zusätzliche

1 Belastung dar. Sie sind dadurch noch länger psychischer und physischer Misshandlung
2 ausgesetzt und können aus diesem Gefängnis nicht ausbrechen, ohne zur Rückkehr in ihr
3 Heimatland gezwungen zu sein. Dort erwartet aber in vielen Fällen vor allem die
4 geschiedenen Frauen soziale Ächtung und gewaltvolle Bestrafung ihres Verhaltens durch
5 Familie und Bekannte.

6 Zwar gibt es die Möglichkeit einer Härtefallregelung, die eine Scheidung ohne Ausweisung
7 beispielweise in Fällen häuslicher Gewalt möglich machen soll. Jedoch findet diese aus
8 verschiedenen Gründen äußerst selten Anwendung. Zunächst besteht häufig keine Kenntnis
9 über die Möglichkeit der Härtefallregelung. Desweiteren kostet es die Betroffenen, oftmals
10 Frauen, viel Überwindung, ein schwieriges Verfahren in einer fremden Sprache auf sich zu
11 nehmen. Darüber hinaus trifft sie die Beweislast. Als Beweise gelten Zeugenaussagen, ärztliche
12 Atteste, Polizeiprotokolle, Strafanzeigen und Aussagen von der Betroffenen. Viele Opfer trauen
13 sich aus Scham jedoch nicht, sich der Polizei gegenüber zu offenbaren oder einen Arzt
14 aufzusuchen. Sie fürchten außerdem, nicht völlig zu Unrecht, dass die Beweise nicht
15 ausreichen könnten, um die Einstufung als Härtefall zu erwirken. Auch die Flucht in ein
16 Frauenhaus steht weiblichen Betroffenen meist nicht offen. Öffentlich geförderte Frauenhäuser
17 dürfen nämlich nur Frauen mit eigenständigem Aufenthaltstitel aufnehmen. Oft bleibt den
18 MitarbeiterInnen der Beratungsstellen nichts anderes übrig, als den Frauen zu raten, die
19 restlichen Jahre auszuharren. Die Ehebestandszeit zwingt Opfer häuslicher Gewalt demnach,
20 in einer Gewaltsituation zu verbleiben oder sich neuer Gewalt in ihrem Heimatland z u stellen.
21 Unabhängig von der Dauer psychischer und physischer Gewalt bleiben die Folgen für die
22 Opfer verheerend. Auch eine kurze Ehebestandszeit bietet Raum für dauerhaft
23 traumatisierende Ereignisse.

24 Eine reine Verkürzung der Ehebestandszeit erachten wir daher nicht für ausreichend. Um die
25 Opfer vor Gewalt zu schützen, muss ihnen von Anfang an ein eigenständiges Aufenthaltsrecht
26 zustehen. Nur dann können sie sich aus häuslicher Gewalt befreien und entsprechende
27 Beratungs- und Hilfsangebote nutzen.

28 Ein möglicher Anstieg der Fallzahlen bei Scheinehen ist jederzeit in Kauf zu nehmen, wenn
29 gleichzeitig häusliche Gewalt verhindert werden kann und ihre Opfer die Unterstützung
30 erfahren können, die ihnen von Seiten des Staates und der Gesellschaft zusteht. Eine
31 Abschaffung der Ehebestandszeit ist das richtige Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

32 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Bildung

2

3 An SPD-Landesparteitag

4 B 1 Mehr Demokratie wagen – für ein demokratisches Schulsystem!

5 Das bayerische Bildungssystem in seiner momentanen Form dient ausschließlich
6 kapitalistischen Produktionsinteressen. Die Ziele der bayerischen Schulen sind es nicht
7 emanzipierte Menschen aus sich hervor zu bringen, sondern diese marktkonform zu erziehen.
8 Wir begreifen Bildung als mehr, als nur Ausbildung und halten Schulen für mehr als
9 ausschließlich den Ort, an dem das davor auswendig gelernt wieder ausgekotzt wird. Schule
10 ist ein Lebensraum und Bildung ist Emanzipation des Individuums. Eine Emanzipation ohne
11 Mitbestimmung ist aber nicht zu denken und unser Lebensraum ist das entscheidende, was wir
12 gestalten wollen. Aus diesem Grund braucht es mehr Demokratie in der Schule! Dies gilt
13 sowohl vor Ort in der Schule, als auch auf überregionaler Ebene, wenn es um Bildungspolitik
14 geht. Aus diesem Grund muss die Schüler_innenvertretungsstruktur grundlegend reformiert
15 werden.

16 Schüler_innenvertretungsstruktur in der Schule

17 Die SV-Struktur an den meisten Schulen fußt auf einem repräsentativen Vertretungssystem. Wir
18 haben also Klassensprecher_innen, die ihre Klasse vertreten und bei der
19 Klassensprecher_innenversammlung Schulsprecher_innen wählen, die die Schüler_innen der
20 gesamten Schule vertreten. Diese bilden zusammen mit interessierten Schüler_innen und den
21 Klassensprecher_innen die SMV. Dies wird an verschiedenen Schulen unterschiedlich geregelt,
22 die SMV hat bisher an den Schulen auch sehr viele Organisatorische Aufgaben. Diese
23 Möglichkeit soll weiterhin erhalten bleiben, trotzdem wünschen wir uns eine grundlegende
24 Reform in diesem Bereich. Das oberste Gremium der Schüler_innenvertretung ist die
25 regelmäßig (mind. Einmal im Monat) tagende Klassensprecher_innenkonferenz. Diese Wählt
26 weiterhin Schulsprecher_innen. Dieses Gremium soll auch eine finanzielle Ausstattung erhalten
27 durch Landesmittel, die es fähig macht Aktionen zu organisieren zur Verwaltung des Geldes
28 dient hier die Wahl eines Kassiers. Das Gremium hat außerdem noch das Recht auf die
29 Entsendung von zwei Schüler_innen in jede Fachkonferenz. Die Schüler_innen besitzen dort
30 eine beratende Funktion. Das Schulforum wird in der bestehenden Form abgeschafft. Die
31 Hauptakteur_innen der Schule sind Lehrer_innen und Schüler_innen, die von nun an in einem
32 paritätisch besetztem Gremium die Entscheidungen vom Schulforum übernehmen. Die Größe
33 dieses Gremiums bemisst sich an der Schulgröße.

34 Überregionale Schüler_innenvertretung

35 Die Klassensprecher_innenkonferenz einer jeden Schule wählt Delegierte zu einer
36 Kreisschüler_innenkonferenz. Hier kommen die Vertreter_innen aller Schularten zusammen.
37 Neben dem Fällen von Beschlüssen ist die Aufgabe die Wahl einer Delegation für die
38 Bezirksebene. Diese setzt sich nach Anzahl der Schüler_innen in der Region zusammen. Es

1 gibt ein Grundmandat, das aus der Anzahl der verschiedenen Schularten pro Kreis besteht,
2 jede Schulart hat das Anrecht auf einen Platz in dieser Delegation, damit die Interessen aller
3 Schularten repräsentiert werden können. Die Kreisschüler_innenkonferenz besitzt eine
4 Vorstandschaft, die sich aus den ersten Schulsprecher_innen aller Schulen im Kreis zusammen
5 setzt, die zuständig für die mind. jährlich stattfindende Einberufung ist. Sollte es sich um eine
6 besonders große Stadt/Kreis handeln werden Stadtteil-Schüler_innenkonferenzen noch
7 dazwischen geschaltet. Die nächsthöhere Ebene ist die Bezirksschüler_innenkonferenz, die mit
8 ähnlichen Aufgaben betreut ist und Delegierte für die Landesschüler_innenkonferenz wählt.
9 Auch hier richtet sich die Delegationsgröße an der Anzahl der Schüler_innen pro Bezirk inkl.
10 des Grundmandats, das alle Schularten vertreten soll. Auf Bezirksebene soll weiter ein
11 Sprecher_innenrat der auf Bezirksebene die Schüler_innenrechte vertritt eingerichtet werden.
12 Dieser soll die Möglichkeit haben im Bezirkstag zu bildungspolitischen Belangen gehört zu
13 werden. Die Landesschüler_innenkonferenz wählt ebenfalls einen Sprecher_innenrat, der die
14 Interessen der Schüler_innen auf Landesebene und die Beschlüsse der
15 Landesschüler_innenkonferenz gegenüber der Politik vertritt. Der Landesschüler_innenrat ist
16 berechtigt beratend an den Sitzungen des Bildungsausschusses des bayerischen Landtages
17 teilzunehmen, ist ebenso vom bayerischen Kultusministerium heran zu ziehen, wenn es um
18 schulpolitische Fragen geht. Die Landesschüler_innenkonferenz hat weiter das Anrecht ein
19 Grundsatzprogramm und eine eigene Satzung zu schreiben und abzustimmen. Das Ergebnis
20 ist bindend und muss in der Form in das bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz
21 übernommen werden. Einen Pflichtbeitrag aller Schüler_innen auf Landesebene, wie bei
22 verfassten Studierentschaften möglich lehnen wir dagegen ab. Im Unterschied zu
23 Studierenden, unterliegen Schüler_innen einer Schulpflicht, aus dieser darf keine
24 Gebührenpflicht entstehen. Die Finanzierung soll über Landesmittel geregelt werden, hierfür
25 legt der Landessprecher_innenrat jährlich der Landesschüler_innenkonferenz einen
26 Rechenschafts- und einen Kassenbericht vor. Hieraus hervorgehend wird ein Beschluss über die
27 im nächsten Jahr geforderten Landesmittel gefasst. Zu diesem Beschluss muss das
28 Kultusministerium Stellung beziehen und darf Punkte in diesem Forderungskatalog nicht
29 unbegründet ablehnen. Der Zweck dieser Mittel sind politische Bildungsveranstaltungen,
30 Publikationen, etc. Die organisatorischen Kosten der Schüler_innenvertretung, wie Fahrtkosten
31 oder Unterkünfte für Treffen der verschiedenen Untergliederungen und Gremien sind durch das
32 Land Bayern automatisch zu zahlen. Die Landesschüler_innenkonferenz tagt mindestens
33 dreimal pro Jahr. Wir fordern auch die Schaffung einer hauptamtlichen Kraft für die
34 Schüler_innenvertretungsstrukturen auf Landesebene, zur Unterstützung des
35 Landesschüler_innenrates.

36 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberbayern

2 An Landtagsfraktion der BayernSPD

3 B 2 Gemeinsam für die Zukunft der Arbeit: Perspektive und Sicherheit für 4 junge Beschäftigte!

5 Bildung bedeutet für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD Freiheit. Bildung soll
6 die Freiheit ermöglichen den eigenen Weg und damit die eigene Zukunft selbstbestimmt zu
7 gestalten. Dabei gilt für uns der Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Bildungs- und
8 Ausbildungswege. Gute Bildung ist allerdings noch immer durch materielle Zwänge eingeeengt.
9 Dieses wollen und werden wir nicht akzeptieren. Bildung muss frei sein von dem Zwang der
10 finanziellen Mittel, die einer Person zur Verfügung stehen. Dieses eröffnet essenzielle Freiheiten
11 auch in der Berufswahl und der zukünftigen Ausgestaltung der Arbeitswelt an sich. Einzig und
12 allein sollen Interessen und Talent ausschlaggebend sein für die Wahl der eigenen Bildung.
13 Die Realität in Ausbildung und Arbeit ist aktuell jedoch eine andere.

14 Leiharbeit, Niedriglohn, Kettenbefristungen und Werkverträge. Gerade junge Menschen
15 befinden sich häufig in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Gleichzeitig steigen die
16 psychischen Belastungen am Arbeitsplatz: Stress und Hetze sowie das Verschmelzen von
17 Arbeit und Privatleben, ständige Erreichbarkeit.

18 Bei einer aktuellen Studie der DGB-Jugend gibt über die Hälfte der jungen Beschäftigten an,
19 unter Zeitdruck und Arbeitshetze zu leiden. 41% machen fünf und deutlich mehr Überstunden
20 pro Woche. Mehr als einem Viertel der jungen Beschäftigten fällt es schwer, nach der Arbeit
21 abzuschalten. Arbeitsdruck und Stress werden durch die insgesamt unsicheren Perspektiven
22 noch verstärkt. Generation Prekär – diesen Namen "verdient" unsere Generation leider immer
23 noch: Lediglich 37% der unter 35-Jährigen beziehen ein Bruttoeinkommen über 2000 € und
24 sind unbefristet beschäftigt. Alle anderen müssen mit einem niedrigen Einkommen
25 zurechtkommen oder/und sind unsicher beschäftigt, also befristet, in Leiharbeit oder Minijobs.
26 Junge Menschen sind deshalb stark verunsichert und materiell eingeschränkt – gerade in der
27 Phase ihres Lebens, in der die Lebens- und Familienplanung ansteht. Es ist eine
28 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass die junge Generation
29 optimistischer in die Zukunft blicken kann.

30 Jungen Menschen wird der Arbeitseinstieg zu oft erschwert oder verwehrt. Der Zugang zu
31 Hochschulen ist nur unzureichend gegeben. Zu selten existiert die garantierte Übernahme nach
32 Beendigung der Ausbildung. Festanstellungen gehören immer seltener zur Regel. Gleichwertige
33 Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land sind nur in den seltensten Fällen gegeben.
34 Zukunft und Perspektive wird durch ein so geartetes Handeln der Wirtschaft gerade für junge
35 Menschen verbaut. Dieses wollen und werden wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der
36 SPD nicht hinnehmen, wollen die politische Gestaltungshoheit wahrnehmen und erheben den
37 Anspruch die Zukunft der Arbeit zu definieren.

1 JedeR AuszubildendeR und jedeR junge ArbeitnehmerIn hat ein Anrecht auf faire Ausbildungs-
2 und Arbeitsbedingungen, auf eine geschlechtergerechte Bezahlung und auf eine langfristige
3 Perspektive in der Arbeitswelt. Die Gesellschaft von morgen benötigt Bildung und Arbeit, die
4 Sicherheit, Gerechtigkeit und Perspektive bietet.

5 Aus diesem Selbstverständnis definieren und gestalten wir unsere Forderungen. Diese sind:

6 Ein uneingeschränktes Recht auf Ausbildung!

7 Die Ausbildung stellt das Fundament für den Start in das Berufsleben dar. Als Gesellschaft
8 können wir es uns nicht leisten, dass ein Teil der jungen Menschen in diesem Land eine
9 Chance in ein sozial abgesichertes und selbstbestimmtes Leben nicht ermöglicht wird. Einen
10 solchen Umstand können wir als JungsozialistInnen nicht tolerieren. Jeder Person muss die
11 Möglichkeit einer Ausbildung garantiert werden. Unser Ziel ist ein ganzheitliches
12 ineinandergreifendes Bildungskonzept.

13 Wir fordern daher ein Recht auf eine mindestens dreijährige Ausbildung. Dieses Recht soll
14 spätestens zwei Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres für alle Jugendlichen
15 gelten, die trotz Willigkeit keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Für alle die zum
16 Ausbildungsstart keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, soll ein Übergangs- bzw.
17 Vorbereitungssystem installiert werden, dass auf die übliche Ausbildungszeit angerechnet wird.
18 Wir stehen für eine staatliche Ausbildungsgarantie ein.

19 Einen Abschiebungsstopp für Asylsuchende in Ausbildung!

20 Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind wir der Auffassung, dass alle Menschen dort
21 leben und arbeiten zu können haben, wo sie dieses möchten. Dieses gilt in noch höherem
22 Maße für Geflüchtete und Asylsuchende. Sie benötigen insbesondere Ansatzpunkte, die es
23 ihnen ermöglichen, einen guten Start in ihr neues Leben in einer neuen Gesellschaft und neuen
24 Lebensverhältnissen zu haben.

25 Daher fordern wir einen unverzüglichen Abschiebestopp für alle Menschen, die eine
26 Ausbildung oder Studium in Deutschland beginnen oder absolvieren. Nach dem erfolgreichen
27 Abschluss der Ausbildung oder des Studiums ist eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis
28 auszustellen.

29 Anonymisierte Bewerbungsverfahren!

30 Menschen sind aufgrund ihres Alters, Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Äußeren oder etwaiger
31 Behinderung oftmals benachteiligt und werden somit aufgrund ihres Namens oder des
32 Passbildes noch vor dem ersten persönlichen Kontakt „aussortiert“. Dies schadet im
33 besonderen Maße jungen Menschen, da ihnen das zusätzliche Stigma anhaftet nicht über
34 Arbeitserfahrung zu verfügen. Gleichbehandlung sieht nun einmal anders aus!

1 Wir fordern daher die Einführung von gesetzlich festgeschriebenen anonymisierten
2 Bewerbungsverfahren. Vor dem ersten persönlichen Gespräch zwischen ArbeitgeberInnen und
3 ArbeitnehmerInnen soll der einstellende Betrieb keine Informationen über Name, Alter,
4 Geschlecht, Herkunft oder möglicher Behinderung erhalten. Ebenso sind Fotos den
5 Bewerbungen nicht länger beizufügen.

6 Einen Ausbildungs- und Umlagefond!

7 Viele Unternehmen klagen bereits jetzt über den zukünftigen Fachkräftemangel. Unternehmen
8 tragen die Verantwortung, schon heute diese Entwicklung abzumildern. Alle Unternehmen mit
9 über 10 MitarbeiterInnen werden dazu verpflichtet, nach Betriebsgröße gestaffelt, Beiträge an
10 einen zu schaffenden Ausbildungsfond zu zahlen. Ausbildende Betriebe, erhalten abhängig
11 von der Anzahl der eingestellten Auszubildenden Beitragszahlungen aus diesem Fond.
12 Betriebe, die nicht ausbilden, müssen Umlagezahlungen an den Fond entrichten. Überschüsse
13 aus dem Fonds sollen für die Vermittlung von Ausbildungsplätzen sowie Übergangs- und
14 Vorbereitungssysteme verwendet werden.

15 Wir fordern einen Ausbildungs- und Umlagefond für ein solide finanziell ausgestattetes
16 Ausbildungs-, Übergangs- und Vorbereitungssystem.

17 Einen bezahlbaren ausgebauten öffentlichen Personenverkehr!

18 Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Dies gilt in gleichem Maße für Arbeit wie
19 Freizeit, in der Stadt wie auf dem Land. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ist
20 dringend sicherzustellen. Um den Mobilitätsbedürfnissen junger ArbeitnehmerInnen sowohl in
21 Stadt und Land gerecht zu werden, ist es uns wichtig, dass der öffentliche Personen-
22 Nahverkehr so ausgebaut wird, dass eine Nutzung für den Arbeitsweg möglich ist.

23 Ebenfalls fordern wir die Einführung von vergünstigten Ausbildungstarifen bzw.
24 Ausbildungstickets nach dem Vorbild der Semestertickets. Langfristig soll ein Konzept für ein
25 vergünstigtes landesweites Jugendticket für den öffentlichen Personenverkehr entwickelt
26 werden.

27 Ein Mindestlohn für alle!

28 Ein allgemeiner gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn ist nur allgemeingültig, wenn er
29 für alle und überall gilt. Die Ausnahmen im Mindestlohngesetz sehen wir weder als
30 zielführend, noch als sinnvoll an.

31 Als Jugendorganisation erachten wir insbesondere die Altersgrenze von 18 Jahren als eine
32 unzulässige Altersdiskriminierung, die für willkürlich gesetzt und völlig falsch ist. Eine
33 Altersgrenze widerspricht dem Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit. Junge Menschen
34 haben den Mindestlohn ebenso verdient, wie alle anderen auch.

1 Die Argumentation, junge Menschen könnten sich aufgrund des Mindestlohns eher dazu
2 entscheiden einen Aushilfsjob anzunehmen, als eine Ausbildung zu machen, ist aus mehreren
3 Gründen völlig haltlos: Gerade in unserer Generation, die mit dem ständigen Wissen um hohe
4 Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und der Ausweitung des
5 Niedriglohnssektors aufgewachsen ist, hat die Ausbildung einen enormen Stellenwert. Daher
6 erkennen junge Menschen den Wert einer qualitativ guten Ausbildung für ihr zukünftiges Leben
7 und geben sie nicht leichtfertig für 8,50 € Stundenlohn auf.

8 Zudem verdient man auch ohne Mindestlohn – also bereits jetzt – in einem Vollzeitaushilfsjob
9 weit mehr als in vielen Ausbildungen. Trotzdem gibt es zahlreiche Jugendliche, die sich dafür
10 entscheiden, zum Beispiel das Friseur-oder Bäckerhandwerk zu erlernen.

11 Daher fordern wir JungsozialistInnen in der SPD die Abschaffung sämtlicher im
12 Mindestlohngesetz vorgesehener Ausnahmeregelungen. Diese sehen wir als unrechtmäßig und
13 diskriminierend an.

14 Eine allgemeine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung!

15 § 17 des Berufsbildungsgesetzes räumt den Auszubildenden gegenüber den Anspruch auf eine
16 angemessene Ausbildungsvergütung ein. Was als angemessen angesehen wird, ist außerhalb
17 von Tarifverträgen nicht geregelt. Dies bedeutet, dass Auszubildende außerhalb der
18 Tarifbindung keinen klar definierten Mindestanspruch auf Vergütung in ihrer Ausbildung
19 besitzen.

20 Daher fordern wir, angelehnt an den Mindestlohn eine allgemeinverbindliche
21 Mindestausbildungsvergütung, in einer Höhe, die zum selbstständigen Leben reicht. Den
22 TarifpartnerInnen soll es dabei ausdrücklich freigestellt bleiben höhere Vergütungen
23 festzulegen.

24 Eine gesetzliche Übernahmegarantie!

25 Die Disparität zwischen ökonomischen Notwendigkeiten und realem Agieren in der Wirtschaft
26 wächst seit Jahren wieder an. Belegschaften müssen deutlich länger arbeiten. Unternehmen
27 ordnen immer öfter immer mehr Überstunden an. Der Bedarf an mehr Arbeitskräften ist
28 eindeutig nachweisbar. Dennoch entscheiden sich immer mehr Unternehmen immer weniger
29 Auszubildende zu übernehmen. Für uns steht fest, dass Unternehmen, die Überstunden
30 anordnen, um ihre strukturelle Unterbesetzung auszugleichen die wirtschaftlichen
31 Voraussetzungen erfüllen, um seine Auszubildenden direkt zu übernehmen. Durch eine
32 Übernahme von allen Auszubildenden werden nicht andere Mitarbeiter arbeitslos, sondern es
33 wird dem schleichenden Stellenabbau vorgebeugt. Von den bereits eingearbeiteten
34 ArbeitnehmerInnen profitiert die gesamte Belegschaft in den Betrieben.

35 Wir fordern eine gesetzliche Übernahmegarantie für alle Azubis nach dem erfolgreichen
36 Abschluss ihrer Ausbildung durch ihren Ausbildungsbetrieb.

1 Einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub!

2 In einer schnelllebigen und globalisierten Welt ist es für ArbeitnehmerInnen besonders wichtig
3 sich auf dem aktuellen Stand zu halten, um auch zukünftig erfolgreich ihren Beruf ausüben zu
4 können. Ebenso stellt Bildung für einen Wert an sich dar. Sie komplettiert den Charakter eines
5 Menschen. Daher ist auch der Erwerb von Kenntnissen in der sozialen Kompetenz, politischen
6 Bildung oder im kulturellen Bereich unerlässlich. Wir stehen für das Konzept des lebenslangen
7 Lernens. Neben Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen ist Bayern eines der wenigen
8 Bundesländer, in denen es immer noch keinen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub gibt.

9 Wir fordern daher die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Bildungsurlaub von 15 in
10 das laufende Jahr vorziehbaren beziehungsweise in das Folgejahr übertragbaren Arbeitstagen
11 pro Jahr, beziehungsweise bei einer Sechstageswoche 18 Werktagen. Die Kosten sind
12 paritätisch durch den Arbeitgeber und die Staatskasse zu tragen.

13 Mehr Hochschulen für Berufstätige !

14 Jede Person, die studieren möchte, muss auch die Möglichkeit haben, dieses unabhängig von
15 den eigenen materiellen Verhältnissen auch zu tun. Derzeit ist es jungen ArbeitnehmerInnen
16 nur möglich an privaten oder sehr teuren Hochschulen und Akademien (z.B. Fom, Akad,
17 VWA) berufsbegleitend zu studieren. Neben den teuren Mieten und Lebenshaltungskosten,
18 werden sie nochmals mit sehr hohen Gebühren zur Kasse gebeten. Das ist nicht sozial gerecht.

19 Deswegen fordern wir, ein zusätzliches Angebot der staatlichen Hochschulen und
20 Universitäten, das es möglich macht, berufsbegleitend zu studieren: Mit gebührenfreien
21 Studiengängen, sowie Vorlesungen und Veranstaltungen ab 18:00 Uhr und an Samstagen.
22 Die praktische Arbeitserfahrung soll im Studium dabei anrechenbar sein, wo diese möglich ist
23 und vereinbar mit der Fachrichtung.

24 Ein Ende der sachgrundlosen Befristungen!

25 Vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit wurde 1985 mit dem
26 Beschäftigungsförderungsgesetz eine zeitlich beschränkte erleichterte Befristung von
27 Arbeitsverhältnissen ohne besonderen Sachgrund eingeführt. 1996 wurde diese erweitert und
28 es wurden nicht mehr nur sachgrundlos befristete Verträge, sondern ganze Befristungsketten
29 legalisiert. Anstatt Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, sind die Folgen bis heute
30 eine Prekarisierung der Arbeitswelt und der Verlust von Planungssicherheit und Perspektive für
31 weite Teile von Belegschaften, insbesondere für jüngere ArbeitnehmerInnen innerhalb dieser.
32 Die Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse durch den Gesetzgeber ist für uns inakzeptabel.

33 Daher fordern wir Jusos die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.

34 Wir stehen für ein sozial gerechte und an den Bedürfnissen der Studierenden, Auszubildenden
35 und der ArbeitnehmerInnen orientierten Neuordnung der Bildungs- und Arbeitswelt. Wir wollen

- 1 Sicherheit und Perspektive in Bildung und Arbeit als gemeinsames ineinandergreifendes
- 2 Konzept sicherstellen. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD stehen gemeinsam
- 3 für eine freie, gerechte und solidarische Ausgestaltung der Zukunft der Arbeit ein.

- 4 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberbayern

2 An Landesparteitag der BayernSPD, Landtagsfraktion der BayernSPD

3 B 3 Gewerkschaften an die Schulen

4 Wir fordern, dass die Gewerkschaften bzw. stellvertretend für die Einzelgewerkschaften der
5 Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) an allen Schulen im Freistaat Bayern in die Ausgestaltung
6 der Berufsvorbereitung und Ausbildungsberatung eingebunden werden sollen.

7 Der DGB erhält das Recht im vorletzten Schuljahr sowie im Rahmen der Ausbildung an die
8 Berufsschule entweder im Rahmen eines Bewerbungstrainings, einer Berufsberatung oder des
9 Sozialkundeunterrichts die späteren ArbeitnehmerInnen über ihre Rechte und Pflichten als
10 Arbeitnehmer aufzuklären und vorbereiten zu können.

11 Auch im Rahmen der Berufs- und Studieninformation auch an der Gymnasialen sowie
12 Beruflichen (FOS; BOS) Oberstufe müssen diese Themen gleichberechtigt neben den
13 Informationen der ArbeitgeberInnen und Industrieverbänden behandelt werden. Dies ist für uns
14 ein fundamentaler Bestandteil beruflicher Beratung an Schulen, da die VertreterInnen der
15 Gewerkschaften SchülerInnen realistisch und unabhängig über die Chancen und
16 Verpflichtungen einer beruflichen Ausbildung beraten können.

17 Begründung: Derzeit dürfen Einzelgewerkschaften sowie der DGB keine Werbung an Schulen
18 betreiben bzw. beratend für SchülerInnen tätig werden, obwohl sie das von der Politik
19 anerkannte Arbeitnehmersvertretung Gremium sind. Jedoch werden aber VertreterInnen der
20 ArbeiterInnen und Industrieverbände regelmäßig an Schulen geholt um beispielsweise den
21 SchülerInnen das Duale Studium näher zu bringen. Wir als JungsozialistInnen verstehen die
22 Betriebliche Ausbildung als ein Grundpfeiler innerhalb der Ausbildungslandschaft, daher
23 wollen wir diesen auch stärken, unserer Ansichten nach kann am besten die Gewerkschaft
24 bzw. der DGB für die Ausbildungsform Interesse bei den SchülerInnen schaffen und
25 gleichzeitig über Rechte und Pflichten von Auszubildenden aufklären. Daher vordere wir
26 auch, dass nicht nach dem Schulabschluss die Einbindung der Gewerkschaften beendet
27 werden darf. Wir fordern sogar dass auch noch während der Ausbildung die Gewerkschaften
28 über die Berufsschule stärker eingebunden werden.

29 Auch in der Tradition unserer Partei muss uns dieses Thema ein wichtiges Bedürfnis sein,
30 um auch die Gewerkschaften wieder zu stärken. Eine Gewerkschaft ohne Mitglieder kann nicht
31 wirksam die Interessen aller ArbeitnehmerInnen vertreten. Dies kann nicht in unsrem Interesse
32 liegen.

33 angenommen abgelehnt überwiesen an

34

1 JASB über Juso-Landesvorstand

2 An SPD Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

3 **B 4 Vertretung der/s Sachaufwandsträgerin/s raus aus dem Schulforum!**

4 In Artikel 69 (2) des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes (BayEUG) ist zu lesen:

5 „Mitglieder des Schulforums sind (...)und ein Vertreter des Sachaufwandsträgers der Schule“

6 Das Schulforum hat die Aufgabe als demokratisch legitimierte Institution an der Schule das
7 Schulleben der Schulfamilie zu organisieren. Oft handelt es sich hierbei um Schulinterne
8 Sachen ohne Zusammenhang mit der/m Sachaufwandsträger_in. Falls es doch im Kontext zu
9 diesem steht, dann passiert dies ausschließlich in einer fordernden Rolle, mit dem Ziel Dinge
10 zu erhalten. Das Schulforum ist in diesem Fall auch der Ort an dem die Vertreter_innen der
11 verschiedenen Gruppen ihr taktisches Vorgehen beraten und planen, wie Mittel oder ähnliches
12 von dem/r Sachaufwandsträger_in erhalten werden. Eine Vertretung der Stadt oder des
13 Landes im Schulforum ist damit unnötig und auch kontraproduktiv in Zusammenhang mit der
14 Aufgabe des Schulforums als Willensvertretung der Schulfamilie nach außen. Deswegen
15 fordern wir den „Vertreter des Sachaufwandsträger der Schule“ wieder aus dem Schulforum
16 heraus zu nehmen.

17 Die Möglichkeit zur Kommunikation eine solche Vertretung als Schulforum einzuladen wird
18 damit nicht genommen.

19 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An SPD Landesparteitag, Juso Bundeskongress, SPD Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

3 B 5 Antrag

4 Um dem alarmierenden bundesweiten Fachkräftemangel von Erzieherinnen und Erziehern
5 entgegen zu wirken, bedarf es einer grundlegenden Aufwertung des Berufs, der vor allem in
6 Form einer angemessenen Bezahlung erfolgen muss! Dies beginnt jedoch schon während der
7 fünfjährigen Ausbildung zum Erzieher, bei der Praktikumsvergütung in den Pflichtpraktika. Da
8 die Vergütung der ErzieherpraktikantInnen vor allem während des zweijährigen SPS
9 (Vorpraktikum) keinerlei gesetzliche, oder tarifliche Grundlage hat, besteht hier dringend
10 Nachbesserungsbedarf!

11 Die große Koalition wird daher aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den
12 gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 EUR auf alle Pflichtpraktikantinnen, wie zum Beispiel auch
13 auf BerufspraktikantInnen im Berufsanerkennungsjahr für Erzieher, sowie für PraktikantInnen im
14 zweijährigen Sozialpädagogischen Seminar (Vorpraktikum) ausweitet.

15 Begründung:

16 Am Beispiel der Erzieherinnen und Erzieher wird deutlich, wie ungerecht die
17 Ausnahmeregelung im gesetzlichen Mindestlohn ist. Die während des Studiums zum Erzieher
18 abzuleistenden Praktika sind wichtige Bestandteile der Ausbildung geeigneter Fachkräfte in der
19 Kinderbetreuung, der Kinder- und Jugendhilfe und der Jugendarbeit.

20 Jedoch müssen Bezahlung und geleistete Arbeit auch hier in angemessene Relation gestellt
21 werden. Derzeit ist es vielen ErzieherpraktikantInnen nur schwer möglich, ihren
22 Lebensunterhalt alleine durch die Vergütung der Praktika zu unterhalten.

23 Ein Praktikant im ersten Jahr des SPS hat bei der Stadt Nürnberg beispielsweise eine
24 Vergütung von brutto 415,- EUR zu erwarten. Bei einer 39-Stunden-Arbeitswoche entspricht
25 das einem Stundelohn von brutto 2,66 EUR.

26 Obwohl die Praktika für werdende Erzieher selbstverständlich Ausbildungszwecken dienen,
27 sind sie keineswegs mit Praktika von Studierenden an Hochschulen zu vergleichen, da
28 ErzieherpraktikantInnen keinerlei Anspruch auf BaföG haben und somit faktisch auch die letzte
29 finanzielle Erhaltungsmöglichkeit in Form einer BaföG-Förderung ausgeschlossen ist.

30 Für viele Interessierte am Erzieherberuf ist die schlechte Bezahlung während der Ausbildung oft
31 sogar ein Grund, die Ausbildung gar nicht erst zu beginnen.

1 Dieser Fehlentwicklung im beruflichen Bildungssystem, die vor allem eine Gefahr für eine
2 qualitativ und quantitativ gute Kinderbetreuung, Kinder- und Jugendhilfe und hauptamtliche
3 Jugendarbeit in Deutschland darstellt, muss unbedingt entgegen gewirkt werden.

4

5 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberbayern

2 An Landtagsfraktion der BayernSPD

3 B 6 Hürden für mündliche Noten erhöhen

4 Die Jusos sowie die SPD sollen sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, das § 51 Abs. 2 Satz 2
5 Realschulordnung (RSO) bzw. § 55 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Gymnasialschulordnung (GSO)
6 insofern geändert werden soll, das auch mündliche Noten nicht erhoben werden können,
7 wenn der/die Schülerin in der letzten bzw. in den letzten zwei Stunden nicht Anwesend waren
8 und hierüber eine Entschuldigung vorliegt, so wie sich das bereits i.d.R aus § 51 Abs. 2 Satz 2
9 Realschulordnung (RSO) bzw. § 55 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Gymnasialschulordnung (GSO) für
10 Stegreifaufgaben ergibt. Generell soll eine Mindestanzahl an mündlichen Noten vorgegeben
11 sein, damit sich die Schülerinnen darauf vorbereiten können.

12 Begründung:

13 Aktuell ist es so, das Schülerinnen wenn sie krank waren zwar keine Stegreifaufgaben mit
14 schreiben müssen, da dies sich indirekt aus § 51 Abs. 2 Satz 2 Realschulordnung (RSO) bzw.
15 § 55 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Gymnasialschulordnung (GSO) ergibt, jedoch mündlich ausgefragt
16 werden können, da das Mündliche ausfragen nicht auf die letzte bzw. letzten zwei Stunden
17 beschränkt ist.

18 Dies sollte jedoch aus unserer Sicht nicht möglich sein, da der/die Schülerin nach einem
19 Entschuldigten fehlen nicht damit rechnen kann ausgefragt zu werden.

20 Daher muss unserer Meinung nach § 51 Abs. 2 Satz 2 Realschulordnung (RSO) bzw. § 55
21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Gymnasialschulordnung (GSO) so geändert werden das sich hieraus
22 auch indirekt ergeben soll das auch das mündliche ausfragen dann nicht möglich sein soll,
23 wenn der / die Schülerin entschuldigt in der letzten bzw. in den letzten Zwei Stunden gefehlt
24 hat.

25 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Juso-Bezirk Niederbayern, Juso-Kreisverband Rottal-Inn
- 2 An SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
- 3 **B 7 Verbesserung der Personellen Grundausstattung der Verwaltung an**
4 **bayerischen Hochschulen**
- 5 Wir Jusos fordern die SPD-Landtagsfraktion und den Arbeitskreis Hochschule auf, sich
6 energisch und engagiert dafür einzusetzen, dass die personelle Ausstattung der Verwaltungen
7 der an bayerischen Hochschulen deutlich verbessert wird.
- 8 Die niederbayerischen Landtagsabgeordneten werden gebeten per Anfrage an die
9 Staatsregierung abzuklären, ob für alle bayerischen Hochschulen die erforderliche personelle
10 Grundausstattung gewährleistet ist.
- 11 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Schwaben

2 An Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD- Bundesparteitag

3 B 8 Antrag zu der Neuausrichtung von Informatiklehrplänen in Schulen

4

5 Die informationstechnische Grundbildung (ITG) muss einen größeren Stellenwert an Schulen
6 einnehmen. Die Entwicklung der Informationstechnologie und die weltweite Vernetzung
7 schreiten weiter voran. Fast jeder Schüler hat im privaten Umfeld sehr früh mit
8 Informationstechnik zu tun, egal ob Smartphone, Facebook, digitale Medien oder
9 Datenaufbereitung mit elektronischen Hilfsmitteln. Der Umgang der Schüler_innen mit
10 informationstechnischen Medien beginnt nicht nur immer früher, auch die begrenzte
11 Einbindung von Informatik als Schwerpunkt im Fach „Natur & Technik“ ist nicht mehr
12 zeitgemäß und behandelt die informationstechnischen Herausforderungen nur unzureichend.

13 Informationstechnische Systeme bestimmen Entwicklung und Innovation in Wirtschaft,
14 Wissenschaft und Technologie. Das Selbstverständnis des Lehrplans ist stark auf
15 informationstechnische Systeme ausgerichtet, nicht aber auf die Herausforderungen der
16 Digitalisierung. Themen wie Datenschutz, IT-Trends wie Big Data oder Cloud Computing,
17 Mobile, der Einsatz von Präsentationsmedien und IT-Sicherheit müssen neben reinen
18 Programmiergrundlagen einen größeren Stellenwert in den Informatiklehrplänen einnehmen.

19 Grundlagen der Programmierung sind elementar, um früh in die Denkwelt der Informatik, ihre
20 Konzeption und Umsetzung, Einblick zu erhalten. Die Globalisierung führt allerdings auch in
21 der Informationstechnik zur stärkeren Verlagerung von reinen Entwicklungstätigkeiten in andere
22 Länder. Viele Unternehmen in Deutschland entwickeln nicht mehr primär im eigenen Land. Der
23 Fokus im Zeitalter der Digitalisierung liegt auf Chancen und Risiken neuer Technologien,
24 Datenschutz und –Sicherheit, sowie dem Umgang mit Vernetzung und globalisierter
25 Informationstechnik.

26 Die frühe Einbindung von grundlegenden informationstechnischen Themenbereichen wie
27 Datenschutz, IT-Trends oder fachgerechte Einsatz von Standardapplikationen fördert
28 gleichzeitig auch das Interesse von Schülern und besonders Schülerinnen, sich dem Thema
29 Informatik anzunähern.

30 Wir fordern daher, dass bereits frühestmöglich der Umgang mit grundlegenden
31 Standardapplikation (Office, Email, Google, Cloud,...), Datenschutz. Datensicherheit und
32 mobiler IT zu Beginn der Sekundarstufe 1 zielgerichtet gelehrt wird. Von diesen Kenntnissen
33 können auch andere Fächer überfachlich profitieren. Des Weiteren müssen Grundlagen der
34 Programmierung, Strukturierung und Konzeptionierung Teil des schulischen Lerngerüsts der
35 Sekundarstufe 1 sein. Statt der Einbindung der Informatik als Schwerpunkt im Fach „Natur &
36 Technik“ sollte es als eigenständige Lehrinheit eingeführt werden.

- 1 Wir fordern, dass das Fach „Informatik“ an allen Schulformen über den Themenbereich der
2 reinen Informationstechnischen Systeme hinaus Herausforderungen der Digitalisierung, den
3 Umgang mit elektronischen Medien und Standardapplikationen, sowie zunehmender
4 Vernetzung und globalisierter Informationstechnik bereits ab der 5. Klasse behandelt und lehrt.
- 5 Forderung
- 6 Wir Jusos Bayern fordern die SPD auf, die Inhalte im Informatikunterricht an die
7 fortschreitenden Anforderungen der Digitalisierung (insbesondere Datenschutz, Datensicherheit
8 und mobile IT) durch Grundbildung ab der 5. Klasse in allen Schularten in Form einer
9 Änderung des Fachs „Informatik“ anzupassen und die Digitalisierung als Querschnittsthema in
10 den Lehrplänen zu verankern.
- 11 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Gesundheit

2 Jusos Unterfranken

3 An Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag
4 Deutschland

5 G 1 BürgerInnenversicherung – für ein gerechtes, solidarisches 6 Krankenversicherungssystem

7 Seit eh und je nimmt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Werte der
8 Französischen Revolution „Freiheit“ „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“ zum Vorbild, heute wird
9 statt „Gleichheit“ „Gerechtigkeit“ und statt „Brüderlichkeit“ „Solidarität“ gefordert. Diese Werte
10 teilen die JungsozialistInnen mit der Partei. Das Krankenkassensystem, das zur Zeit in
11 Deutschland herrscht, widerspricht den Werten „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“, daher
12 fordern wir Jusos seit Jahren eine BürgerInnenversicherung, die diesen Prinzipien entspricht.

13 Krankenkassenbeiträge

14 Zwei grundlegende Arten der Kranken und Pflegeversicherung bestehen in Deutschland
15 nebeneinander: die gesetzliche und die private. JedeR BürgerIn in Deutschland hat
16 krankenversichert zu sein, die meisten Personen sind gesetzlich krankenversichert. Diese zahlen
17 einen prozentualen Beitrag ihres Bruttogehaltes in das System der gesetzlichen
18 Krankenversicherungen ein, außerdem müssen gesetzlich Krankenversicherte bei
19 Behandlungen oft Zusatzbeiträge als sogenannte „Eigenbeteiligungen“ bezahlen.

20 Selbstständige, Freiberufliche, abhängig Beschäftigte und Beamte überschreiten häufig ein
21 gewisses Einkommen und haben die Möglichkeit, sich privat zu versichern und zahlen damit
22 nicht mehr in das gesetzliche Krankenkassensystem ein. Bei diesen Krankenkassen richten sich
23 die zu zahlenden Beiträge hingegen nach dem von der Versicherung berechneten Risiko, dass
24 der oder die BürgerIn statistisch mit sich bringt und nach den Leistungen, die von der
25 Versicherung übernommen werden.

26 Dadurch entsteht ein Zweiklassensystem, nach dem die PatientInnen behandelt werden. Die
27 Menschen, die sich privat versichern, entziehen sich der Solidargemeinschaft der gesetzlichen
28 Krankenkassen, die Beiträge, die sie einzahlen, unterstützen den einkommensschwachen Teil
29 der Bevölkerung nicht; dieses ist mit unserer Forderung nach Solidarität nicht vereinbar. Diese
30 Entsolidarisierung besser Verdienender führt zudem zu höheren
31 Krankenversicherungsbeiträgen für alle anderen.

32 Doch selbst wenn die besonders einkommensstarken BürgerInnen nicht zur privaten
33 Krankenkasse wechseln, besteht eine Ungerechtigkeit: JedeR gesetzlich krankenversicherte
34 BürgerIn zahlt nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze Krankenversicherungsabgaben, für jeden

1 Euro, den er/sie darüber hinaus verdient, wird nichts in die Krankenversicherung einbezahlt.
2 Diese Ungerechtigkeit fördert das Wachstum der Schere zwischen arm und reich, dem wir
3 entgegen wirken wollen. Deswegen muss die Beitragsbemessungsgrenze drastisch erhöht
4 werden.

5 Unterschiede der privaten und der gesetzlichen Krankenkasse

6 Private und gesetzliche Krankenkassen unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht, so können sich
7 PrivatpatientInnen beispielsweise aussuchen, ob und welche ÄrztInnen etc. sie aufsuchen,
8 während die Rechnungen von KassenpatientInnen nur von den Krankenkassen übernommen
9 werden, wenn ein Vertrag zwischen der Ärztin, bzw. dem Arzt und der Krankenkasse besteht.

10 Des Weiteren haben gesetzlich Krankenversicherte, wenn sie sich in einem Krankenhaus
11 behandeln lassen, zuvor sicherzustellen, dass dieses Krankenhaus zu jenen zählt, mit denen
12 die Versicherung einen Vertrag abgeschlossen hat, wenn die Betroffenen die Kosten nicht im
13 Zweifel selbst zahlen möchten; während PrivatpatientInnen z. B. mit ihren ÄrztInnen
14 gemeinsam beraten können, welches Krankenhaus für ihn oder sie am besten geeignet ist.

15 Ein weiterer Unterschied ist, dass viele private Versicherungen deutlich mehr
16 Vorsorgeuntersuchungen übernehmen. Bei vielen Krankheiten kommt es bei den Möglichkeiten
17 der Behandlung, bei einigen auch bei der Frage, ob der/die PatientIn die Krankheit überleben
18 wird insbesondere auf darauf an, in welchem Stadium der Krankheit diese festgestellt wird; im
19 Zweifel kann es also daran liegen, wie man versichert ist, ob man eine Krankheit überlebt oder
20 nicht.

21 Welche Untersuchungen, Medikamente, etc. von den PatientInnen selbst bezahlt werden und
22 welche von der Krankenkasse übernommen werden, unterscheidet sich erheblich: Während
23 dies bei gesetzlichen Krankenkassen festgelegt ist, richtet sich der Umfang der Leistungen bei
24 privaten Krankenkassen nach dem Beitrag, den der oder die Versicherte zahlt. Dadurch, dass
25 bestimmte Medikamente und Untersuchungen von einigen Krankenkassen übernommen werden
26 und andere nicht, unterscheidet sich, wie einzelne PatientInnen bei identischen
27 Krankheitsbildern behandelt werden. Dies geht zu Lasten der Gesundheit jeder und jedes
28 Einzelnen, kann lebensbedrohlich sein und ist nicht hinnehmbar!

29 Forderung Daher fordern wir Jusos weiterhin ein gerechtes und solidarisches System der
30 Krankenversicherungen, in dem alle BürgerInnen entsprechend ihres Krankheitsbildes und nicht
31 nach Art ihrer Versicherung behandelt werden und allen die Möglichkeit gegeben wird, zu
32 Vorsorgeuntersuchungen zu gehen, um jeder und jedem im Krankheitsfall eine gute
33 Behandlung zu ermöglichen. JedeR BürgerIn hat in dieses System abhängig von Einkommen
34 jeder Art einzuzahlen, eine Beitragsbemessungsgrenze, nach der Höchstbeiträge festgelegt
35 sind, gibt es darin nicht. An unserer Forderung nach einer paritätischen Finanzierung der
36 Krankenversicherungsbeiträge halten wir fest.

37 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Unterfranken

2 An Juso-Bundeskongress , SPD-Landesparteitag Bayern, SPD-Bundesparteitag

3 G 2 Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!

4 „Stockt der Verkehr auf Autobahnen und Außerortsstraßen mit mindestens zwei Fahrstreifen für
5 eine Richtung, müssen Fahrzeuge für die Durchfahrt von Polizei- und Hilfsfahrzeugen in der
6 Mitte der Richtungsfahrbahn, bei Fahrbahnen mit drei Fahrstreifen für eine Richtung zwischen
7 dem linken und dem mittleren Fahrstreifen, eine freie Gasse bilden.“ § 11 Abs. 2 StVO 2013

8 Dies lässt sich der StVO entnehmen und ist hier schon 1982 eingeführt worden. Doch ist die
9 aktuelle Realität auf deutschen Autobahnen eine ganz andere, selbst Berufskraftfahrer halten
10 dies nicht ein.

11 Die nicht Einhaltung ist zwar nach § 49 Abs. 1 Nr. 11 StVO eine Ordnungswidrigkeit die 20
12 Euro kostet doch interessiert dies kaum eine Person und die Rettungskräfte haben meist
13 dringlicheres zutun als diese Ordnungswidrigkeit zu verfolgen.

14 Aus diesem Grunde sollten wir uns hier Österreich als Beispiel nehmen, welche 2012 die
15 Rettungsgasse verpflichtend einführten, das Nichteinhalten mit über 2.000 Euro bestraft und
16 eine große Werbekampagne durchführten.

17 Auch in Deutschland sind schon Organisationen (Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft
18 Landesgruppe Hessen und die Feuerwehr Wiesbaden) engagiert und informieren über die
19 richtige Einhaltung der Rettungsgasse, diese sollten unterstützt werden und das Durchführen
20 einer öffentlichen Kampagne der Bundesregierung sollte auch bei uns stattfinden.

21 Auf der Autobahn, an häufigen Stau- und Unfallstrecken sollten Schilder angebracht werden
22 die auf die Rettungsgasse hinweisen.

23 So könnte Unfallopfern schneller Hilfe zuteilwerden und das ein oder andere Leben gerettet
24 werden.

25 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Antragsteller: Jusos Oberfranken
2 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag

3 G 3 Zuckergehalt von Lebensmitteln Transparent gestalten

4 Immer mehr Lebensmittelhersteller werben mit zuckerreduzierten, zuckerfreien oder ungesüßten
5 Produkten. Diese Aussagen verwirren nicht nur. Sie können auch gefährlich sein, da immer
6 mehr Konsument_innen unter Lebensmittelunverträglichkeiten oder Diabetes melitus leiden.

7 Die auf Lebensmitteln abgedruckte Nährwerttabelle zeigt einen ungefähren Zuckergehalt an,
8 doch viel verwirrender sind die Zutatenlisten an sich, da in den Gesetzen nicht genau geregelt
9 ist, auf welche Art Zucker anzugeben ist. Nach einem Test der Verbraucherzentrale wurden
10 mehr als 70 verschiedene Begriffe, die für Zucker oder andere Süßungsmittel stehen,
11 gefunden.

12 So zum Beispiel: Dextrose, Farin, Fruktose, Saccharose, Glukose, Isoglucose, Karamell,
13 Kandis, Laevulose, Maltodextrin, Mannit, Melasse, Sorbit, Xylit um nur einige davon zu
14 nennen.

15 „Aus Sicht der Verbraucherzentralen müssten die unterschiedlichen Zuckerdefinitionen in den
16 Gesetzestexten angeglichen werden, um dieses Verwirrspiel zu beenden. Zudem sollte die
17 Lebensmittelüberwachung Produkte verstärkt auf eine Irreführung durch nährwertbezogene
18 Angaben prüfen und Verstöße konsequent ahnden.“

19 Wir fordern:

- 20 • Einen transparenten Umgang mit Zucker und Süßmachern, der die Konsument_innen
21 nicht verwirrt, sondern informiert.
- 22 • Einheitliche Gesetzestexte, um den Herstellern die Schlupflöcher zu nehmen.
- 23 • Eine bessere Überprüfung der Lebensmittel zur Sicherstellung der angegebenen
24 Zutaten.

25 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Umwelt

2

3 Umweltkommission Jusos Bayern

4 An Juso Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

5 U 1 Resolution zur EEG-Novelle-für eine sozialistische Energiepolitik!

6 Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), welches im Jahr 2000 unter der rot-grünen Koalition
7 in Kraft trat, hat die Aufgabe Erneuerbare Energien , welche zu Beginn des Jahrhunderts einen
8 nicht erwähnenswerten Anteil am Strommix hatten, zu der bestimmenden Art der
9 Stromproduktion zu machen (80% im Jahr 2050). Nun, fast 15 Jahre später, zeigt sich, dass
10 der Ansatz weitgehenden Erfolg hatte. Gut ein Viertel des Strom-Mix kommt heute aus
11 erneuerbaren Energien. Am 1. August dieses Jahres trat die Reform des EEG in Kraft.

12 Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie begründet die Notwendigkeit einer Reform
13 mit dem Willen, „den Ausbau der erneuerbaren Energien planvoll zu steuern“. Dieser
14 Schlussfolgerung schließen wir uns grundsätzlich an, ein Umbau der Energieversorgung muss,
15 v.a. jetzt wo die Erneuerbaren Energien einen größeren Platz einnehmen, als noch zur
16 Jahrtausendwende, geplant geschehen. Für uns ergeben sich hieraus allerdings andere
17 Schlussfolgerungen.

18 Die EEG-Reform beinhaltet eine Deckelung der Subventionen für erneuerbare Energieträger
19 nach oben hin. Hierbei wird unterschieden zwischen Solarkraft die auf Privatdächern
20 produziert wird, Biomasse und Windkraft, wobei innerhalb der Windkraft die Produktion an
21 Land und in Wasser separat gedeckelt werden, wie verschiedene Energieträger. Jeder der
22 verschiedenen Energieträger hat hierbei einen Ausbaukorridor in welchem subventioniert wird,
23 was darüber hinweg geht, führt im Fall des „atmenden Deckels“ zu einem Sinken der
24 Fördersätze für weitere Anlagen, im Fall von Windenergie auf See gibt es einen festen
25 Mengendeckel. Die Deckel, die das EEG vorsieht, wobei die Mengen ja durch den atmenden
26 Deckel heruntergefahren werden sollen, selbst wenn das im Korridor definierte Ausbauziel
27 erreicht wird, reichen laut Schätzungen des Bundesverbands Erneuerbare Energien allerdings
28 nicht einmal aus, um den im Jahr 2022 wegfallenden Atomstrom auszugleichen. Diese
29 Regelungen sind eine Abnahmegarantie für große Energiekonzerne und den von diesen
30 produzierten Kohlestrom.

31 Die EEG-Reform bringt weitere exemplarische Punkte durch welche Dezentralisierung,
32 besonders des Eigentums an den Energieproduktionsmitteln, verhindert. Diese
33 Dezentralisierung in sowohl technisch eine Grundvoraussetzung, also auch für eine
34 Demokratisierung des Energiemarktes notwendig. Die Fördermodelle von Windenergie auf See
35 unterscheidet sich maßgeblich in ihrer Art und Weise der Förderung, da die Förderung auf
36 wesentlich längere Zeit festgeschrieben sind. Als Grund wird hier das wesentlich höhere
37 Investitionsniveau genannt, profitieren von dieser Regelung werden allerdings ausschließlich
38 wieder große Energiekonzerne. Genoss_innenschaften, Stadtwerke, etc. profitieren hiervon

1 nicht. Die Ermittlungen der Subventionshöhe von Freiland-Solarflächen durch Ausschreibungen
2 bevorzugen ebenso große Firmen. Die momentane Diskussion darüber diese Ermittlung der
3 Subventionen, wie zu Beginn geplant, auch auszuweiten auf weitere Formen der
4 Energieproduktion, was besonders auf Druck der EU geschieht, zeigt hier die Tendenz die
5 begonnene Dezentralisierung zu stoppen. Das momentane Oligopol in der Energieproduktion
6 wird durch die Reform der Subventionshöhe nicht gebrochen, im Gegenteil sie wird
7 reproduziert.

8 Die durch die EEG-Reform festgeschriebene Direktvermarktung hat ähnliche Folgen.
9 Selbstverständlich sehen wir die positiven Effekte dieser Direktvermarktung, nachdem durch sie
10 die Anreize erhöht werden in Zeiten von wenig Energie auf dem Markt welche zu
11 produzieren, weil der Preis deutlich höher in diesem Moment ist. Allerdings sind die
12 Produktionsmengen, ab denen diese Direktvermarktung verpflichtet ist deutlich zu niedrig.
13 Gerade kleine Produzent_innen haben auch hier einen Nachteil gegenüber Größeren. Ein
14 weiteres maßgebliches Interesse der Direktvermarktung ist weiter, die Energiekosten deutlich zu
15 senken. Grund hierfür ist, dass die EEG-Umlage deutlich gestiegen ist in den letzten Jahren.
16 Das Problem ist, dass ein weiterer erfolgreicher Ausbau der EEG-Umlage dieses Phänomen
17 weiter reproduziert. Grund hierfür ist, dass durch die Vermarktung des Stroms an der Börse der
18 Strompreis gedrückt wird, da EE wesentlich billiger sind, als konventionelle Energieträger.
19 Damit die Produktion Erneuerbarer Energien allerdings weiterhin profitabel ist, zahlen die
20 Stromkund_innen durch die EEG-Kernumlage die Differenz. Hierdurch wird die paradoxe
21 Situation ausgelöst, dass ein erfolgreicher EE-Ausbau den Strom teurer macht. Weiter haben
22 wir das Problem, dass diejenigen, die finanziell besser gestellt sind und sich Investitionen
23 leisten können in EE eine Gewinngarantie bekommen, da ihr billiger Strom an der Börse von
24 der Wirtschaft gekauft wird und die Differenz diejenigen durch die Stromrechnung zahlen, die
25 sich diese Investitionen nicht leisten können. Dies verursacht also eine Umverteilung von unten
26 nach oben und kann nicht im Interesse sozialistischer Energiepolitik sein. Dieses Phänomen
27 war ein Hauptgrund Grund für den Anstieg der EEG-Umlage bis 2010. In der Zeit danach ist
28 weiter ein starker Anstieg dieser Kernumlage zu verzeichnen, die EE G-Umlage allerdings stieg
29 im Verhältnis dazu noch mehr an. Grund hierfür war u.a. auch, dass die Ausnahmen für die
30 Wirtschaft deutlich erhöht wurden, was auch durch die Verbraucher_innen zu zahlen war.
31 Wie sehr die teilweise Rücknahme der Ausnahmen durch die EEG-Novelle Erfolgreich im
32 Bezug dazu war, wird sich im kommenden Jahr zeigen. Weiter sollen nun
33 Eigenversorger_innen an der EEG-Umlage beteiligt werden, was die evtl. oben genannte
34 Diskrepanz verbessern könnte. Allerdings macht es keinen Sinn Eigenversorger_innen
35 Abgaben zahlen zu lassen, damit davon erneuerbare Energien gefördert werden können, dies
36 fördert die Person nämlich indem sie sich entscheidet Eigenversorger_in durch regenerative
37 Energie zu sein. Selbstverständlich muss man sich hier darüber Gedanken machen, wieso die
38 Person, die in einer Wohnung lebt und keine Möglichkeit hat Eigenversorger_in zu sein aus
39 finanziellen Gründen und weil sie eben kein Haus hat, durch Ihre Stromrechnung und EEG-
40 Umlage die Subventionen, bzw. Befreiung der Umlage derer zahlt, die das Geld haben ein
41 Haus zu besitzen und dort eine eigene Stromversorgung einzurichten. Der Vorwurf einer
42 Umverteilung von unten nach oben in diesem Kontext ist also nicht unbedingt falsch und die

1 Pflicht der Beteiligung von Eigenversorger_innen Abgaben zu zahlen fängt eine solche
2 Umverteilung evtl. auch ein, aber das leider vollkommen unabhängig der ökonomischen Lage
3 der Selbstversorger_innen.

4 Wir sehen deswegen es nicht als Ziel an die Energiewende, wie es in den letzten Jahren
5 geschehen ist marktwirtschaftlicher zu machen. Das Ziel muss eine ökologische Energiewende
6 sein, die Solidarität, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt stellt.
7 Diese Sicherheiten erreichen wir nicht durch mehr Markt, wir brauchen eine Verschiebung der
8 Eigentumsverhältnisse in der Energieproduktion. Die Stadtwerke als staatliche Akteure müssen
9 die dezentralen Orte öffentlicher Energieproduktion sein. Hierfür müssen diese
10 rekommunalisiert und auf diese Aufgabe hin zugeschnitten werden, mit staatlicher
11 Finanzierungs- und Steuerungsebene darüber. Uns ist bewusst, dass die europäischen Verträge
12 uns zu einer Liberalisierung des Strommarktes verpflichten, deswegen müssen wir uns in
13 diesem Punkt für Neuverhandlungen stark machen.

14 Wir müssen auch das Prinzip der indirekten Finanzierung der Energiewende neu bedenken.
15 Wie oben beschrieben profitieren die finanziell bessergestellten schon auf Grund der
16 Tatsache, dass sie finanzieren können in erneuerbare Energien durch ein solches System.
17 Weiter können sozial besser ausgestattete Haushalte sich neuere, effizientere Geräte kaufen,
18 während andere Haushalte dies nicht können und damit weiter wesentlich stärker an dieser
19 Gesellschaftlichen Aufgabe belastet werden. Deswegen muss eine sozialistische Energiepolitik
20 dieser Sache entgegenwirken, auch weil effiziente Geräte ökologisch sinnvoll sind.
21 Sozialtransfers vom Staat müssen in diesem Punkt angepasst werden, weiter zu überlegen sind
22 für niedrige Einkommensklassen über gewisse Zeiträume hinweg negative Einkommenssteuern,
23 die diese Menschen befähigen in effiziente Geräte zu investieren. Die Finanzierung der
24 Energiewende wesentlich direkter stattfinden durch eine solidarische Steuerpolitik.

25 Eine Reform der Energiepolitik ist notwendig, bedarf aber eines weiteren grundlegenden
26 politischen Ansatzes: Die Folgen und Schäden des Klimawandels zu begrenzen muss
27 Verpflichtung linker Politik sein. Es ist allerdings nicht so, dass unsere Politik Ihre sozialistischen
28 Werte dafür aufgeben soll, es ist das Gegenteil der Fall, nämlich, dass die sozialistische Basis
29 unserer Politik die einzige Möglichkeit ist eine ökologische Katastrophe zu verhindern. Da
30 kann nicht eine solche Reform, in der bisherigen Form nicht die Lösung sein. Es braucht eine
31 vollkommen neue Aufstellung in der Finanz- wie Wirtschaftspolitik. Wir fordern die
32 Transformation der Besitzverhältnisse in der Energieproduktion. Der Kapitalismus und der
33 Markt haben weder ein soziales noch ein ökologisches Gewissen, an diese Stelle muss die
34 Gesellschaft treten, deshalb fordern wir eine weitgehende Überführung der Energieinfrastruktur
35 in öffentliche Hand. Insbesondere das Stromnetz, ein de-facto natürliches Monopol muss in
36 öffentliche Hand übertragen werden, hierbei ist hierarchisch beim Höchstspannungsnetz zu
37 beginnen.

38 angenommen abgelehnt überwiesen an

39

1 Jusos Oberpfalz

2 An SPD-Fraktion im Bundestag

3 U 2 Für die Bürger-Energiewende und gegen Stromtrassenbau

4 Am 25. Februar 2000 verabschiedete der Deutsche Bundestag das durch die rot-grüne
5 Bundesregierung eingebrachte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Es löste das
6 Stromeinspeisungsgesetz von 1990 ab und kann zu einer der weitreichendsten Reformen in
7 der deutschen Bundespolitik in den vergangenen 15 Jahren gezählt werden. Mit dem EEG ist
8 mittlerweile das ganze weite Feld der Energiewende untrennbar verbunden. Jetzt droht dieses
9 Prestige- und Mammutprojekt zu scheitern. Während zu Beginn des Projekts alles für die
10 Förderung und Unterstützung der Energiewende getan wurde, haben die politischen Schritte
11 der letzten Jahre, insbesondere unter der schwarz-gelben Regierung, die Energiewende
12 verlangsamt und torpediert.

13

14 Leider scheint es, als würde auch die große Koalition mit dem Ausbremsen der Energiewende
15 weitermachen. Die Diskussion über die angeblich zu hohen Kosten gefährdet die Akzeptanz
16 der Energiewende in der Bevölkerung. Schuld daran sind aber nicht die Kosten der
17 Erneuerbaren Energien, sondern hausgemachte Probleme wie die Ausnahmeregelungen für
18 große Teile der Industrie. Es ist ohne Zweifel den EnergielobbyistInnen zuzuschreiben, dass nur
19 noch von max. 45 % Erneuerbaren bis 2025 die Rede ist, was vor allem eine
20 Bestandsgarantie für die konventionellen Kraftwerke bedeutet. Hier wird der Bevölkerung
21 weiterhin weiß gemacht, „dass die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas)
22 als Teil des nationalen Energiemixes auf absehbare Zeit unverzichtbar“ (siehe
23 Koalitionsvertrag) seien, unter anderem auch, weil noch keine ausgereifte Speichertechnologie
24 vorhanden wäre. Doch auch in dieser Frage gibt es Mittel und Wege, das Problem zu
25 beseitigen – der Mix der Erneuerbaren Energien ist die beste Voraussetzung für die Lösung
26 des Speicherproblems. Häufig scheint die Sonne, wenn der Wind nicht weht, und oft weht der
27 Wind, wenn die Sonne nicht scheint. Weltweit wird an neuen Technologien zum Speichern
28 von Energie gearbeitet: an besseren Batterien, an Wasserstofftechnologien,
29 an Pumpspeicherkraftwerken, Druckluftspeicherkraftwerken, am Elektroauto und vor allem an
30 „Power-to-gas“-Technologien. Das heutige Gasnetz in Deutschland kann vier Monate lang den
31 Überschussstrom von Sonne und Wind speichern, wenn dieser zuvor in Wasserstoff
32 umgewandelt wurde. Die Wissenschaft sagt uns schon lange, dass das Speicherproblem
33 lösbar ist.

34

35 Es ist genau der falsche Weg, wenn die Bundesregierung jetzt die regenerativen Energieträger
36 drosselt: Bei der Photovoltaik hatte die schwarz-gelbe Koalition kräftig auf die Bremse getreten,
37 mit dem „Erfolg“, dass sich der Zubau von PV im Jahr 2013 in etwa halbiert hat.

1 Das gleiche Schicksal soll nun die Windenergie an Land erleiden. Hier sollen die Fördersätze
2 deutlich gesenkt werden und Seehofers durchgesetzte Länderöffnungsklausel im
3 Koalitionsvertrag führt dazu, dass in Bayern eine Mindestabstandsregelung zwischen
4 Windrädern zu gelten hat, die quasi das Aus für den Bau weiterer On-shore-Windräder
5 bedeutet. Dabei kann gerade die Windenergie an Land einen wichtigen Beitrag zur
6 dezentralen Stromerzeugung leisten und so teure Übertragungsleitungen überflüssig machen.

7 Die politischen Schritte in Sachen Energiewende in den letzten Jahren zeigen in eine Richtung:
8 Das, was eigentlich unter dezentraler Stromversorgung mal angedacht war, wird nun
9 ausgebremst, um den Großkonzernen im Energiesektor die Wunden der vergangenen Jahre zu
10 heilen. Solar- und Windstrom werden von privaten Haushalten, genossenschaftlich
11 organisierten Kleinbetreibern und Stadtwerken selbst produziert – werden jedoch von
12 politischer Seite aus nicht mehr in dem Maße gefördert, wie es notwendig wäre. Lediglich die
13 Bereiche Wasserkraft und Offshore Wind sollen laut Koalitionsvertrag weiter gefördert
14 werden.

15 Doch gerade Offshore Wind hat ein so hohes Investitionsvolumen, dass er nicht wie die
16 anderen Erneuerbaren in Bürgerhand betrieben werden kann. Vielmehr liegt auf diesem
17 Bereich die Hand der Großkonzerne EON und Co. Sie errichten gewaltige zentrale Offshore-
18 Windparks und steigen somit offensiv in den Markt der Erneuerbaren Energien ein, was aber
19 auf Kosten der dezentralen Energieerzeugung gehen muss.

20 Der Frage nach dem Transport des auf hoher See erzeugten Stroms ist man bei den
21 Großkonzernen im Vorfeld der Ausbauaktivitäten allem Anschein nach nicht zuverlässig
22 nachgegangen. Dabei muss den Experten in den Stromkonzernen von Anfang an klar
23 gewesen sein, dass die Verteilung nur mit einem massiven Ausbau gewaltiger Hochspannungs-
24 Gleichstromtrassen möglich ist. Ohne diese riesigen Verteilernetze ist die Produktion aus
25 Offshore-Windparks für die großen Strombetreiber nicht sinnvoll einzuspeisen.

26 Die nun für den Transport vom hohen Norden bis in den südlichsten Zipfel der Bundesrepublik
27 geplanten riesigen Stromautobahnen durch viele Bundesländer werden zu Recht von den
28 BürgerInnen vor Ort bekämpft – sie sollen teilweise durch Gemeinden und Städte hindurch
29 gebaut werden, nur wenige Meter von bewohnten Grundstücken entfernt. Außerdem kommt
30 hinzu, dass der Einspeisepunkt einer der geplanten Trassen in einer Region geplant ist, die in
31 großem Maße von Braunkohletagebauten und Braunkohlekraftwerken geprägt ist. Daher ist
32 davon auszugehen, dass die Trasse nicht nur Strom aus Erneuerbaren, sondern in großem
33 Umfang auch Braunkohlestrom transportieren soll. In diesem Zusammenhang wird oft eine
34 weitere Behauptung ins Feld geführt: Ohne Atomkraft und Kohle drohen Blackout und
35 Stromlücken. Ist es dann ein Zufall, dass im Sommer 2011, als die sieben ältesten der 17
36 Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz gingen, folgendes passierte: Nichts! Nicht in
37 München, Köln oder Berlin war davon etwas spüren – nicht auf dem Land, nicht in den
38 Produktionsstätten der Großkonzerne. Aber es ist natürlich auch klar, dass wir die
39 Energiewende auch nur meistern, wenn wir unseren Lebensstil anpassen. Industriestaaten, die

- 1 ihre Energie zurzeit höchst ineffizient nutzen, können ihren Verbrauch drastisch senken, ohne
2 dabei auf Wohnkomfort oder Informations- und Unterhaltungselektronik verzichten zu müssen.
- 3 Statt den Großkonzernen die Energielieferung aus den Offshore-Anlagen durch die
4 Stromautobahn zu ermöglichen, muss von politischer Seite alles dafür getan werden, um die
5 dezentrale Energieversorgung zu stärken. Energie muss zunehmend am Verbrauchsort oder in
6 direkter Nähe erzeugt werden. Die dezentralisierte Energie ist an ein lokales Verteilungsnetz
7 angeschlossen und versorgt Privathaushalte und Büros anstelle des
8 Hochspannungsübertragungsnetzes. Wir Jusos stellen uns gegen die geplanten Stromtrassen,
9 weil wir von einem anderen Verständnis der Energiewende ausgehen. Wer konsequent auf
10 alternative Energien vor Ort setzt, braucht solche Leitungen nicht. Vielmehr wurde die
11 Energiewende bisher weitgehend von vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern getragen,
12 die sich PV-Anlagen aufs Dach bauten, sich für Windräder in ihrer Kommune entschlossen und
13 sich die kommunale Energieversorgung zurück holen wollten.
- 14 Wir fordern deshalb die Abkehr vom zentralistischen Energieversorgungsansatz, der mit der
15 Stromtrasse weiter vorangetrieben wird.
- 16 Wir fordern die Rahmenbedingungen wieder so anzupassen, dass mit diesem Weg der
17 dezentralen Energiegewinnung vor Ort durch die Bevölkerung weitergemacht werden kann.
- 18 Wenn diese Wende konsequent umgesetzt wird, wird der Netzausbau überflüssig, für den
19 berechtigterweise die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis hat.
- 20 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberpfalz

2 An Juso-Bundeskongress

3 U 3 Infrastruktur als öffentliche Daseinsvorsorge begreifen

4 Zur Daseinsvorsorge zählen Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches
5 Interesse besteht, etwa die Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation und Internet,
6 öffentlichem Nah- und Fernverkehr, Post, Abfall- und Abwasserentsorgung. Nach Jahren der
7 Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Dienstleistungen zeigen sich die erwarteten Folgen:
8 Alle Jahre wieder gibt es ein Krisengespräch der Regierung mit den großen Netzbetreibern in
9 Deutschland hinsichtlich des mangelhaften Ausbaus des Breitbandnetzes. Besserung wird
10 gelobt, aber es geschieht nichts. Gleiches lässt sich nun auch beim Thema Energiewende
11 beobachten, wo der Netzausbau den Vorstellungen weit hinterher hinkt. Nicht viel besser sieht
12 es auf der Schiene oder auf der Straße aus. Die Schlaglöcher häufen sich und der Deutschen
13 Bahn wird sogar vorgeworfen, dass sie öffentliches Geld, welches für die Erneuerung von
14 Schienen und Brücken gedacht war, zweckentfremdet hat. Ein Umdenken ist gefragt, denn: Die
15 Infrastruktur eines Landes sind die Schlagadern, welche über das wirtschaftliche Wohl eines
16 Landes mitentscheiden.

17 Wir fordern daher:

18 1. Trennung von Netz und Dienstleistung

19 Bisher sind Netz und Dienstleistung zwar aufgespalten, aber zumeist beides noch in der Hand
20 von ehemaligen staatlichen Monopolunternehmen. Dies hat in der Vergangenheit immer
21 wieder zu Schwierigkeiten geführt. Theoretisch gab es zwar einen Wettbewerb, aber für neue
22 Dienstleistungsanbieter war es oftmals schwer, Zugang zu den ehemals staatlichen Netzen zu
23 erhalten. Eine Rückführung der Netze in staatliche Hand ist daher notwendig. Nur so können
24 faire Wettbewerbsbedingungen für alle Dienstleistungsanbieter geschaffen werden.

25 2. Ausbau der Netze durch die entsprechenden öffentlichen Stellen

26 Mit der Privatisierung der Netze wurde auch der Netzausbau aus der Hand gegeben. Eine
27 politische Einflussnahme ist nur noch bedingt möglich. Vor allem ländliche Regionen haben
28 hierunter zu leiden. Diese Regionen mit Netzen zu erschließen und zu unterhalten ist für die
29 Unternehmen zumeist nicht lohnenswert. Die Folge ist, dass diese Regionen ins Hintertreffen
30 geraten. Mit der Rückführung der Netze muss daher gleichzeitig der Ausbau vorangetrieben
31 werden.

32 3. Ausbau muss nicht nur national sondern europäisch ausgerichtet werden

33 Die Energiewende macht es deutlich. Es fehlt an einem Gesamtkonzept. Teilweise werden
34 Trassenführungen von einem auf den anderen Tag wieder verworfen. Bereits bestehende
35 Netze sind veraltet und nicht kompatibel zu den Netzen unserer europäischen Nachbarn. Es

- 1 ist daher dringend notwendig, ein europäisches Gesamtkonzept zu entwerfen. Erst dann sollte
2 der Ausbau weiter vorangetrieben werden.
- 3 4. Übernahme der sicherheitsrelevanten Datenknotenpunkte wie dem DE-CIX in Frankfurt am
4 Main durch öffentliche Stellen
- 5 Die NSA-Affäre hat gezeigt, wie anfällig unsere Infrastruktur ist. Der Aufschrei quer durch alle
6 Parteien war zwar groß, aber er offenbarte auch die Machtlosigkeit aller Beteiligten. Ein
7 Grund hierfür ist, dass nur noch eine eingeschränkte staatliche Kontrolle über
8 sicherheitsrelevante Datenknotenpunkte besteht. Diese muss wieder erhöht werden, um die
9 Privatsphäre und die wirtschaftliche Integrität zumindest mehr als bisher zu schützen.
- 10 5. Verpflichtung der Dienstleistungsanbieter im Sinne eines Anschluss- und Benutzungszwangs
11 zur Nutzung dieser Netze
- 12 Nicht sinnvoll ist es, wenn mehrere Netze nebeneinander betrieben werden. Dies würde zu
13 einer Verschwendung von Ressourcen führen. Die Dienstleistungsanbieter sind daher gesetzlich
14 zu verpflichten, die wieder zurückgeführten Netze zu nutzen. Nur so kann eine ausreichende
15 Finanzierung des Ausbaus sichergestellt werden.
- 16 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Unterfranken

2 An SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag Deutschland

3 U 4 Für ein Umdenken in der Ernährungspolitik

4 Nachhaltigkeit, auch im Bereich Ernährung, spielt für eine gerechte Gesellschaft eine große
5 Rolle. Wir wollen eine Gesellschaft, die nachhaltig und bewusst mit Lebensmitteln umgeht. Wir
6 stellen hierzu folgende Forderungen, um eine faire und gerechte Verteilung von Lebensmitteln
7 weltweit zu erwirken, um einerseits den Überfluss an Lebensmitteln einzudämmen und
8 andererseits den Mangel an Lebensmitteln in den Ländern des globalen Südens zu lindern.

9 Agrarsubventionen einschränken

10 Agrarsubventionen sollen soweit zurückzufahren werden, dass einerseits eine nötige
11 Unterstützung von Landwirten und Landwirtinnen stattfindet, um unseren Nahrungsmittelbedarf
12 abzudecken, aber andererseits keine Abschottung gegenüber Agrarprodukten aus Ländern des
13 globalen Südens stattfindet. Verboten werden soll die Subvention auf Lebensmittelexporte in
14 diese Länder. Die Vergabe von Agrarsubventionen soll dabei an soziale und ökologische
15 Kriterien gebunden sein, um eine sozial gerechte, regionale, ökologisch verträgliche und
16 tiergerechte Landwirtschaft zu fördern.

17 Agrarkraftstoffanbau kontrollieren

18 Agrarkraftstoffe sollen nur auf Flächen angebaut werden, auf denen keine Nahrungsmittel oder
19 bedrohte Pflanzenarten wachsen. Nur wenn er dort eingesetzt wird, wo die nachwachsenden
20 Rohstoffe wachsen und die Energieausbeute der Pflanzen hoch ist, ist der Anbau von
21 Agrarkraftstoffen sinnvoll. So könnte man dezentrale und regionale Agrarkraftstoffnetzwerke
22 schaffen, die vor Ort für den Treibstoffhaushalt sorgen. KleinbauerInnen und Genossenschaften
23 könnten so gefördert werden. Agrarkraftstoff-Varianten, die bei der Erzeugung mehr Energie
24 brauchen, als sie bei der Verbrennung bereitstellen, müssen verhindert werden.

25 Fair Trade fördern und kritisch begleiten

26 Bei Fair-Trade steht eine nachhaltige Entwicklung im Zentrum der Handelsstrukturen und-
27 Praktiken. Jeder und jede soll durch seine Arbeit einen menschenwürdigen Lebensstandard
28 erreichen und sein Entwicklungspotential entfalten können.

29 Die Kleinbauern und Bäuerinnen schließen sich in der Regel in Genossenschaften zusammen,
30 in denen sie an allen wichtigen Entscheidungen direkt und demokratisch beteiligt sind. Neben
31 der Vermarktung der Produkte setzen sie sich unter anderem für soziale Sicherung,
32 Weiterbildung und dem Schutz von natürlichen Ressourcen ein.

1 Gleichzeitig muss klar sein, dass sich auch in den Ländern des globalen Nordens nicht alle
2 Menschen den Kauf von Fair-Trade-Produkten leisten können. Fair Trade alleine kann die
3 Probleme des globalen Kapitalismus nicht lösen.

4 Für eine nachhaltige und artgerechte Tierhaltung

5 Skandale um Massentierhaltungsanlagen reißen nicht ab und verunsichern die
6 Verbraucherinnen und Verbraucher. Wegen der unhygienischen Zustände in den Mastanlagen
7 greifen immer mehr Produzenten zu Antibiotika. Die Folge ist, dass antibiotikaresistente Keime
8 entstehen und auf den Menschen übergreifen können. Deshalb muss der Einsatz von
9 Antibiotika in der Massentierhaltung eingeschränkt werden.

10 Des Weiteren fordern wir ein Umsteuern bei der Tierhaltung. Wir brauchen eine Abkehr von
11 der industriellen Tierproduktion hin zu einer Landwirtschaft, die eine artgerechte Tierhaltung
12 unterstützt. Tiere müssen als lebende und leidende Lebewesen wahrgenommen und auch so
13 behandelt werden.

14 Gegen Grüne Gentechnik

15 Wir glauben nicht dass die Grüne Gentechnik den Welthunger besiegen wird. Das
16 Gentechnik-Prinzip beruht auf einer Monopolisierung der Nahrungsmittelproduktion, die den
17 Zugang vieler Menschen zu Lebensmitteln verhindern wird und nicht erleichtert. Dass in
18 Ländern des globalen Südens durch Monokulturen immer mehr KleinbauerInnen ihrer Existenz
19 beraubt werden, ist auch eine Folge der Grünen Gentechnik. Dies lehnen wir strikt ab. Auch
20 der Bedrohung der Vermischung von konventionellen und gentechnisch manipulierten Pflanzen
21 und deren Pollen ist gefährlich. Vor allem da die langfristigen Wirkungen auf die Umwelt oder
22 der Einfluss auf Mensch und Tier nicht erforscht sind. Wir brauchen eine nachhaltige und
23 naturnahe Landwirtschaft, um einen freien und gerechten Zugang aller Menschen zu
24 Lebensmitteln zu ermöglichen.

25 Ernährungsbewusstsein stärken

26 Für eine aufgeklärte Gesellschaft, ist es wichtig, nachhaltig und bewusst mit Nahrungsmitteln
27 umzugehen. Viele Menschen wissen nicht um die Auswirkungen ihrer
28 Ernährungsgewohnheiten. Deswegen ist es wichtig dass die Menschen über die Auswirkungen
29 des Konsumverhaltens unserer Gesellschaft aufgeklärt werden. Schon in Bildungs- und
30 Erziehungseinrichtungen bei Kindern muss eine Aufklärung diesbezüglich stattfinden, aber
31 auch in den Medien und in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig können Menschen sich nur dann
32 nachhaltig und bewusst ernähren, wenn ihnen die finanziellen Möglichkeiten dafür zur
33 Verfügung stehen. Eine Umverteilung innerhalb unserer Gesellschaft ist deshalb
34 Grundvoraussetzung.

35 VerbraucherInnenschutz

1 Aufklärung über die Herkunft von Lebensmitteln ist eine wichtige Aufgabe für den
2 VerbraucherInnenschutz. Um den Menschen Transparenz in der Ernährung zu bieten, ist eine
3 Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln ein gutes Mittel. Beispielsweise für Lebensmittel die
4 mittels Grüner Gentechnik produziert wurden, sei es das Produkt selbst oder Produkten, welche
5 von Tieren stammen die mit genmanipulierten Futter ernährt wurden. Aber auch
6 Mindestanforderungen für Lebensmittel an Qualität, Anbau und Tierhaltung müssen definiert
7 und kontrollieren werden.

8 Vergesellschaftung der Forschung

9 Patentrechte auf Lebensmittel, Pflanzen und Tiere können die öffentliche Forschung
10 untergraben. Multinationale Unternehmen können, Dank der Patente, Ihre Produkte zu
11 monopolähnlichen Bedingungen auf den Markt bringen. Wir wollen eine europaweite
12 Vergesellschaftung der Nahrungsmittelforschung, die das Ziel hat, unabhängige und dem
13 Menschen zu Gute kommende Forschungsprojekte zu verfolgen. Beispielsweise die
14 Intensivierung der Forschung im Bereich des nachhaltigen Anbaus.

15 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, Bundesparteitag der SPD, Bundestagsfraktion
3 der SPD, Europafraktion der SPD

4 U 5 Einführung gesetzlicher Kennzeichnungspflicht von Pelzprodukten

5

6 Die Kennzeichnung von Echtpelz auf Kleidungsstücken ist immer noch nicht verpflichtend in
7 Deutschland.

8 In Europa gilt seit 2012 die Textil-Kennzeichnungsverordnung. Tierische Materialien wie z.B.
9 Echtpelz müssen am Produkt nur mit dem Satz "Enthält nicht-textile Bestandteile tierischen
10 Ursprungs" gekennzeichnet werden.

11 Die bestehende Kennzeichnungsverordnung bietet den VerbraucherInnen daher nur
12 unzureichende Informationen. Es ermöglicht keine Auswahl nach Tierschutzkriterien.

13 Wir fordern daher eine Kennzeichnungspflicht von Echtpelz mit folgenden Informationen:

- 14 • Tierart
- 15 • Geographische Herkunft
- 16 • Haltungsbedingungen

17 Die Forderungen sollen auf nationaler und europäischer Ebene angegangen werden.

18 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, Bundesparteitag der SPD, Bundestagsfraktion
3 der SPD, Europafraktion der SPD

4 U 6 Verbot von Schlachtungen trächtiger Rinder

5

6 Aktuelle Situation:

7 In Deutschland werden einer Schätzung der Bundestierärztekammer zufolge jährlich bis zu
8 180.000 trächtige Rinder in Schlachthöfen geschlachtet. Dabei sterben auch die Kälber im
9 Mutterleib.

10 Trächtige Rinder werden aus wirtschaftlichen Gründen getötet. Da sie nicht mehr die
11 Milchleistung erfüllen, werden sie „ausgemustert“.

12 Das Rind wird durch Bolzenschuss betäubt und daraufhin getötet. Der Bolzenschuss hat jedoch
13 keine Wirkung auf den Fötus. Dieser erstickt in dem „Prozess“ elendig.

14 Hier besteht leider eine Lücke in den Gesetzesregelungen.

15 Daher fordern wir:

- 16 • Überprüfungen der Rinder auf Trächtigkeit vor Transport und Schlachtung
- 17 • Transportverbot von Rindern während des letzten Drittels der Trächtigkeit
- 18 • Schlachtverbot für trächtige Rinder.

19 Die Forderungen sollen auf nationaler und europäischer Ebene angegangen werden.

20 angenommen abgelehnt überwiesen an

21

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 U 7 Hydraulic Fracturing

4 Unter Hydraulic Fracturing versteht man eine Methode zur Erdöl- und Erdgasförderung, bei der
5 Fließwege im Gestein von ca. 1.000 bis 5.000 Metern Tiefe geschaffen werden. Bei der
6 Bohrung wird eine von Standort zu Standort unterschiedlich zusammengesetzte Flüssigkeit in
7 das Gestein gepumpt.

8 Ein Punkt, den die wenigsten wissen ist, dass in Deutschland seit 1961 Fracking bereits
9 eingesetzt wird. Auch für die Erschließung von Grundwasserleitungen und für den
10 Wärmetransport in der Geothermie, wobei hierfür keine Chemikalien verwendet werden
11 dürfen.

12 Das neue Fracking allerdings, über welches im Moment diskutiert wird, ist eine
13 Modeerscheinung aus den USA und wird vor allem für die Gewinnung von Schiefergas
14 verwendet.

15 Hierbei wird in das angebohrte Gestein ab 1.000 Meter Tiefe, eine Flüssigkeit bestehend aus
16 Wasser, Quarzsand oder Keramikkügelchen und verschiedenen Chemikalien mit einem Druck
17 von ca. 1.000 Bar gepumpt. Unter dem Druck entstehen weitere Risse, durch welche das Gas
18 entweichen kann. Der Quarzsand bzw. die Keramikkügelchen sorgen dafür, dass die Risse
19 bestehen bleiben.

20 Diese Förderungsmethode sorgt in der Energieindustrie für reichlichen Gewinn, ist aber für die
21 Bevölkerung, aufgrund der Chemikalien durchaus schädlich - schon aufgrund der nicht
22 vorhandenen Offenlegungspflicht für den „Fracking-Cocktail“. Die einzige Möglichkeit auf
23 eventuell giftige oder krebserregende Stoffe zu reagieren, sind Gutachten, welche wiederum
24 vom Bundesumweltamt ausgeführt werden. In einem dieser Gutachten aus dem Jahr 2012
25 heißt es: „In der Bohrung wurden z. B. bei drei Fracks rund 12.000 Kubikmeter Wasser, 588
26 Tonnen Stützmittel und 20 Tonnen Additive (davon 460 Kilogramm Biozide) verpresst. Die
27 Auswertung der verfügbaren 80 Sicherheitsdatenblätter ergab, dass 6 Zubereitungen als giftig,
28 6 als umweltgefährlich, 25 als gesundheitsschädlich, 14 als reizend, 12 als ätzend eingestuft
29 sind.“⁴

30 Das neu ausgearbeitete Papier von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Umweltministerin
31 Barbara Hendricks hat für die Bohrungen nach der Fracking Methode nun ein Teilverbot bis
32 2021 ausgesprochen, was danach kommt weiß noch keiner. Nach dem Teilverbot sollen
33 Bohrungen erst ab einer Tiefe von 3.000 Metern mit neuen Umweltauflagen erlaubt werden.
34 Probebohrungen zu Forschungszwecken dürfen allerdings komplett weiter ausgeführt werden,
35 was ein Hintertürchen für die Energiewirtschaft bedeutet. Weiterhin darf Fracking in
36 Wasserschutzgebieten nicht ausgeführt werden und auch die einzelnen Bundesländer haben

⁴ <http://www.geo.de/GEO/natur/oekologie/erdgasfoerderung-fracking-das-sollten-sie-wissen-74451.html?p=2>

- 1 das Recht, bestimmte Gebiete zu verbieten. Doch diese Regelungen sind zu schwach: Nur weil
2 die Wasserschutzgebiete tabu sind, bedeutet das nicht, dass nicht durch die Bohrungen
3 Chemikalien in unser Grundwasser kommen können, zudem ist das Gas klimaschädlich. Bei
4 der Verbrennung entsteht vor allem Methan, welches um 20 Mal schädlicher ist, als dieselbe
5 Menge an CO₂.
- 6 Auch das in Deutschland verwendete, chemikalienfreie Fracking, beherbergt die Gefahr vor
7 Erdbeben oder der Grundwasserverunreinigung.
- 8 Daher fordern wir ein gesetzliches, dauerhaftes Fracking Verbot für Deutschland - keinen
9 Flickenteppich - sowie die Offenlegung der bisher verwendeten Chemikalien.
- 10 angenommen abgelehnt überwiesen an

11

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 U 8 Für ein effektives globales Klimaabkommen in Paris

4 Im Dezember dieses Jahres findet die Weltklimakonferenz in Paris statt. Dort soll ein neues
5 Weltklimaabkommen verabschiedet werden, welches das Kyoto-Protokoll ablösen soll. Nach
6 dem Scheitern der Verhandlungen 2009 in Kopenhagen ist die Weltgemeinschaft nun
7 gefordert, ein effektives und ambitioniertes Abkommen auf den Weg zu bringen, welches
8 darüber hinaus fair und gerecht ist.

9 Um dieses Ziel zu erlangen sind vorrangig die klassischen Industriestaaten in der Pflicht. Durch
10 die Emissionen innerhalb der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte haben diese eine historische
11 Verantwortung zu schultern, welcher Tribut gezollt werden muss. Natürlich ist es schwer die
12 heutige Generation für das Verhalten früherer Generationen in Haftung zu nehmen, welche
13 sich zudem nicht der Auswirkungen ihrer Aktivitäten bewusst waren. Erst seit den 1980er
14 Jahren gibt es einen wissenschaftlichen Konsens der menschengemachten globalen
15 Erwärmung, die Phase der Industrialisierung und damit der Verbrennung fossiler Brennstoffe
16 begann bekanntlich aber bereits im 19. Jahrhundert. Allein dieser Aspekt zeigt auf, wie
17 schwer diese Angelegenheit unter ethischen Standpunkten zu bewerten ist und wie stark
18 hierbei Aspekte wie Solidarität und Gerechtigkeit mit hinein spielen. Aus diesem Grund
19 handelt es sich um ein Thema, das für die Sozialdemokratie von höchster Bedeutung und
20 Relevanz ist.

21 Doch nicht nur hinsichtlich der Definierung der historischen Verantwortung und der
22 Übersetzung dessen in Verpflichtungen gilt es eine Lösung zu finden. Ebenso muss von Belang
23 sein, dass Länder, die einen zu den Industrieländern mindestens vergleichbaren
24 Entwicklungsstand erreicht haben, einen fairen Anteil leisten. So besitzt beispielsweise Katar
25 die höchsten Pro-Kopf-Emissionen aller Staaten und verfügt über umfangreiche finanzielle
26 Spielräume. Auch weitere Golfstaaten wie Saudi-Arabien, sowie weitere Länder aus anderen
27 Weltregionen, haben sich bislang nicht durch die Ankündigung von
28 Klimaschutzverpflichtungen hervorgetan, obwohl sie die Kapazitäten besitzen würden.
29 Stattdessen wird teilweise lieber in der Gruppe der Entwicklungsländer gesonnt und gegen die
30 nicht ausreichenden Beiträge der Industriestaaten gewettert. Eine Unterteilung der Welt in
31 Industrie- und Entwicklungsländer passt jedoch nicht mehr in die heutige globalisierte Zeit.
32 Aufgrund dessen wird im Klimabereich immer wieder das CBDR-Prinzip, das Prinzip der
33 gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung (*engl. common but differentiated
34 responsibility*) angeführt, welches die jeweiligen nationalen Umstände beachten und die
35 jeweils erforderlichen Länderbeiträge ableiten soll. Eine Einigung hinsichtlich dieses Prinzips ist
36 absolut unumgänglich, um in Paris die Verhandlungen zu einem Erfolg zu führen.

37 Das CBDR-Prinzip besagt jedoch nicht nur, dass Industrieländer und einige Entwicklungsländer
38 einen höheren Beitrag leisten müssen. Ebenso kann darunter verstanden werden, dass die am
39 wenigsten entwickelten und die durch den Klimawandel am meisten betroffenen Länder in

1 ihren Bemühungen zur Anpassung unterstützt und bei ihren klimabedingten Verlusten
2 entschädigt werden müssen. Inselstaaten, deren territoriale Integrität durch den
3 Meeresspiegelanstieg gefährdet ist, tropische Länder, über welche ein Taifun oder Hurrikan
4 nach dem anderen hinwegfegt und zur Verwüstung führt, und auch die am wenigsten
5 entwickelten Staaten, deren vordergründiges Ziel die Beseitigung der Armut ist und sein muss,
6 brauchen allesamt Unterstützung durch die Staatengemeinschaft. Hier ist internationale
7 Solidarität von Nöten, diese Menschen dürfen nicht alleine gelassen werden.

8 Wir fordern daher, dass die SPD klar Stellung für mehr Klimaschutz bezieht. Die Energiewende
9 muss konsequent fortgesetzt werden, fossile Kraftwerke müssen ebenso wie Atomkraftwerke
10 nach und nach abgeschaltet und durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden. Außerdem
11 muss das europäische Emissionshandelssystem endlich wieder eine entscheidende und effektive
12 Rolle im Klimaschutz einnehmen. Das Backloading von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten⁵ ist
13 hierzu nur ein erster Schritt um das Überangebot an Emissionszertifikaten zu verringern,
14 welches durch die Wirtschaftskrise entstanden ist. Außerdem muss beachtet werden, dass
15 immer mehr Emissionen bei Produktionsvorgängen ins Ausland verlagert werden, wobei die
16 Endprodukte dann aber wieder hier bei uns vor Ort konsumiert werden. Für Deutschland und
17 die EU bedeuten dies, dass die Verpflichtungen nicht nur effektive heimische
18 Klimaschutzanstrengungen umfassen sollten, sondern auch finanzielle Zusagen zur
19 Unterstützung beim Aufbau von Klimaresilienz und die Einforderung fairer Beiträge anderer
20 Länder. Hierfür gibt es noch viel zu tun. So muss der finanzielle Spielraum des Green Climate
21 Fonds (GCF) unbedingt aufgestockt werden und auch Länder wie die USA, Australien, Kanada
22 und China können noch deutlich mehr leisten. Der SPD kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu,
23 da mit Barbara Hendricks eine Genossin das mit entscheidende Umweltministerium innehat.
24 Nur mit einer progressiven Sozialdemokratie im Bereich der Klimapolitik kann durch ein
25 ambitioniertes Abkommen internationale Solidarität gelebt und Generationengerechtigkeit
26 hergestellt werden.

27 angenommen abgelehnt überwiesen an

⁵ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11960_de.htm

1 Frauen, Familie, Soziales

2

3 Frauenkommission

4 An Landeskongress, Bundeskongress, LPT, BPT

5 S 1 Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung 6 der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen

7

8 Jede dritte Frau erlebt im Laufe ihres Lebens Gewalt. Die erst im März 2015
9 vorgestellte Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) macht
10 deutlich, dass es an der Zeit ist, dass politische Entscheidungsträger und -trägerinnen,
11 Maßnahmen gegen diese weit verbreitete Gewalt ergreifen.

12

13 Bessere Finanzierung der Frauenhäuser

14 Eine Maßnahme, die Frauen unmittelbar Schutz bietet und es ihnen ermöglicht, aus einer
15 Gewaltsituation zu Hause - sei es, diese gehe von ihren Partnern oder von
16 Familienangehörigen aus - auszubrechen, sind Frauenhäuser. Nach einer Richtlinie der
17 Europäischen Union muss pro 7500 EinwohnerInnen ein Frauenhausplatz zur Verfügung
18 stehen. Davon sind wir in Bayern aber weit entfernt.

19

20 Regelmäßig kann Frauen kein Platz im nächst gelegenen Frauenhaus angeboten werden,
21 sodass diese an ein anderes Frauenhaus weiterverwiesen werden müssen. Bezieht man dabei
22 mit ein, dass nur lediglich ca. 3% der von Gewalt betroffenen Frauen überhaupt Kontakt zum
23 Frauenhaus oder einer Einrichtung für Opferschutz aufsuchen, wird deutlich, wie wenig
24 Frauenhausplätze zur Verfügung stehen.

25

26 Für uns ist klar: Jeder Frau, die zu Hause Gewalt erfahren muss, muss zu jeder Zeit
27 wohnortnah ein Platz in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen und die entsprechende
28 Betreuung zur Verfügung stehen! In Artikel 2 des Grundgesetzes ist das Recht auf körperliche
29 Unversehrtheit verankert. Wenn das zu Hause verwehrt wird, muss ein Schutzort zur Verfügung
30 stehen, an dem Hilfe abgerufen werden kann. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf
31 einen Frauenhausplatz. Hierfür ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Frauenhäusern und
32 Beratungsstellen für Frauen in Not unbedingt erforderlich, damit auch die Rufbereitschaft in
33 Frauenhäusern erhöht werden kann.

34

35 Dabei ist klar: Finanzierungsmodelle wie das der Tagessatzfinanzierung lehnen wir strikt ab.
36 Die Finanzierung über Tagessätze wälzt die Kosten für den Frauenhausaufenthalt auf
37 die einzelne Frau ab und macht Gewalt gegen Frauen zu einem individuellen Problem.
38 Gruppen wie Auszubildende, Studentinnen oder erwachsene Schülerinnen und Frauen ohne
39 gesicherten Aufenthaltsstatus haben keinen Anspruch auf Leistungen wie Hartz IV und können
40 sich somit ohne Einkommen oder Vermögen den Aufenthalt im Frauenhaus nicht leisten. Hilfe

1 für Frauen in Notsituationen ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht von der
2 finanziellen Situationen der einzelnen Frau abhängen.

3

4 Wir fordern deshalb neben einer Erhöhung der Landesmittel auch eine finanzielle Beteiligung
5 des Bundes an den Frauenhäusern, da die Kommunen mit ihrer Vielzahl an Aufgaben
6 unterstützt werden müssen.

7

8 **Barrierefreie Frauenhausplätze schaffen**

9 Die bessere Finanzierung der Frauenhäuser in Bayern soll nicht nur die Anzahl der Plätze
10 erhöhen, sie soll auch dazu herangezogen werden, um Barrierefreiheit in den Frauenhäusern
11 herzustellen. Notwendig sind hier barrierefreie Bauten bzw. Nachbesserungen an
12 bestehenden Bauten, mehr Wohneinheiten mit eigenen Küchen, mehr abgetrennte
13 Appartements für Frauen mit älteren Söhnen, die oftmals nicht mehr in den Frauenhauszimmern
14 mit untergebracht werden dürfen (aus Rücksicht auf andere Bewohnerinnen, die sich aufgrund
15 ihrer Gewalterfahrung durch junge Männer bedroht fühlen könnten).

16

17 **Schutz für Asylbewerberinnen**

18 Eine besondere Situation besteht für Asylbewerberinnen, die in den Gemeinschaftsunterkünften
19 oder Erstaufnahmeeinrichtungen Gewalt erfahren. In diesen Einrichtungen müssen Schutzräume
20 für Frauen vorgehalten werden, die ihnen als Fluchtort dienen. Außerdem sind
21 Ansprechpartnerinnen in den Einrichtungen notwendig und Schulungen für das dort arbeitende
22 Personal insgesamt für den Umgang mit Menschen, die Gewalterfahrungen gemacht haben.
23 Für Asylbewerberinnen, die aus Frauenhäusern ausziehen, sind unbürokratische Lösungen zu
24 erarbeiten, die es ihnen ermöglicht, den Prozess der Verarbeitung ihrer Gewalterfahrung
25 weiterzuführen und nicht zu behindern.

26

27 **Ein Mädchenhaus pro Regierungsbezirk**

28 Auch junge Mädchen sind bereits von Gewalt betroffen und oftmals in einer
29 besonderen Abhängigkeitssituation mit den Tätern. Dieser besonderen Situation können die
30 bestehenden Frauenhäuser nicht in vollem Umfang gerecht werden. Wir fordern daher die
31 Einrichtung von einem Mädchenhaus pro Regierungsbezirk, das einen Zufluchtsort für
32 minderjährige Mädchen bietet und auf dessen Personal für diese besondere Situation
33 ausgebildet ist. Außerdem müssen die Beratungsangebote für Mädchen ausgebaut werden und
34 dabei moderne Kommunikationsmittel wie das Internet einbezogen werden.

35

36 **Landesweiter Aktionsplan für sozialen Wohnungsbau**

37 Viele Frauen bleiben heute deutlich länger in Frauenhäusern, als es aufgrund ihrer Notsituation
38 notwendig ist. Das liegt insbesondere daran, dass sich die Wohnungssuche für sie besonders
39 schwierig gestaltet. Wir fordern daher einen landesweiten Aktionsplan für sozialen
40 Wohnungsbau. Dieser Aktionsplan würde auch anderen Bevölkerungsgruppen, die auf dem
41 Wohnungsmarkt benachteiligt sind, zugutekommen.

42 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Unterfranken

2 An Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag
3 Deutschland

4 S 2 Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik

5 Die Sozialdemokratie steht wie keine andere politische Bewegung für die Gleichstellung
6 unterschiedlicher Lebensentwürfe und das Selbstbestimmungsrecht eines_einer jeden einzelnen.
7 Dazu gehört für uns eine moderne Familienpolitik, die beide Elternteile gleichermaßen in die
8 Verantwortung nimmt sowie eine moderne Arbeitsmarktpolitik, die allen Menschen ausreichend
9 Zeit außerhalb ihres Arbeitsplatzes lässt.

10 Verpflichtung zur hälftigen Teilung der Elternzeit – Abschaffung der Herdprämie

11 Das Betreuungsgeld muss sofort abgeschafft werden. Ein Anreiz für das Fernhalten von Kindern
12 von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen kann und darf niemals das Ziel
13 sozialdemokratischer Familienpolitik sein!

14 Familienarbeitszeit

15 Wir unterstützen die Absicht von Manuela Schwesig ein Arbeitsmodell für Familien
16 einzuführen. Beide Elternteile müssen die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit für einige Zeit zu
17 reduzieren und sich so die Familien- und Hausarbeit zu teilen.

18 Eine Familienarbeitszeit von jeweils 30 Stunden wäre ein guter Schritt in Richtung einer
19 generellen Arbeitszeitverkürzung und würde beiden Elternteilen eine Verwirklichung im Beruf
20 und ausreichend Teilhabe am Familienleben ermöglichen. Wir fordern deshalb, dass es Eltern
21 ermöglicht wird ihre Arbeit auf 30 Stunden zu reduzieren. Familienarbeit ist eine
22 gesellschaftliche Arbeit. Der Verdienstaufschlag ist daher aus Steuergeldern zu finanzieren. Auf
23 diese Familienarbeitszeit müssen alle Arbeitnehmer_innen einen Rechtsanspruch haben,
24 ebenso wie auf die Rückkehr zur Vollzeit.

25 Generelle Arbeitszeitverkürzung – Wir fordern die 30-Stunden-Woche!

26 Es ist wichtig, dass Menschen Arbeit haben um finanziell unabhängig zu sein. Trotzdem dürfen
27 die Möglichkeit der ständigen Erreichbarkeit und die flexiblere Einteilung der Arbeit nicht dazu
28 führen, dass alle immer mehr arbeiten. Wir fordern deshalb gemeinsam mit den
29 Gewerkschaften langfristig eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden – damit noch
30 Zeit für Familie, ehrenamtliches Engagement und Freizeit bleibt.

31 Bildung von Anfang an

32 Kindertagesstätten und Kindergärten sind mehr als reine Kinderbetreuung – sie sind
33 Bildungseinrichtungen. Um echte Chancengleichheit zu gewährleisten muss es allen Kindern
34 ermöglicht werden, an diesem Bildungsangebot teilzuhaben. Bildungseinrichtungen müssen
35 deshalb vom ersten Tag an kostenlos sein und durch Steuergelder und damit durch die

1 Gemeinschaft finanziert werden. Ein an bestimmte Bedingungen wie Kirchengliederung
2 gebundenes Angebot, darf öffentliche Angebote lediglich ergänzen, nicht ersetzen. Bund und
3 Länder müssen den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen um dies zu
4 gewährleisten. Für Kinder ab 3 Jahren soll der Besuch eines Kindergartens verpflichtend sein.

5 Aber auch für Kinder im Alter von ein und zwei Jahren darf es nicht nur einen Rechtsanspruch
6 geben, auf den im Falle einer Klage Jahre später eine Entschädigungsleistung gezahlt wird.
7 Dies hilft den Betroffenen in ihrer konkreten Lebenssituation nicht und erfüllt auch nicht den mit
8 der Einführung des Rechtsanspruchs intendierten gesellschaftlichen Zweck. Es muss vor allem
9 sichergestellt werden, dass dieser Rechtsanspruch für jedes Kind umgesetzt werden kann und
10 jedes Kind auch faktisch einen Krippen- bzw. Kita-Platz erhält.

11 Daneben muss auch die Betreuung von Kindern unter einem Jahr ermöglicht werden. Die
12 Bereitstellung entsprechender Betreuungsangebote, die auch der frühkindlichen Bildung zu
13 dienen haben, darf dabei nicht privaten und kirchlichen Anbietern allein überlassen werden.
14 Hierfür bedarf es eines massiven Ausbaus staatlicher Angebote. Krippen müssen ausgebaut
15 und mehr ErzieherInnen ausgebildet werden. Der ErzieherInnenberuf an sich muss deutlich
16 attraktiver gestaltet werden, damit mehr Menschen sich dazu entschließen, eine
17 ErzieherInnenausbildung zu durchlaufen und dadurch zu ermöglichen, dass mehr
18 ErzieherInnen eigestellt werden können, um so allen Kindern eine qualitativ hochwertige
19 Kinderbetreuung bei angemessenen Gruppengrößen zu ermöglichen.

20 Echte Ganztagesangebote mit der notwendigen Ausstattung

21 Kinderbetreuungseinrichtungen müssen ganztägige und ganzjährige Betreuung ermöglichen.
22 Die rhythmisierte Ganztageschule muss die Regel werden. Es geht nicht darum, Kinder im
23 Anschluss an den Unterricht zu betreuen, sondern ein pädagogisches Konzept mit einem
24 Wechsel von Lern- und Freizeitphasen umzusetzen.

25 Von öffentlicher Seite sind entsprechend notwendige finanzielle und personelle Ressourcen
26 dafür bereitzustellen.

27 Familiensplitting statt Ehegattensplitting

28 Das Ehegattensplitting ist vollkommen veraltet und fördert eine bestimmte Form des
29 Zusammenlebens, ohne dass die Gesellschaft von dieser Form stärker profitiert als von
30 anderen. Gefördert werden müssen Familien – und Familie ist da, wo Kinder sind. Wir wollen
31 deswegen die Abschaffung des Ehegattensplittings und fordern stattdessen ein
32 Familiensplitting, das allen zusteht, die mit Kindern zusammenleben und für diese sorgen.

33 Gleichstellung von „Regenbogenfamilien“ und Öffnung der Ehe

34 Die Orientierung der Familienpolitik an Kindern bedeutet auch, dass homosexuellen Paaren
35 endlich das gleiche Adoptionsrecht zusteht, wie heterosexuellen Paaren. Es geht um die
36 Interessen und das Wohl der Kinder und nicht um das Festhalten an konservativen und starren
37 Familienbildern. Gleichzeitig muss die Ehe endlich für homosexuelle Paare geöffnet werden.

1 Langfristig Bedarfsgemeinschaft abschaffen

2 Wir wollen emanzipierte Mitglieder der Gesellschaft, die für sich selber sorgen können und
3 von ihrer_ihrem Partner_in unabhängig sind. Die Orientierung an Bedarfsgemeinschaften und
4 damit an einem Haushaltsvorstand in der Sozialpolitik verhindert aber dies gerade. Es ist
5 zudem unverständlich weshalb unverheiratet zusammen lebenden Partnern die steuerliche
6 Privilegierung einer Ehe vorenthalten wird, sie aber im Falle sozialer Härten finanziell einer
7 Ehe gleichgestellt sind. Deshalb wollen wir auf lange Sicht die Bedarfsgemeinschaft als
8 grundsätzliche Regel abschaffen.

9 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An Juso-Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

3 S 3 Geschlechtsneutraler Zugang zu Wickeltischen – jetzt!

4 Forderung:

5 Wir fordern, dass Wickeltische zukünftig nicht mehr lediglich auf Damentoiletten installiert
6 werden. Wickeltische müssen beiden Geschlechtern zugänglich gemacht werden. Gerade in
7 öffentlichen Gebäuden muss der Staat mit gutem Beispiel vorangehen und dementsprechend
8 handeln. Daher fordern wir ebenso eine staatliche Förderung für die Installation neuer
9 Wickeltische in der Öffentlichkeit.

10 Begründung:

11 Wir leben in einer Gesellschaft, in der längst nicht mehr überall die klassische Rollenverteilung
12 gilt. Alleinerziehenden Vätern oder Männern, die mit ihrem Kind alleine unterwegs sind, ist
13 jedoch der Zugang zu Wickeltischen oft erschwert, da diese nur auf Damentoiletten installiert
14 sind.

15 Wir fordern von der modernen Gesellschaft die Abkehr von der tradierten Rollenverteilung.
16 Dazu müssen auch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

17 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Antragsteller: Jusos Oberfranken
- 2 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag

3 S 4 Für die Einführung einer nachhaltigen Demografiereserve!

4

5 Die demografische Entwicklung in Deutschland stellt das Rentenversicherungssystem vor
6 gewaltige Herausforderungen: Immer weniger Beitragszahler_innen stehen immer mehr
7 Rentenempfänger_innen gegenüber. Zusätzlich werden lang überfällige, sinnvolle, politische
8 unsererseits gewollte, aber bei ehrlicher Betrachtung kostenintensive gesellschaftspolitische
9 Projekte wie die „Rente mit 63“ derzeit zum überwiegenden Teil beitragsfinanziert. Zu guter
10 Letzt wurde der Beitragssatz zur Rentenversicherung für das Jahr 2015 nochmals auf 18,7
11 Prozentpunkte abgesenkt.

12 Gerade das Gegenteil wäre jedoch notwendig, um auch in Zukunft ein akzeptables
13 Rentenniveau aufrechterhalten zu können.

14 Die DRV geht für das Jahr 2030 von einem durchschnittlichen Rentenniveau in Höhe von 43
15 Prozent aus. Wäre das Rentenniveau des Jahres 2030 heute schon Realität, würde die_der
16 ‚Eckrentner_in‘ mit Durchschnittsentgelt (von aktuell ca. 2.625 Euro und 45 Beitragsjahren) statt
17 ca. 1.263 Euro nur noch ca. 1.086 Euro erhalten. Unberücksichtigt bleibt dabei jedoch, dass
18 die_der Eckrentner_in in weiten Teilen Deutschlands keineswegs mehr der Normalfall ist.

19 Damit auch jüngere Generationen in den „Genuss“ einer verdienten Rente auf akzeptablem
20 Niveau kommen, bedarf es dringender zeitnaher Kurskorrekturen. Das Fahren auf Sicht in der
21 Rentenkasse, sowie die Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben aus dieser, wird sich
22 spätestens in einigen Jahren rächen, wenn massive Beitragserhöhungen auf einen Schlag zur
23 Aufrechterhaltung des Rentensystems notwendig sein werden.

24 Dem muss schon heute vorgebeugt werden!

25 Wir fordern daher:

26 1. Den Aufbau einer nachhaltigen Demografiereserve, um auch in Zukunft ein angemessenes
27 Rentenniveau für jüngere Generationen sichern zu können!

28 2. Die Finanzierung der Rentenreform ab sofort allein aus Steuermitteln!

29 3. Hohe Zuschüsse aus Steuermitteln zur Finanzierung der Rente mit 63!

30 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 S 5 Anonymisierte Bewerbungen – Chancengleichheit für alle

4 Wir fordern die Jusos und die SPD mit ihren zuständigen Gremien dazu auf, sich dafür
5 einzusetzen, dass ein Gesetz entworfen wird, welches ein anonymes Bewerbungsverfahren
6 verbindlich regelt.

7 Geschlecht, Alter, Nationalität, Hautfarbe, Religion... all dies sind Eigenschaften, die dazu
8 führen, dass man aus den Bewerbungsprozess sofort ausgeschlossen wird, da Vorurteile hier
9 das Entscheidungskriterium sind. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund, ältere
10 Arbeitssuchende und Frauen mit Kindern werden in Bewerbungsverfahren oft benachteiligt, dies
11 belegte die Antidiskriminierungsstelle. Dabei sollte doch eigentlich, derjenige oder diejenige
12 die Stelle bekommen, der/die am besten qualifiziert ist. Dies ist leider in unseren Unternehmen
13 oft nicht der Fall.

14 Das Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle „Anonyme Bewerbung, weil Qualifikation zählt“,
15 hat die anonyme Bewerbung in Zusammenarbeit mit verschiedenen Unternehmen getestet und
16 konnte zum Beispiel feststellen, dass auch Bewerber_innen, die normalerweise vorher schon
17 längst aussortiert gewesen wären, eine Einladung zum Vorstellungsgespräch erhielten.

18 Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle zog folgendes Fazit: „Anonymisierung wirkt. Sie stellt
19 Chancengleichheit her und macht Bewerbungsverfahren fairer. Und: Weitere Unternehmen
20 und Personaler beginnen jetzt, ihren bisherigen, traditionellen Ansatz zu überdenken. Das ist
21 ein gutes Signal für eine neue Bewerbungskultur in Deutschland“.

22 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 S 6 Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der 4 Ehe

5 Wir fordern die Jusos und die SPD mit ihren zuständigen Gremien dazu auf, dafür Sorge zu
6 tragen, dass homosexuelle Paare die gleichen Rechte erhalten wie Ehepaare. Hierbei muss auf
7 eine Verfassungsänderung hingewirkt werden und somit auch die Definition der Ehe geändert
8 werden.

9 Es gibt diverse Beispiele, bei denen ersichtlich wird, dass Partner_innen einer
10 gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft nicht dieselben Rechte zustehen wie
11 Ehepartner_innen:

12 o kein Informationsrecht über den medizinischen Zustand des Partners/der Partnerin bei
13 Krankheit oder Unfall

14 o bundesländerspezifische Unterschiede im Bestattungsrecht

15 o Unterschiede bezüglich des 5. Gesetzes zur Vermögensbildung, der Einkommensgrenze der
16 Arbeitnehmersparzulage. Bei gemeinsamer Veranlagung wird diese bei Ehegatt_innen
17 verdoppelt, bei Lebenspartnerschaften von Homosexuellen allerdings nicht!

18 o Kein verfassungsrechtlicher Schutz der eingetragenen gleichgeschlechtlichen
19 Lebenspartnerschaft Sie kann jederzeit abgeschafft und aberkannt werden!

20 Aufgrund dieser Missstände und anderer muss das Gesetz angeglichen werden und Rechte
21 gleichgesetzt werden bzw. den Rechten heterosexueller Ehepartner_innen gleichgesetzt
22 werden. Denn auch nach dem Grundgesetz Artikel 3, Absatz 1 und 3 sind alle Bürgerinnen
23 und Bürger vor dem Gesetz gleich und dürfen auch nicht aufgrund ihrer sexuellen Identität
24 diskriminiert werden.

25 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Verkehr, Infrastruktur

2 Jusos Mittelfranken

3 An SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

4 V 1 SPNV-Ausschreibungen – wider dem neoliberalen Wahnsinn!

5 1. Ausgangslage

6 Mit der „Bahnreform“ 1994 trat auch das Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen
7 Personennahverkehrs (kurz: Regionalisierungsgesetz oder RegG) in Kraft. Durch dieses viel der
8 öffentliche Schienenpersonennahverkehr in den Aufgabenbereich der Länder. Gemäß dem
9 Bestellerprinzip bestellen diese seither Leistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) bei
10 den Eisenbahnverkehrsunternehmen. Hierfür erhalten sie vom Bund Zuschüsse aus den
11 Einnahmen der Mineralölsteuer, da SPNV selten eigenwirtschaftlich und somit gewinnbringend
12 erbracht werden kann – diese werden gemeinhin auch als Regionalisierungsmittel bezeichnet.

13 Die Bestellerseite entwickelte sich hierbei recht unübersichtlich: Während einige Bundesländer
14 wie z.B. Bayern oder Schleswig-Holstein den SPNV auf Landesebene regeln haben andere
15 Bundesländer – z.B. Hessen, Niedersachsen – regionale Zweckverbände gegründet.
16 Bundesweit sind sie zusammengeschlossen in der Bundesarbeitsgemeinschaft
17 Schienenpersonennahverkehr (BAG SPNV).

18 Nach Angaben dieser BAG SPNV sind die Regionalisierungsmittel und deren Entwicklung viel
19 zu gering und werden mittelfristig wieder zu einer Kürzung des Angebots führen.

20

21 Ende 2009 trat als Teil des *3. Eisenbahn-Paketes* die EU-Verordnung 1370/2007 in Kraft. Sie
22 bestärkt den Wettbewerbsgedanken bei Verkehrsleistungen auf Straße und Schiene, die von
23 der öffentlichen Hand beauftragt werden. Entsprechendes EU-Recht war auch zuvor schon
24 gültig, so entschied der EuGH 2003, das die öffentliche Ko-Finanzierung der Erbringung von
25 Leistungen bereits zur Ausschreibungspflicht führe.

26 Dabei ist das Ziel, bei geringeren Kosten ein besseres Angebot im SPNV zu erreichen. Bei
27 Fixkosten im Bereich von 70-80% - u.a. für Stationsgebühren und Trassenentgelte – (genaue
28 Zahlen darüber gibt es leider nicht) darf man sich getrost die Frage stellen, wo die
29 Einsparungen erzielt werden sollen.

30 In ihren Ausschreibungen können die Länder genau festlegen, was sie möchten. Dies geht von
31 der Art der Traktion über Kapazitäten, Tarife, Fahrplan bis hin zu sozialen Komponenten. Im
32 Prinzip gibt es nichts, was seitens des Bestellers nicht als Kriterium in eine Ausschreibung
33 aufgenommen werden kann.

34 Dabei soll durch ein Bonus-Malus-System die Qualität der erbrachten Leistungen festgestellt
35 werden. Wird die nicht erfüllt sind Pönale-Gelder vom Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU)
36 an den Besteller fällig.

1 Allerdings ist auch noch eine Direktvergabe von Verkehrsleistungen möglich. Hierzu hat der
2 Bundesgerichtshof 2011 Bedingungen festgelegt:

- 3 - maximaler Zuschuss von 50% und Großteil des wirtschaftlichen Risikos beim EVU,
- 4 - Anpassung von Vergabezeiträumen oder bestehenden Verträgen
- 5 - Andere besondere Gründe (z.B. spezielle Fahrzeuge)

6 Ansonsten ist eine öffentliche, europaweite Ausschreibung zwingend erforderlich.

7 In Bayern wurde zur Vergabe der Verkehrsleistung die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH
8 als 100%ige Tochter des Freistaates Bayern gegründet. Der Zuschuss liegt laut eigenen
9 Angaben bei 66,7%.

10

11 1. Probleme

12 *Fahrzeugparks*

13 Eine der gängigsten Forderungen von Bestellern ist der Einsatz von Neufahrzeugen. Hierbei
14 machen die Besteller_innen auch konkrete Angaben zu Verfügbarkeit, Ausstattung und
15 Sitzplatzanzahl. Somit wird – allein aus wettbewerbstechnischen Gesichtspunkten – kein EVU
16 mit einem größeren Fahrzeugpark als unbedingt nötig bieten. Dies wird mittelfristig zu einer
17 massiven Ausdünnung von verfügbaren Reservefahrzeugen führen. Zudem ist zu erwarten,
18 dass die Fahrzeugindustrie ihre Fahrzeuge an die durchschnittlichen Vertragslaufzeiten – 8-15
19 Jahre – „heranoptimieren“ wird. Waren Eisenbahnfahrzeuge früher noch für die Ewigkeit
20 gebaut, wird man nun also hierauf verzichten und – auch marktstrategisch – günstigere
21 Komponenten mit kürzerer Haltbarkeit verbauen. Die Auswirkungen dessen bekamen auch
22 schon bayerische Bahnfahrer_innen zu spüren.

23 Ob der konsequente Einsatz von Billigfahrzeugen im Endeffekt wirklich so viel Einsparungen
24 bringt, sei mal dahin gestellt.

25 *Betriebsübernahme*

26 Nahezu bei jeder Aufnahme einer Verkehrsleistung kam es bis jetzt in Bayern zu massiven
27 Verzögerungen. Dabei war und ist es vollkommen unwichtig ob dabei ein Betreiberwechsel
28 stattgefunden hat oder nicht. Grund hierfür ist entweder der Mangel an Zugpersonal – hierzu
29 weiter unten – oder – vgl oben – das Rollmaterial.

30 Zwei bis drei Jahre hat ein EVU Zeit, sich auf den Betriebsstart vorzubereiten. Hat man mit
31 Fahrzeugen geboten, die bisher noch keine Zulassung in Deutschland durch das Eisenbahn-
32 Bundesamt (EBA) hatten, hat man schlechte Karten diese rechtzeitig zu bekommen. Denn das
33 EBA lässt sich aus guten Gründen Zeit. Hat das EVU nun mit Verzögerung seinen vollständigen
34 Fahrzeugpark zur Verfügung, muss es notgedrungen die Verkehrstauglichkeit im laufenden
35 Betrieb testen. Entdeckte Mängel führen wiederum erst einmal zu Kapazitätseinschränkungen.

36

37 *Arbeitnehmer_innen*

1 Die Arbeitnehmer_innen sind in diesem Spiel die größten Leidtragenden. Einerseits lässt sich
2 nahezu nur auf ihrem Rücken der Bieterstreit gewinnen, andererseits bedeuten die
3 Ausschreibungen große Unsicherheiten hinsichtlich der beruflichen Zukunft.

4 Dass dies vor allem Arbeitnehmer_innen der Deutschen Bahn AG betrifft, liegt in der Natur der
5 Geschichte: Drehen wir hierzu das Rad zurück ins Jahr 1994: Nahezu der komplette SPNV
6 wird von der Deutschen Bundesbahn, die seit 1.1. Deutsche Bahn AG heißt, erbracht. Soll nun
7 freier Wettbewerb stattfinden mit dem Effekt, dass andere EVUs Verkehrsleistungen erbringen,
8 werden hier Arbeitnehmer_innen auch dann mittelfristig ihren angestammten Arbeitsplatz
9 verlieren, wenn die Zahl der Verkehrsleistungen insgesamt zunimmt.

10 Wenn ihr Netz „verloren“ geht, bleiben für sie zwei Optionen: entweder sie bleiben in ihrem
11 Netz, akzeptieren die meistens schlechteren Leistungen des neuen Betreibers (bis zu 300€
12 weniger Monatslohn) und verlieren Sozialleistungen, die sie beim bisherigen Betreiber erhalten
13 haben oder sie nehmen einen längeren Arbeitsweg in Kauf und haben somit weniger Zeit für
14 ihre Familie.

15 Egal wie sie sich entscheiden: die nächste Ausschreibung kommt bestimmt und dann geht das
16 Theater von vorne los.

17 Zudem wird die Zahl an „voll ausgebildeten“ Triebfahrzeugführer_innen und anderen
18 Zugpersonalen zurückgehen. Bei nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) kommen
19 Triebfahrzeugführer zum Einsatz, die von der DB AG übernommen wurden oder aber
20 Menschen, die eine Funktionsausbildung in sechs bis acht Monaten durchlaufen haben.
21 Nahezu keine NE-Bahn in Bayern bildet zurzeit Eisenbahner aus! Damit stellen die
22 Ausschreibungen auch eine Gefahr für den Ausbildungsmarkt dar.

23 2. Forderungen

24 Die Jusos Bayern fordern:

25 - dass in Ausschreibungen festgeschrieben wird, dass bei einem Betreiberwechsel das
26 Personal des alten Betreibers 1:1 mit den gleichen Lohn- und Sozialleistungen
27 übernommen wird.

28 - die verpflichtende Anerkennung von Flächentarifverträgen bei der Teilnahme an einer
29 Ausschreibung

30 - einen Zwang zur Berufsausbildung für alle in Bayern tätigen EVUs in allen Bereichen, die
31 für den Betrieb eines EVUs notwendig sind (z.B.: gewerblich-technisch, Eisenbahner,
32 Kaufleute, etc.). Und mit Berufsausbildung meinen wir eine Ausbildung im dualen
33 System!

34 - dass von der Bayerische Eisenbahngesellschaft Möglichkeiten geschaffen werden, wie
35 Eisenbahnfahrzeuge nach dem Verlust einer Ausschreibung weiter verwendet werden
36 können. Dies ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch sinnvoll!

37

- 1 Jusos Unterfranken
- 2 An SPD Landesparteitag Bayern, SPD Landtagsfraktion Bayern

3 V 2 Freie Fahrt für junge Menschen

4 Forderung:

5 Wir fordern, dass jede/r Schüler/in, Auszubildende/r, Student/in und Freiwilligendienst
6 Ableistende/r ein kostenfreies Ticket für die Benutzung aller öffentlichen Nahverkehrsmittel in
7 seinem/ihrem Bundesland erhält.

8 Begründung:

9 Durch die aktuelle Situation ist es vielen jungen Menschen nicht möglich sich frei in ihrer
10 Umgebung zu bewegen. Die Freiheit hängt -wie viel zu oft- vom Geldbeutel der Eltern ab. Um
11 es jedem zu ermöglichen, seine Heimat zu erkunden, fordern wir dieses kostenfreie Ticket.

12 Die Schönheit der bayrischen Landschaft muss an die jugendlichen herangetragen werden und
13 darf nicht durch hohe Kosten behindert werden.

14 Auch haben es junge Menschen so leichter soziale Kontakte über eine gewisse Entfernung zu
15 erhalten.

16 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 AntragstellerInnen: Jusos Unterfranken

2 AdressatInnen: Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Landesparteitag Bayern, SPD
3 Bundesparteitag Deutschland

4 V 3 Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse

5
6 Vor einigen Tagen wurde im Bundestag das Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten
7 Wohnungsmärkten und zur Stärkung des BestellerInnenprinzips bei der Wohnvermittlung verabschiedet.
8 Laut Gesetz darf nun in angespannten Wohnungsmärkten die Miete maximal zehn Prozent über der
9 ortsüblichen Miete liegen. Jedoch weist das Gesetz noch einige Lücken und Schlupflöcher auf. Diese gilt
10 es nun zu stopfen, um MieterInnen ein gerechtes Mietverhältnis zu ermöglichen.

11

12 Ermittlung des Mietspiegels

13

14 Der Anstieg der Mieten ist an den Mietspiegel der örtlichen Mieten gekoppelt. Das heißt, wenn die
15 Mieten steigen, steigt auch der Wert des Mietspiegels. Würde man den Mietspiegel jedes Jahr neu
16 ermitteln, so würden die steigenden Mieten für einen höheren Durchschnittswert sorgen, der es
17 VermieterInnen wiederum ermöglicht, diesen als erneute Basis für Mieterhöhungen zu verwenden. Um
18 diesen „Multiplikatoreffekt“ zu dämpfen, fordern wir eine Regelung, die festlegt, dass der Mietspiegel nur
19 alle fünf Jahre neu ermittelt wird.

20

21 Wir fordern, dass in angespannten Wohnungsmärkten die Kosten von Sanierungen nur bis zu 5% auf
22 die jährliche Miete aufgeschlagen werden dürfen.

23

24 Vormiete darf nicht als Basis gelten

25 Nach der Beschlusslage des Bundestages darf eine Miete bis zur Höhe der vorherigen Miete
26 vereinbart werden. Das heißt, wenn eine Vormiete, die deutlich höher als die nach der
27 Mietpreisbremse zulässige Miete ist, kann sie dennoch als zulässige Miete angesetzt werden.
28 Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend und bietet zu viele Schlupflöcher für VermieterInnen.
29 Damit möglichst viele Menschen von der Mietpreisbremse profitieren, fordern wir, dass die
30 Mietpreisbremse auch greift, wenn die Vormiete höher als die zulässige Miete ist.

31 Beispiel: Luxussanierungen bieten sich als Schlupfloch an

32 Laut Gesetz darf der/die VermieterIn bei umfassenden Sanierungen 11% der Kosten an
33 den/die MieterIn in Form einer Mieterhöhung weitergeben und dieses Mietniveau halten. Die
34 Voraussetzung hierbei ist ein MieterInnenwechsel. Dadurch greift die Mietpreisbremse nicht
35 und VermieterInnen können sich durch gezielte Investitionen der Mietpreisbremse entziehen.
36 Folgendes Zahlenbeispiel soll das verdeutlichen.

37 EinE InvestorIn kauft für 279 000€ eine Vierzimmerwohnung und vermietet diese. Wir gehen
38 davon aus, dass der örtliche Mietspiegel eine monatliche Miete von 690 € zulässt. Die Miete
39 der unsanierten Wohnung könnte, wenn die Mietpreisbremse greift, in 15 Jahren von 690 €

1 auf ca. 853€ steigen. Die Mietrendite läge dann bei ca. 2,57%, durch den Verkauf der
2 Wohnung für ca. 330.000€ könnte der/die InvestorIn jedoch auf eine Rendite von ca. 2,89%
3 kommen. Durch eine umfassende Sanierung könnte der/die InvestorIn die Rendite steigern, da
4 er/sie dadurch eine höhere Miete verlangen kann. Somit kann der/die VermieterIn bei
5 Sanierungskosten von beispielsweise 95 000€ die Miete bei einem MieterInnenwechsel frei
6 verhandeln. Nehmen wir an, der/die VermieterIn entscheidet sich, ca. 8% der
7 Sanierungskosten auf die Miete aufzuschlagen. Die Miete läge dann bei ca. 1330 € und
8 dieses Niveau darf dann auch gehalten werden. Zulässige Mieterhöhungen würden die Miete
9 nach 15 Jahren auf ca. 1600€ monatlich schießen lassen. Die Mietrendite läge nach 15
10 Jahren bei ca. 3% und bei anschließendem Verkauf der sanierten Wohnung für beispielsweise
11 520.000€ könnte der/die InvestorIn seine Rendite auf ca. 4,4% erhöhen.

12 Dieses Zahlenbeispiel beweist, dass Luxussanierungen für Investoren rentabel geworden sind
13 und dadurch Mieten ungedämpft in die Höhe steigen. Daraus resultiert, dass MieterInnen mit
14 hohen Mieten belastet werden oder die Wohnungssuche, vor allem für Studierende, erschwert
15 wird. Außerdem kann es dazu führen, dass VermieterInnen versuchen, AltmietlerInnen aus ihren
16 Wohnungen zu drängen, um umfassende Sanierungen durchführen zu können. Das kann
17 mittels Handgeldern oder schlechter Instandhaltung von den jeweiligen Wohnungen erfolgen.

18

19 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 V 4 Internet als Standortvorteil

4

5 In der heutigen Zeit ist eine vernünftige Internetverbindung nicht nur für private Haushalte
6 wichtig um beispielsweise zu recherchieren, sondern vor allem für die vielen mittelständischen
7 und kleineren Betriebe im ländlichen Raum. Nur durch schnelle und sichere Kommunikation
8 bleiben sie wettbewerbsfähig, können Kund_innen sichern und neu gewinnen.

9 Um diese Grundversorgung der Verbindung zu decken, gibt es die Richtlinie zur Förderung
10 des Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen im Freistaat Bayern - Breitbandrichtlinie (BbR) -
11 vom Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Hierfür wurde zudem
12 extra das Bayerische Breitbandzentrum (01. Januar 2013) gegründet, welches allerdings zum
13 Aufgabenbereich des von Minister Söder geführten Staatsministeriums für Finanzen,
14 Landesentwicklung und Heimat gehört.

15 Das Breitbandzentrum führt ein Förderprogramm, welches erstmals 2012 verwendet wurde,
16 allerdings seit dem 10. Juli 2014 überarbeitet, und von der Europäischen Kommission
17 genehmigt ist. Anhand von Bestandsaufnahmen im Gemeindegebiet, Markterkundungen,
18 Auswahlverfahren, Regelungen mit der Bezirksregierung, dem Kooperationsvertrag mit einem
19 Netzbetreiber und einem Fördersteckbrief wird das Förderprogramm in insgesamt neun
20 Schritten durchlaufen, welche alle öffentlich gemacht werden müssen.

21 Dies führt damit zu einem unerträglich hohen bürokratischen Aufwand.

22 Der Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zeigt in Grafik
23 1, wie die Versorgung in Oberfranken aussieht. Gelb markiert bedeutet eine
24 Breitbandverfügbarkeit in 95% der Haushalte. Dies trifft aber nur auf Bamberg und Hof zu.
25 Dunkelblau hingegen zeigt eine Verfügbarkeit von bis zu 10%, was vor allem den Landkreis
26 Wunsiedel betrifft. Der Durchschnitt der oberfränkischen Breitbandversorgung liegt laut
27 Breitbandatlas zwischen 10 und 50 Prozent.

28 Diese Prozentzahlen beziehen sich auf die in der Breitbandlinie geforderten 50 MBit/sek, die
29 bis 2018 ausgebaut werden sollen.

30 Doch inzwischen gibt es genug Internetanbieter, welche für private Nutzer_innen neben dem
31 16.000 DSL, ein 50.000 DSL, welches genau 50 MBit/sek entspricht, vertreiben. Im Vergleich
32 zur Internetversorgung für Unternehmen erscheinen so die 50 MBit/sek relativ wenig, da diese
33 eine deutlich schnellere und stabilere Verbindung benötigen als private Haushalte.

34 Laut der Förderfortschrittstabelle der Website des Bayrischen Breitbandzentrums haben in
35 Oberfranken insgesamt 192 Kommunen einen Antrag auf Förderung gestellt, davon erhielten

1 bis jetzt nur 10 Gemeinden einen Zuwendungsbescheid. 7 Kommunen hiervon haben es bis
2 zum Fördersteckbrief geschafft.

3 Der Breitbandausbau im Freistaat Bayern wird nicht nur durch Bürokratie, vor allem durch den
4 Eigenanteil gebremst.

5 „Der Fördersatz beträgt bis zu 80 v. H. der Wirtschaftlichkeitslücke. In besonderen Härtefällen
6 beträgt der Fördersatz bis zu 90 v. H. der Wirtschaftlichkeitslücke. Die Festlegung des
7 Fördersatzes im Einzelfall erfolgt durch die Bewilligungsbehörde.“

8 Diesen können sich viele der Kommunen nicht leisten, da sie keinen genehmigten Haushalt
9 haben, die Gelder des Freistaats hingegen kommen von der EU. Um diesen Eigenanteil zu
10 finanzieren, können finanzschwache Kommunen wiederum bei der LfA Förderbank Bayern den
11 eigens hierfür bereitstehenden Infrakredit Breitband beantragen.

12 Forderungen:

13 1. Abbau von Bürokratie für Kommunen, um schnellere Bearbeitung zu gewährleisten.

14 2. Erhöhung der angesetzten 50 MBit/sek auf 100 MBit/sek für Unternehmen.

15 3. Abschaffung des Eigenanteils, da viele Kommunen keinen genehmigten Haushalt mehr
16 haben, und hierfür einen neuen Kredit beantragen müssten. Ein langfristiger Netzausbau durch
17 Glasfasertechnologie muss gewährleistet werden.

18 Quellen:

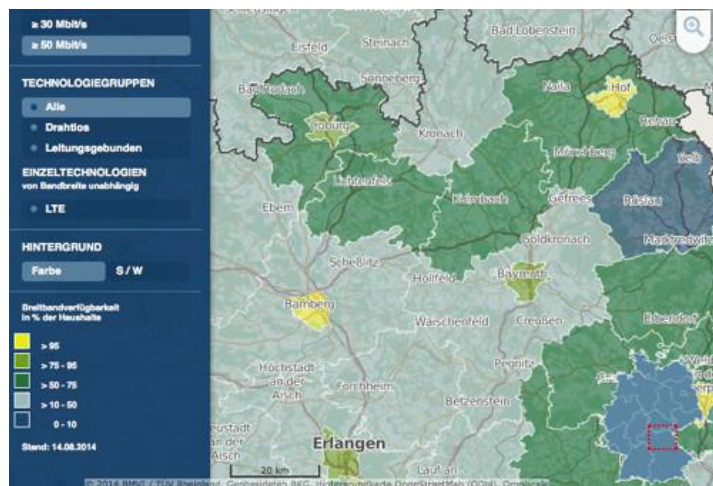
19 (1) http://www.zukunft-breitband.de/Breitband/DE/Breitbandatlas/BreitbandVorOrt/breitband-vor-ort_node.html (Graphik 1)

20 (2) <http://www.schnelles-internet-in-bayern.de>

21 (3) http://www.schnelles-internet-in-bayern.de/file/pdf/16/Breitbandrichtlinie_vom_10_Juli_2014.pdf

22

23 angenommen abgelehnt überwiesen an



1 Demokratie, Partei

2

3 Jusos Oberbayern

4 An Landesparteitag der BayernSPD, Landtagsfraktion der BayernSPD

5

6 D 1 Altersangabe auf Stimmzettel

7

8 Wählerinnen und Wähler wissen in der Regel – außer sie haben sich explizit im Vorfeld
9 informiert - nur wenig über die zur Wahl stehenden Personen auf dem Stimmzettel.

10 Häufig sind daher Angaben zu Beruf oder Ehrenamt ausschlaggebend für die
11 Wahlentscheidung. Um der wählenden Person zumindest etwas mehr Information zu
12 Verfügung zu stellen,

13 soll es künftig bei den bayerischen Kommunalwahlen, Bezirkstagswahlen und Landtagswahlen
14 möglich sein, dass sich um ein Mandat bewerbende Personen ihr Geburtsdatum bzw. ihr Alter
15 am Tag der Wahl auf dem Stimmzettel angeben.

16

17 Hierzu wird „der Tag der Geburt“ aus der Aufzählung nicht zulässiger Angaben in § 31 (1)
18 der Wahlordnung für die Gemeinde- und Landkreiswahlen (GLKrWO) gestrichen. Weitere
19 gesetzliche Bestimmungen werden entsprechend angepasst.

20 angenommen abgelehnt überwiesen an

21

1 Jusos Oberbayern

2 An Bundeskongress der Jusos, Landesparteitag der BayernSPD, Landtagsfraktion der
3 BayernSPD, Bundesparteitag der SPD, Bundestagsfraktion der SPD

4 D 2 Effiziente Nutzung öffentlicher Gelder im Kulturbereich

5

6 Wir sprechen uns weiterhin für eine breite Kulturförderung anstatt einer Konzentration auf
7 Prestigeobjekte aus. Um jedoch eine möglichst effiziente Förderung und ein Einbinden
8 möglichst weiter Bevölkerungsschichten zu erreichen, müssen unnötige Hürden abgebaut
9 werden.

10 Deswegen fordern wir den Gratiseintritt in öffentlich geförderte Kultureinrichtungen, um durch
11 dann erhöhte Besucher*innenzahlen pro Person geringere Kosten aufzuwerfen (es treten nicht
12 selten um die 100 Euro Zuschusskosten pro Besucher*in auf, weshalb eine möglichst hohe
13 Auslastung anzustreben ist). Angebote mit stark reduzierten Eintritt an gewissen
14 Wochentagen sind zu begrüßen, und zeigen häufig auch schon in Ansätzen, die bei einem
15 kostenfreien Zugang zu erwartenden positiven Effekte auf die Besucher*innenstatistik, sind
16 jedoch noch nicht weitgehend genug.

17 Bei Einrichtungen, die sehr hohe Auslastungen (mind. 90%) aufweisen, relativ hohe Anteile
18 durch Kartenverkauf finanzieren (mind. 40%) und nicht kommerziell betrieben werden, dürfen
19 weiterhin Kosten erhoben werden, um im Grenzbereich zu kommerziellen Angeboten kein
20 zurückziehen öffentlicher Angebote zu forcieren und gleichzeitig die Zuschusskosten zu
21 minimieren, jedoch sollten auch dort zumindest 20% der Karten verlost werden, wobei jede/r
22 Bürger*in einmal pro Jahr gezogen werden kann. Im Allgemeinen soll aber nur auf rein
23 freiwillige Kompensationen, wie der Empfehlung eines freiwilligen Eintritts zurückgegriffen
24 werden. Erfahrungen aus diversen Städten zeigen, dass der durchschnittliche freiwillige Eintritt
25 bei knapp 50% des alten Werts liegt, bei allerdings oft fünfmal so vielen Besucher*innen, d.h.
26 insgesamt sogar höheren Einnahmen.

27 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberpfalz

2 An SPD-Bundestagsfraktion

3 D 3 Gesetzliche Verankerung eines Bundestagsvorbehalts für
4 Rüstungsexporte durch die Bundeswehr

5 Über Nacht wurde im Rahmen einer MinisterInnenrunde entschieden, dass die Bundesrepublik
6 Deutschland in den Konflikt im Irak mit Waffenlieferungen eingreifen wird. Der mediale
7 Aufschrei blieb zwar aus, aber der informierten Öffentlichkeit bereitete es durchaus
8 Unbehagen, dass ein solcher politischer Richtungswandel hin zu einer aktiveren Rolle
9 Deutschlands in der Welt ohne jegliches Bundestagsmandat vonstattengehen konnte. Wohl
10 auch deswegen wurde in letzter Sekunde noch eine symbolische Fragestunde im Bundestag
11 anberaumt. Natürlich ohne jegliche Bindungswirkung für die Bundesregierung. Die Frage ist,
12 sollte die Exekutive solche weitreichenden Entscheidungen wirklich allein treffen können?
13 Feststeht, dass für die Entsendung von BundeswehrsoldatInnen ein Bundestagsbeschluss
14 notwendig ist. Diese Beschränkung der Exekutive in Deutschland hat gute Gründe, welche auf
15 der historischen Erfahrung von zwei Weltkriegen beruhen. Die Gretchenfrage ist, wann
16 beginnt ein militärischer Einsatz? Erst mit der Entsendung von SoldatInnen oder bereits mit der
17 aktiven Unterstützung einer Partei, sei es durch Waffen, finanzielle Mittel oder durch gezielte
18 Luftschläge. So oder so ähnlich wird diese Diskussion übrigens auch in anderen Ländern
19 geführt. Auch in den USA ist es durchaus umstritten, ob Obama als Oberbefehlshaber der
20 Streitkräfte ohne Mandat Luftschläge gegen ISIS hätte anordnen dürfen. Waffenlieferungen
21 sind natürlich noch einmal eine andere Sache als gezielte Luftschläge. Für solche würde es in
22 Deutschland auf jeden Fall eines Bundestagsmandats bedürfen. Trotzdem ist es wirklich etwas
23 anderes, ob nun BundeswehrsoldatInnen mit deutschen Waffen in einen Konflikt eingreifen
24 oder ob man diese Waffen jemand anderem zur Verfügung stellt? Letzteres ist sogar noch
25 schlimmer. Man verliert nämlich die Kontrolle über die gelieferten Waffen. Niemand kann mit
26 Sicherheit sagen, ob die nun an die Peschmerga gelieferten Waffen nicht irgendwann
27 zweckentfremdet werden. Insbesondere bei den jetzt von der Bundeswehr gelieferten
28 Kleinwaffen besteht diese Gefahr. Es handelt sich nicht um schweres, sondern um leicht
29 transportables Gerät, welches besonders oft in Bürgerkriegen zum Einsatz kommt. Wie einer
30 solch menschenverachtenden Terrormiliz wie ISIS Einhalt geboten werden kann, sollte daher
31 nicht in eine MinisterInnenrunde im Hinterzimmer entscheiden, sondern der Bundestag in aller
32 Öffentlichkeit. Nur so können sich auch die mündigen StaatsbürgerInnen ein Bild von der
33 Situation machen.

34 Wir fordern daher, dass auch bei Rüstungsexporten durch die Bundeswehr ein
35 Bundestagsmandat eingeholt werden muss. Nur die Volksvertretung sollte über Krieg und
36 Frieden, egal in welcher Form entscheiden dürfen.

37

38 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberpfalz

2 D 4 Staat vor Privat – öffentliche Investitionen statt PPP

3

4 Ende August 2014 meldete das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, der
5 Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) habe eine „externe Expertenkommission zum
6 Thema ‚Stärkung von Investitionen in Deutschland‘ eingesetzt“.⁶ Diese solle neue Antworten
7 auf die Frage finden, wie in Zeiten einer relativ schwachen Investitionsentwicklung das
8 Wachstum gestärkt werden könne, etwa durch eine höhere Dynamik der privaten Investitionen.
9 Dies gelte vor allem für Einrichtungen der Infrastruktur.

10

11 Unbestritten ist, dass sowohl öffentliche wie auch private Investitionen in Deutschland einen
12 gefährlichen Tiefstand erreicht haben. Diese Erkenntnis ist aber alles andere als neu und wird
13 von zahlreichen Wirtschaftsinstituten und –wissenschaftlerInnen seit Jahren immer wieder
14 thematisiert.⁷ Der Grund ist schnell gefunden: Der Staat selbst hat nicht das Geld, die
15 Infrastruktur aus eigener Kraft zu sanieren oder auszubauen, weil die massiven
16 Steuersenkungen für hohe Einkommen und Unternehmen die Finanzkraft des Staates nachhaltig
17 geschwächt haben, die Bundesregierung die von der SPD im Wahlkampf noch geforderten
18 Steuererhöhungen aktuell ausschließt, die 2009 eingeführte Schuldenbremse größere
19 Kreditaufnahmen ausschließt und die Bundesregierung sich darüber hinaus bereits für das Jahr
20 2015 das Ziel gesetzt hat, einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. Doch der darauf
21 aufbauende Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers, die verfallende Infrastruktur mit privaten
22 Investitionen zu sanieren, ist ein gefährlicher Vorstoß.

23

24 Sieht man sich die Zusammensetzung der „ExpertInnenkommission“ an, so liegt der Schluss
25 nahe, es wäre schon von Beginn an ausgemacht, was das Ergebnis der Kommissionsarbeit
26 sein soll. Unter den 13 Mitgliedern sind alleine sieben VertreterInnen der Wirtschaft und der
27 Finanzbranche (Jürgen Fitschen / Deutsche Bank, Dr. Helga Jung / Allianz SE, Dr. Markus
28 Kerber / BDI, Dr. Torsten Oletzky / Ergo, Dr. Eric Schweitzer / DIHK, Prof. Siegfried
29 Russwurm / Siemens, Dr. Thomas Mayer / Flossbach von Storch Research Institute und
30 ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank). Hinzu kommt als Kommissionsvorsitzender Prof.
31 Marcel Fratzscher (DIW), der sich öffentlich bereits klar für mehr private Investitionen,

⁶ <http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=651464.html>

⁷ vgl. http://www.boeckler.de/pdf/impuls_2009_11_2.pdf

1 Steueranreize für Unternehmensinvestitionen und einen Investitionsfonds ausgesprochen hat.⁸
2 Die inhaltliche Ausrichtung des Beirats ist also schon durch die personelle Zusammensetzung
3 absehbar und weist eindeutig in die falsche Richtung.

4

5 Ein vom Bundeswirtschaftsminister verfolgtes Konzept sieht vor, einen Investitionsfonds, in den
6 beispielsweise Banken und Versicherungen investieren können, aufzubauen. Dieser könnte
7 dann mit dem eingenommenen Geld notwendige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur
8 tätigen. Diese Variante der Public Private Partnership (PPP) hat eine lange und leider für die
9 öffentliche Hand sehr ernüchternde Geschichte. Auch beim hier favorisierten Konzept ist zu
10 befürchten, dass vor allem die investierenden Konzerne am Ende Renditen abschöpfen, die die
11 öffentliche Hand finanzieren muss. Dass die „ExpertInnenkommission“ mehrheitlich von den
12 potentiellen ProfiteurInnen einer solchen Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft besetzt ist,
13 wirft zusätzlich ein schlechtes Licht auf das Vorgehen.

14 Wir fordern daher:

15 Echte öffentliche Investitionen statt PPP

16 Ein wie auch immer strukturierter Investitionsfonds, der mit privatem Geld befüllt werden soll,
17 kann nur „erfolgreich“ sein, wenn die Renditeanreize stimmen. (Finanz-)Unternehmen werden
18 in diesen Fonds also nur investieren, wenn die Anlagen sicher sind und die Renditen über dem
19 Niveau vergleichbarer Anlagen wie beispielsweise Staatsanleihen liegen. Es liegt daher auf
20 der Hand, dass dieses PPP-Modell für den Staat im Ergebnis teurer ist, als eine klassische
21 Kreditfinanzierung über Staatsanleihen. Umso mehr, da die Zinsen für deutsche Staatsanleihen
22 einen historischen Tiefstand erreicht haben und der Bund sich aktuell so günstig wie nie zuvor
23 Geld am Kapitalmarkt leihen könnte. Wir lehnen Investitionen aus PPP-Modellen daher ab und
24 fordern echte Investitionen der öffentlichen Hand.

25 Spielräume in der Finanzpolitik nutzen

26 Wir lehnen die 2009 eingeführte Schuldenbremse sowie den 2012 ratifizierten Fiskalpakt
27 weiterhin ab, weil beide Instrumente ökonomisch völlig kontraproduktiv sind,
28 Ausgabenkürzungen institutionalisieren, nötige Investitionen begrenzen und damit im Ergebnis
29 Wachstum abwürgen. Im Effekt führen sie durch ihre prozyklische Wirkung zum Gegenteil des
30 gewollten Schuldenabbaus, nämlich zu mehr Schulden. Solange aber Schuldenbremse und
31 Fiskalpakt in Kraft sind, muss die Bundesregierung wenigstens die sich ihr bietenden
32 Spielräume nutzen, um öffentliche Investitionen auf den Weg zu bringen. Das Dogma der
33 „Schwarzen Null“ darf deshalb nicht weiterhin als Totschlagargument gegen jedwede
34 Mehrausgabe in Stellung gebracht werden. Wo Mehrausgaben sinnvoll sind, müssen sie

⁸ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/diw-chef-fratzscher-zu-banken-stresstest-lohnerhoehung-a-982704.html>

1 getätigt werden. Langfristig müssen die neoliberalen Instrumente der Schuldenbremse und des
2 Fiskalpakts wieder abgeschafft werden.

3 Die Finanzkraft des Staates wieder erhöhen

4 Eine Steigerung der Investitionen muss nicht zwangsläufig zu steigender Verschuldung führen.
5 Ganz im Gegenteil wäre es weitaus sinnvoller, zur Finanzierung die Einnahmeseite des
6 Staates zu verbessern und damit die Handlungsfähigkeit wieder zu erhöhen, wie dies auch
7 von der SPD im Wahlkampf vertreten wurde. Wir fordern deshalb die Wiedereinführung der
8 Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Streichung der Abgeltungssteuer
9 und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Eine solche Umverteilung ist nicht nur für
10 die öffentliche Hand dringend notwendig, sie ist darüber hinaus auch volkswirtschaftlich
11 geboten.

12

13 Die Kommission „Stärkung der Investitionen in Deutschland“ wieder auflösen

14 Wir verwahren uns gegen eine Politik, in der sich Wirtschaft und Finanzbranche über
15 ausgelagerte „ExpertInnenkommissionen“ faktisch ihre eigenen Gesetze schreiben. Die Arbeit
16 scheinbar objektiver Kommissionen, die an den Parlamenten vorbei die Gesetzgebung
17 vorbereiten, ist im Kern demokratiefeindlich. Auch hier zeigen die Erfahrungen, dass einmal
18 vorliegende „ExpertInnenvorschläge“ - auch durch die Rezeption in der veröffentlichten
19 Meinung – im Anschluss in den Parlamenten nur noch schwer zu korrigieren sind. Die SPD darf
20 sich nicht – weder in der Regierung noch im Parlament – in die Gefangenschaft sogenannter
21 „ExpertInnen“ begeben, die zuallererst sich selbst und ihren Konzernen verpflichtet sind. Die
22 Kommission ist daher unverzüglich wieder aufzulösen.

23

24 angenommen abgelehnt überwiesen an

25

26

27

1 Jusos Mittelfranken

2 An Juso-Bundeskongress, BayernSPD Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

3 D 5 Wahlrecht für alle!

4

5 Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass alle Menschen, die mindestens 5 Jahre dauerhaft in
6 Deutschland gelebt haben, bei Wahlen auf allen Ebenen wählen dürfen.

7

8 Begründung:

9 Wer seit 5 Jahren, und somit mindestens eine Legislaturperiode, in Deutschland lebt, wohnt,
10 arbeitet, Steuern zahlt, von Gesetzen und Bestimmungen betroffen ist..., soll auch wenn er
11 nicht Deutscher Staatsbürger ist, das Recht bekommen, sich durch Wahlen am politischen
12 Prozess zu beteiligen.

13 Zu oft wurde bei Infoständen und Tür-zu-Tür-Touren erlebt, dass sich Menschen interessierten
14 und mitwirken, mitbestimmen und wählen wollen, dies aber obwohl sie schon Jahrelang in
15 Deutschland leben nicht dürfen.

16 Dies erscheint vor allem unter der Tatsache ungerecht, da ein großer Teil von Politik daraus
17 besteht, Prioritäten zu setzen, wie Geld eingenommen wird und wofür dieses wieder
18 ausgegeben wird. Da diese Menschen zum einen für erstes durch ihre Steuern sorgen und von
19 zweitem davon in verschiedenen Bereichen davon betroffen sind, erscheint es nur gerecht,
20 diese Menschen auch mitbestimmen zu lassen, wer diese Prioritäten setzt.

21 Die zeitliche Mindestbegrenzung soll dem Umstand Rechnung tragen, dass sich Menschen aus
22 anderen Ländern erst ein Bild von dem politischen Klima und der Parteilandschaft machen
23 sollen.

24

25 angenommen abgelehnt überwiesen an

26

27

1 Jusos Oberbayern

2 D 6 Keine elektronischen Wahlen

3 Antrag:

4 Wir fordern, dass die Wahlen auf Parteitag der SPD sowie Europa-, Bundestags-, Landtags-
5 und Kommunalwahlen nicht mit elektronischen Hilfsmitteln durchgeführt werden.

6 Begründung:

7 Nach § 10 und § 31 BWahlG müssen Bundestagswahlen öffentlich sein, dasselbe gilt für
8 Landtags- bzw. Kommunalwahlen in Bayern nach § 34 LWG bzw. § 21 KWG. Dieses
9 Transparenzgebot bedeutet, dass der Weg der Wählerstimmen von den eingeworfenen
10 Stimmzetteln über die Auszählung bis zur Bildung von Gesamtsummen und der Berechnung
11 einer eventuellen Sitzzuteilung vollständig nachvollziehbar ist. Prinzipiell müssen alle
12 BürgerInnen das Ergebnis einer Wahl ohne besondere Sachkenntnisse lückenlos
13 nachvollziehen und überprüfen können, was das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil
14 zum Einsatz von Wahlcomputern bestätigte (BVerfG, 2 BvC 3/07 vom 3.3.2009, Absatz-Nr.
15 (1 - 163)), und dies gilt natürlich auch für innerparteiliche Wahlen, gemäß dem Grundsatz der
16 innerparteilichen Demokratie. Diese Transparenz kann bei Wahlcomputern jedoch nicht
17 gewährleistet werden. Es erfordert besondere technische Sachkenntnisse, die korrekte
18 Arbeitsweise von Computersystemen nachvollziehen und überprüfen zu können, und diese
19 können nicht vorausgesetzt werden. Eine Manipulation elektronischer Wahlen könnte nur von
20 technisch versierten BürgerInnen aufgedeckt werden, was die Transparenz der Wahlen
21 mindern würde. Deshalb wäre ein Einsatz computer- oder gar internetgestützter Wahlen, wie
22 sie die CSU schon für die Landtagswahl 2018 plant, mit großer Wahrscheinlichkeit auch
23 verfassungswidrig. Die technische Komplexität elektronischer Wahlen ist auch dahingehend
24 einer ordnungsgemäß ablaufenden Wahl abträglich, dass Menschen, die mit den wenig
25 benutzerfreundlichen Wahlcomputern nicht ohne weiteres zurechtkommen, sich von Dritten die
26 Benutzung erklären lassen müssen, was aber insbesondere das Wahlgeheimnis, das nach §
27 38 GG gewährleistet sein muss, untergraben kann. Dies war z.B. auch bei den
28 Wahlcomputern der Fall, die auf Parteitagen der SPD München verwendet wurden. Auch die
29 Fehleranfälligkeit der noch relativ jungen Technik spricht nicht für einen flächendeckenden
30 Einsatz derselben. Auch der US-Bundesstaat Florida, einst ein Vorreiter auf dem Gebiet der
31 Wahlcomputer, deren Einsatz insbesondere bei der US-Präsidentenwahl 2000 für viel
32 Kritik sorgte, entschied sich 2007 auch deswegen für eine Rückkehr zu Wahlzetteln aus
33 Papier.

34 angenommen abgelehnt überwiesen an

35

36

- 1 Jusos Unterfranken
- 2 An SPD Landesparteitag Bayern, Juso-Bundeskongress
- 3 D 7 Aktuelle Auflistung und Verringerung/Zusammenführung der SPD-
4 Merchandiseshops sowie Einführung von mehr Jusomaterial für den
5 ländlichen Raum
- 6 Wir fordern ein Auflistung der aktuellen (offiziellen) Merchandiseshops der SPD und deren
7 Ak`s auf Landes- und Bundesebene. Diese Auflistung muss für jedes Parteimitglied einsehbar
8 sein. Darüber hinaus fordern wir eine Vereinfachung dieser Strukturen, z.B. durch die
9 Zusammenführung von Shops.
- 10 Wir fordern auch mehr Jusomaterial für den ländlichen Raum (evtl. muss hierfür eine temporäre
11 AG gegründet werden), da sich die meisten Flyer und anderen Merchandiseartikel der Jusos
12 auf den städtischen Raum beziehen und somit durch unzureichendes Material die ohnehin
13 schon schwere im ländlichen Raum noch weiter erschwert wird.
- 14 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Kommission IDA über Landesvorstand

2 D 8 Ausgewogene Verpflegung auf der Landeskonzferenz

3 Forderung:

4 Wir fordern das Landesbüro dazu auf, die Verpflegung auf der Landeskonzferenz zukünftig so
5 zu gestalten, dass eine ausgewogene omnivore, vegetarische und vegane Alternative zur
6 Verfügung steht.

7

8 Begründung:

9 Die Rücksichtnahme auf gesundheitlich, ethisch oder religiös motivierte
10 Ernährungseinschränkung unserer DelegiertInnen zur Landeskonzferenz und unserer geladenen
11 Gäste ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

12

13 Da sich diese Einschränkungen in unterschiedlichsten Ausprägungen manifestieren (vegan,
14 vegetarisch, Verzicht auf Schweinefleisch, Verzicht auf Fisch oder Fleisch), ist diese
15 Rücksichtnahme gerade dann mit einem organisatorischen und finanziellen Aufwand
16 verbunden, wenn die Verpflegung einer Vielzahl von Personen zu bewerkstelligen ist.

17

18 Nichtsdestotrotz haben wir den Anspruch, dass eine nahrhafte Verpflegung erfolgt, die auf die
19 unterschiedlichsten Ernährungsformen (omnivor ohne Schweinefleisch, vegetarisch und vegan)
20 Rücksicht nimmt, soweit im Vorfeld Anmeldungen hierauf erfolgen.

21

22 Dazu reicht es nicht aus, wenn die angebotene Verpflegung für VegetarierInnen und
23 VeganerInnen lediglich aus den Beilagen des omnivoren Hauptgerichtes besteht.

24 Vielmehr sollte das Angebot aus einer Beilage plus einem omnivoren, vegetarischen oder
25 veganen Extra bestehen.

26

27 Da es in der Vergangenheit schon häufiger vorgekommen ist, dass die Anwesenden von ihrem
28 angemeldeten Ernährungswünschen abgewichen sind und es insbesondere bei der
29 vegetarischen Alternative zu Engpässen gekommen ist, soll die Ernährungsausgabe wie auf
30 großen Kongressen üblich, durch die Verteilung von z.B. Marken kontrolliert werden.

31 Durch eine klare Angabe der Ernährungsweise bei Anmeldung, kann insoweit eine vernünftige
32 Planung stattfinden.

33

34 Dieser Antrag dient im Übrigen nicht dazu, eine Ernährungsmethode über die anderen zu
35 erheben und sie als die ethisch oder religiös richtige darzustellen. Vielmehr respektieren wir
36 die Entscheidung jeder einzelnen Person sich so zu ernähren wie sie es für richtig hält.

37 angenommen abgelehnt überwiesen an

38

39

- 1 Kommission IDA über Landesvorstand
- 2 An Bundeskongress

3 D 9 Ausgewogene Verpflegung auf dem Bundeskongress

4
5

6 Forderung:

7 Wir fordern das Bundesbüro dazu auf, die Verpflegung auf dem Bundeskongress zukünftig so
8 zu gestalten, dass eine ausgewogene omnivore, vegetarische und vegane Alternative zur
9 Verfügung steht.

10

11 Begründung:

12 Die Rücksichtnahme auf gesundheitlich, ethisch oder religiös motivierte
13 Ernährungseinschränkung unserer DelegiertInnen zum Bundeskongress und unserer geladenen
14 Gäste ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

15

16 Da sich diese Einschränkungen in unterschiedlichsten Ausprägungen manifestieren (vegan,
17 vegetarisch, Verzicht auf Schweinefleisch, Verzicht auf Fisch oder Fleisch), ist diese
18 Rücksichtnahme gerade dann mit einem organisatorischen und finanziellen Aufwand
19 verbunden, wenn die Verpflegung einer Vielzahl von Personen zu bewerkstelligen ist.

20

21 Nichtsdestotrotz haben wir den Anspruch, dass eine nahrhafte Verpflegung erfolgt, die auf die
22 unterschiedlichsten Ernährungsformen (omnivor ohne Schweinefleisch, vegetarisch und vegan)
23 Rücksicht nimmt, soweit im Vorfeld Anmeldungen hierauf erfolgen.

24

25 Dazu reicht es nicht aus, wenn die angebotene Verpflegung für VegetarierInnen und
26 VeganerInnen lediglich aus den Beilagen des omnivoren Hauptgerichtes besteht.

27 Vielmehr sollte das Angebot aus einer Beilage plus einem omnivoren, vegetarischen oder
28 veganen Extra bestehen.

29

30 Da es in der Vergangenheit schon häufiger vorgekommen ist, dass die Anwesenden von ihrem
31 angemeldeten Ernährungswünschen abgewichen sind und es insbesondere bei der
32 vegetarischen Alternative zu Engpässen gekommen ist, soll die Ernährungsausgabe wie auf
33 großen Kongressen üblich, durch die Verteilung von z.B. Marken kontrolliert werden.

34 Durch eine klare Angabe der Ernährungsweise bei Anmeldung, kann insoweit eine vernünftige
35 Planung stattfinden.

36

37 Dieser Antrag dient im Übrigen nicht dazu, eine Ernährungsmethode über die anderen zu
38 erheben und sie als die ethisch oder religiös richtige darzustellen. Vielmehr respektieren wir
39 die Entscheidung jeder einzelnen Person sich so zu ernähren wie sie es für richtig hält.

40 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Oberfranken

2 D 10 Beschlusslagen- transparent, modern, wirkungsmächtig

3

4 Viel politische Arbeit wird auf das Abfassen und Diskutieren über Anträge bei den Jusos
5 verwendet. Leider ist der Gang dieser Anträge durch die weiteren Instanzen oft lang und
6 unsicher. Umso wichtiger ist es, sie beharrlich zu vertreten. Auf der Internetseite der Jusos
7 Bayern sind die Beschlusslagen der letzten neun Landeskonferenzen aufgeführt. Damit sind die
8 Beschlusslagen seit 2010 dokumentiert. Jedoch fehlt eine weitere Aufteilung nach
9 Themenbereichen oder eine Suchfunktion, nach der die Beschlusslage zu einem bestimmten
10 Thema auffindbar ist. Letzteres liegt auch für die Juso-Bundesebene nicht vor, wo die Juso-
11 Beschlusslagen ab 1998 digital dokumentiert sind, die der SPD sind es ab 1997.

12 Auf der Bezirksebene bieten derzeit nur die Jusos Niederbayern (2006-14), die Jusos
13 Unterfranken (2012-2014) und Jusos Mittelfranken (2011/13) Beschlusslagen auf ihrem
14 Internetauftritt an. Gerade bei einem Umbau der Netzseite verlieren sich oft die alten
15 Beschlüsse aus dem Internet. Hierdurch ist es gerade neuen Mitgliedern nicht ohne
16 aufwendiges Nachfragen möglich, zu erfahren, wie die Position der Jusos Bayern zu einem
17 bestimmten Thema ist, ob es - durch eine veränderte Sachlage - angebracht ist, hierzu einen
18 neuen Antrag einzureichen oder ob man die Erkenntnisse früherer Anträge in neue einfließen
19 lassen kann. Auch bestehen durch diese Unkenntnis Themen, zu denen häufig Anträge zu
20 einzelnen Punkten formuliert werden, ohne die bestehenden Forderungen zusammen zu fassen
21 oder herauszustellen, was das Neue im Antrag ist. Nur wenn die Beschlusslagen allen
22 Mitgliedern bekannt sind, lassen sich über die Zeit mit politischer Bildung oder Kampagnen
23 Mehrheiten organisieren, während „Jene ohne Wissen der Vergangenheit, verdammt sind sie
24 zu wiederholen“ (George Santayana 1863-1952). Wir fordern deshalb:

- 25
- 26 • Alle Beschlusslagen der Jusos Bayern seit dem Jahr 2000 werden öffentlich auf der
27 Internetseite aufgeführt. Sie sind einmal chronologisch und einmal auf die
28 Themenbereiche Arbeit/Soziales, Bildung, Gleichstellung, Organisation, Wirtschaft,
29 Internationales, Inneres/Justiz/Verbraucherschutz, Kommunales,
Medien/Netz/Datenschutz, Umwelt/Gesundheit, Verkehr und Sonstiges geordnet
 - 30 • Wegen Zeitmangels sind nicht behandelte Anträge von Landeskonferenzen, sofern
31 der/die Antragssteller_in keinen neuen Antrag zum Thema eingereicht hat, stets auf der
32 folgenden Landeskonferenz wieder im Antragsbuch vertreten.

33 angenommen abgelehnt überwiesen an

34

- 1 Jusos Oberfranken
- 2 An SPD Landesparteitag

3 D 11 Raum der Stille schaffen!

4 Um in unserer Leistungsgesellschaft zu funktionieren, benötigt der Mensch Raum um sich
5 zurückziehen zu können. In einer Zeit, in welcher alles immer schneller gehen muss, sich immer
6 mehr Menschen gestresst fühlen und an Burn-Out erkranken, stellt ein solcher Raum auch einen
7 gesundheitlichen Mehrwert dar. Wir brauchen Platz zur Erholung und zum Entspannen um den
8 Herausforderungen des Alltags gerecht werden zu können.

9 Des Weiteren muss es im öffentlichen Raum Möglichkeiten für religiös-spirituelle Entfaltung
10 geben. Ungeachtet der eigenen Religion muss jede*r die Option haben, seinen eigenen
11 Glauben auszuleben. Es ist kein angemessener Zustand, wenn dies in Abstell- und
12 Kellerräumen erfolgen muss, sondern ist ein Armutszeugnis für eine multikulturelle Gesellschaft.
13 Ein gemeinsamer Gebets- und Rückzugsraum schafft zudem Offenheit und verbessert somit den
14 toleranten Umgang miteinander.

15 Aus diesem Grund fordern wir, dass in allen Schulen und Hochschulen sowie bei Bedarf in
16 weiteren öffentlichen Institutionen ein Raum der Stille eingerichtet wird. Dieser soll als Gebets-
17 und Rückzugsraum die beiden oben angeführten Aspekte vereinigen und die dafür
18 notwendigen Anforderungen an Ausstattung und Lage erfüllen.

- 19 angenommen abgelehnt überwiesen an